

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Gegenschlag des Imperialismus

Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor hielt am 14. Oktober in Johannesburg auf der internationalen Konferenz „Dilemmas der Menschheit“ eine Rede, die für eine Spitzendiplomatin ungewöhnlich war. Sie dachte nämlich laut darüber nach, auf welchem Weg die linken Kräfte in der Welt, diejenigen, die für Frieden und Sozialismus eintreten, wie-

das für sie selbstverständlich ein Apartheidstaat ist, mit seinem Krieg gegen Palästina, und die Blockade Kubas an. Selbst in Südafrika müsse sie als Ministerin gegen Burenparteien und die Justiz kämpfen, um Hilfe für Kuba bereitzustellen. Unter Hinweis auf den BRICS-Gipfel, der im Sommer in Südafrika stattfand, erklärt die Ministerin schließlich: „Da die

im globalen Süden einschließlich Chinas auf den größten Widerstand – nicht in den ehemaligen sozialistischen Ländern Europas und erst recht nicht in den weitgehend integrierten Arbeiterklassen EU-Europas oder Nordamerikas. Das wurde im vergangenen Jahr deutlich, als der globale Süden sich mehrheitlich weigerte, die westliche Sicht auf den Ukraine-Krieg zu übernehmen. Und es zeigte sich im Widerstand gegen den Völkermordversuch Israels am palästinensischen Volk. Zweitens nutzt der Imperialismus speziell diesen Krieg, um zu einem weiteren Schlag gegen die fortschrittlichen Kräfte auszuholen. Der deutsche Imperialismus nutzt zum Beispiel die Situation unverhohlen, um „kriegstüchtig“ zu werden. Wer nicht in diesen Chor einstimmt, wird als „antisemitisch“ oder „verfassungsfeindlich“ denunziert. Das antifaschistische „Nie wieder!“ wird pervertiert in „Jetzt erst recht!“, nämlich in Hochrüstung und Krieg. Neu ist das nicht. Nach dem Sechstage-Krieg Israels 1967 schrieben die Springer-Zeitungen: „Die DDR – unsere Araber“. Nur hatte damals die Sowjetunion das militärstrategische Gleichgewicht mit den USA hergestellt. Diese Basis der Fortschrittskräfte in der Welt gibt es nicht mehr. Sie konnte einen Weltkrieg verhindern. Es mehren sich die Anzeichen, daß sich ein neues Fundament herausbildet für den radikalen Wandel, den wir brauchen.

Arnold Schölzel



Naledi Pandor am 14. Oktober in Johannesburg

der erstarren können. Die „junge Welt“ hat ihr Referat am 23. Oktober leicht gekürzt veröffentlicht, es kann auf der Internetseite der Tageszeitung nachgelesen werden. Pandor fragte, warum die fortschrittlichen Kräfte nicht in der Lage sind, sich zu organisieren. Das sei der Grund, warum „die Welt unruhig“ und „in einem furchtbaren Zustand“ sei. Sie erklärte, es sei nicht richtig, „vom Süden als einer homogenen Einheit zu sprechen, aber aus meiner Erfahrung kann ich Ihnen sagen, daß es die Region ist, die hoffentlich die Basis und das Fundament für die Art von radikalem Wandel bildet, den wir brauchen“. Sie schaue daher auf die Länder des Südens und nicht des Nordens, und es sei wichtig, das zu tun. Und dann formulierte sie: „Was wir in der Welt beobachten, ist ein zunehmender Rückstoß gegen die Kräfte, die kollektives Handeln, internationale Solidarität und globale Zusammenarbeit fördern wollen. Wir sehen das Wiederaufleben von Tendenzen zu Rechtsnationalismus, Unilateralismus und Populismus als einen anhaltenden Trend.“ Als aktuelle Beispiele für den „Rückstoß“ prangerte sie den Umgang des Westens mit Israel,

führenden Länder des globalen Südens in der Lage sind, die Weltagenda zu bestimmen, ist dies eine Chance für uns alle, auf einen echten Wandel hinzuwirken. Wir sollten sie nicht vergeuden.“ Es seien „vier Säulen“ gewesen, die das Ende der Apartheid in Südafrika herbeigeführt hätten: die internationale Solidarität, die Tätigkeit im politischen Untergrund, der bewaffnete Kampf und der Massenkampf. Und sie zitierte am Ende Fidel Castro: „Wir müssen uns heute vereinen, um das Morgen aufzubauen, nach dem wir uns sehnen, um die Ausgeschlossenen zu verteidigen und den Glauben an die Menschheit zu retten.“ Ist das eine zu allgemeine Orientierung? Sie stützt sich jedenfalls auf Revolutionäre wie Fidel Castro und ist weit konkreter als viele scholastische Debatten innerhalb linker und sogar kommunistischer Parteien in den imperialistischen Ländern über den Begriff „Imperialismus“ und darüber, welchem Land er am besten übergestülpt werden kann. Hier seien nur zwei Dinge genannt, die Pandors Sicht stützen: Erstens stößt der Rückschlag, den alle fortschrittlichen Kräfte der Welt durch den Untergang der Sowjetunion hinnehmen mußten,

Aus dem Inhalt



Kontext - Kontextualisierung - De-Kontextualisierung	2
„Eisernes Schwert“ und keine Lösung	4
USA-Israel-Komplott	6
Was hat Mallorca mit Gaza zu tun?	7
Brief an die Kinder in Gaza	8
Friedenskundgebung in Berlin	9
Eskalation oder Verhandlungen	10
Stunde der Diplomatie	12
75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	13
Treffen von kommunistischen Parteien in Izmir	14
Löst die Multipolarität den Neokolonialismus ab?	16
Grenada und die Operation „Urgent Fury“	20
Unruhen in Manipur	22
Ihr Frieden heißt Krieg	24
AfD ist keine Friedenspartei	26
Zum Grundgesetz der BRD	27
Krise Made in Germany	29
Ulbrichts Sozialismuskonzeption	31
Revolutionäre Kämpfe 1919 in Deutschland	34

Kontext – Kontextualisierung – De-Kontextualisierung

Gewiß, eine sperrige Überschrift! Aber mir geht es um den bewußt politisch-ideologisch instrumentalisierten Mißbrauch der Sprache. Ich bezog meinen Freund und politischen Wegbegleiter Werner Simonsmeier in meine Überlegungen ein und schrieb ihm: „Als Sprach-Stilist und folglich Kritiker deutscher Sprache im Allgemeinen und vor allem der politischen im Besonderen will ich Dich zu einem Begriffstrio konsultieren, das mir zuerst im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine über den Weg gelaufen ist: Kontext – Kontextualisierung – De-Kontextualisierung. Der Mainstream ist ja nach Kräften bemüht, den Kontext, also Vorgeschichte und Ursachen des Ukraine-Kriegs und des sogenannten Terrorkriegs der Hamas, zu ignorieren. Deshalb werden diejenigen, die sich mit zeithistorischer Tiefenschärfe ans Thema wagen und sich gegen offiziöse Ignoranz positionieren, also kontextualisieren, geächtet, egal auf welchem Forum sie versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Vielleicht hast du Lust, mir zu antworten.“

Er tat es wie folgt: „Kontextualisierung ist doch stets notwendig, um etwas zu verstehen, was man ohne Kontextualisierung nicht oder völlig falsch versteht. Das beginnt schon im Kindergarten ‚Der hat angefangen, nein der ...‘, wobei schon die Frage entsteht, worin das Anfangen bestand, also im ersten Zuschlagen oder doch eventuell in einer (nur) verbalen Provokation. Mir ist jetzt kein Fall bekannt, in dem Kontextualisierung explizit abgelehnt wurde. Das wäre ja dumm. Aber es geht ja um die Frage, was nun der Kontext eigentlich ist, wie weit z. B. zeitlich zurückgegangen werden muß oder wie breit der Kontext betrachtet werden muß. Und selbst wenn man sich darüber einig ist, gibt es in aller Regel jede Menge Streit über den Kontext, der ja wiederum häufig einen früheren Kontext hat. Also, was ich damit sagen will: Absichtliche Dekontextualisierung (also z. B. indem man den Angriff der Hamas am 7. Oktober zum Beginn des Kontextes erklärt), wie sie in den von Dir genannten Beispielen gerade in fast allen hiesigen Medien und ‚natürlich‘ bei den Lautsprechern der westlichen Politik betrieben wird, ist ein perfides Spiel mit dem beschränkten menschlichen Gedächtnis und mit dem Bestätigen von vorher eingebleuten Sichten (oder besser Nicht-Sichten).“

Dumm, um bei Werners Wortwahl zu bleiben, waren demnach auch die Protagonisten im Märchen „Vom Fischer und seiner Frau“ (Runge / Brüder Grimm). Angetrieben von unersättlicher Gier landeten sie schlußendlich wieder in ihrer armseligen Hütte. Die

Nachgeborenen laufen auf dem Weg zur Welt-herrschaft Gefahr, nach einem Atomkrieg sich als Kellerasseln wiederzufinden.

Wenige Tage später schrieb mir Werner: „Nun habe ich den eben verschickten Beitrag von Zizek gelesen, und da steht das tatsächlich als ein der Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ entnommenes Zitat: ‚Der Hamas-Überfall hat keinen Kontext.‘ Ich bin perplex.“ Zum Verständnis: Werner hat damit nicht die Meinung des slowenischen Philosophen Slavoj Zizek wiedergeben wollen. Auf der Frankfurter Buchmesse

durch die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung.“

Mit Blick auf die Geschichte nach 1945 ist die fortdauernde Beschwörung des Existenzrechts Israels und des Rechts auf Selbstverteidigung Israels nur im Kontext zu betrachten. Die Tilgung der historischen Schuld für begangenen Völkermord erfolgt auf zwei Linien: Einerseits sind es die zu jeder Zeit abrufbaren Lippenbekenntnisse uneingeschränkter Solidarität. Andererseits artikulieren sie sich zugunsten einer bedingungslosen Unter-



Vizekanzler Habeck fordert einen Freibrief für Israel. Alles andere sei Antisemitismus (Aus UZ, 10. November 2023)

sagte Zizek: „*Meine eigene Wut richtet sich im Moment eher auf Antisemitismusbeauftragte, die im Namen Deutschlands eine schlimme Strategie fahren: Diejenigen aus dem Land, das den Holocaust begangen hat, versuchen nun, sich von ihrer Schuld zu entlasten, indem sie das israelische Unrecht an einer anderen Gruppe befürworten! Die deutsche Besessenheit, auf der richtigen Seite zu stehen, bekommt derzeit eine dunkle Kehrseite.*“

Werner fügte noch diese Sätze hinzu: „Ich erzähle seit langer Zeit jeder und jedem, ob sie oder er das hören möchte oder nicht, daß Deutschland mit der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden auch entscheidend zur Bildung des Staates Israel und zur Nakba beigetragen hat. Zwar war das zionistische Projekt schon lange vor der Nazi-Herrschaft geboren, die massenhafte Zuwanderung und vor allem die bedingungslose Unterstützung der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung war das Resultat der Nazi-Herrschaft und deren Unterstützung

stützung für den politischen Kurs Israels, ungeachtet aller gegen die Bevölkerung Palästinas gerichteten Gewaltmaßnahmen. Äußerungen der Regierung Netanjahu und seines Verteidigungsministers Joaw Gallant werden nicht etwa skandalisiert, sondern in die Sprache des „Rechts auf Selbstverteidigung“ integriert. Zwei Beispiele von vielen: An die israelische „Vergeltung“ werde die Welt „sich noch in den nächsten 50 Jahren erinnern“ (Gallant) oder sie werde noch „für Generationen nachklingen“ (Netanjahu). Vielleicht wird man eines Tages sagen dürfen, daß Deutschland in zweifacher Hinsicht Schuld auf sich geladen hat. Genau diesen Aspekt hebt Charlotte Wiedemann in ihrem Buch „Den Schmerz der Anderen begreifen“ hervor. Allein die beiden folgenden Sätze sollten in das historische Gedächtnis aller Deutschen eingehen: „Wir müssen die Shoah im Zentrum unserer Verantwortung halten. Aber wer die Shoah benutzt, um anderes Leid zu degradieren, hat ihre wichtigste Lehre nicht

verstanden.“ Werner Simonsmeier hat für den „RotFuchs“ eine vortreffliche Rezension des Buchs von Wiedemann geschrieben (siehe RF 299, S. 22). Aber die beste Rezension kann nicht die Lektüre des Buchs selbst ersetzen. Deshalb unsere Empfehlung für die heranrückenden Weihnachtstage. Vielleicht legt jemand Robert Habeck das Buch auf den Gabentisch. Wer die Rede des Bundeswirtschaftsministers von Anfang November, eine Mischung aus Selbstgerechtigkeit und Selbstüberhöhung, gehört oder gelesen hat, sollte wohl belehrt werden, daß das eigentliche Ziel Hitlers bei der Entfaltung des Zweiten Weltkriegs war, alle Juden in Europa zu liquidieren. Die 27 Millionen Tote in der Sowjetunion und in vielen anderen Ländern waren demnach nur eine Art „Beifang“ ...

Der Publizist und Talkmaster Michel Friedmann stellte in einem Gespräch mit der „Berliner Zeitung“ am 26. 10. die rhetorische Frage: „Kann man nicht ein paar Wochen einfach nur trauern, Mitgefühl zeigen, Empathie entwickeln für das Leid der Opfer, die erleben mußten, wozu Menschen fähig sind, und sich auf die Seite der Opfer stellen?“ Diese Frage ohne jeden Kontext ist nicht zulässig. Ich konfrontiere sie deshalb im Wissen um das Anliegen des Autors mit meinem Satz: „Wer die von der Hamas zu verantwortenden Terrorataten beklagt, darf sich nicht nur in seiner Opferrolle einrichten, sondern er muß auch den ‚Schmerz der Anderen‘ begreifen“. Nun behauptet der deutsch-israelische Schriftsteller Dan Diner, daß der Hamas-Terror einen genozidalen Charakter bekommen habe. Als Historiker würde er sich mit einer solchen de-kontextualisierenden Wertung bis auf die Knochen blamieren. Die Gründung des Staates Israel ist die Verwirklichung des bereits 1897 festgelegten zionistischen Wunschs, für das jüdische Volk eine „nationale Heimstätte“ auf dem palästinensischen Territorium zu errichten. Eine entsprechende Deklaration wurde im November 1917 vom britischen Außenminister Arthur J. Balfour unterzeichnet (Balfour-Deklaration). Die Staatsgründung war also nicht nur ein zionistisches, sondern vor allem ein koloniales Projekt, für dessen Durchsetzung der Westen stets alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel, nicht zuletzt militärische, bereitstellte. Diese, wie sogar staatlich sanktionierter Terror, wurden seither in Umkehrung des wirklichen Geschehens mit dem Etikett des „Rechts auf Selbstverteidigung“ versehen und schufen so ein propagandistisch unterfüttertes Fundament für die eigentlichen imperialen Interessen des Westens.

Kürzlich wurde an die November-Pogrome vor 85 Jahren erinnert. In allen Reden wurde der 9. November 1938 mit dem 7. Oktober 2023 verklammert. Deshalb wurde der Gedenktag genutzt, um alles und jeden, der die Politik Israels auch nur mit einer Silbe kritisch beäugt, dem Scharfrichter vorzuführen. Immerhin hat der Fraktionschef der Linkspartei darauf bestanden, daß es das „christliche Europa war, das den Judenhaß und den Antisemitismus“ geschaffen hat. Kompliment! Der Antisemitismus, der das Geistesleben des 19. Jahrhunderts auf diesem Kontinent mitprägte, hat allerdings mit

dem, was heute umgangssprachlich und mit rassistischer Färbung als islamischer oder migrantischer Antisemitismus bezeichnet wird, nichts zu tun. Bis zur Staatsgründung Israels gab es keinen expliziten arabischen oder islamischen Antisemitismus. Da man aber die im kulturellen Erbe Europas verfestigten antisemitischen Wurzeln nie herausreißen konnte und wollte, hielt man Ausschau nach einem der Selbstgerechtigkeit dienenden Sündenbock, dem man unterschiedslos und kontextfrei alle Varianten des Antisemitismus in die Schuhe schieben konnte. Moshe Zuckermann, Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel-Aviv, hat dazu Gültiges formuliert: „Juden, Zionisten und Israel sind mitnichten identische Kategorien, und sei's, weil nicht alle Juden Zionisten sind, nicht alle Zionisten Israelis und nicht alle Israelis Juden. Und weil Juden, Zionisten und Israel nicht gleichzusetzen sind, sind auch (negativ gewendet) Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik voneinander zu unterscheiden. Man kann Zionist sein und dennoch Israel kritisieren. Man kann Jude sein, ohne dem Zionismus anzuhängen. Man muß nicht antisemitisch sein, um sich gegen den Zionismus zu stellen und Israel für seine Politik zu kritisieren. Wohl kann ein Israelkritiker auch antisemitisch sein, aber das besagt nicht, daß da ein zwingender Kausalzusammenhang zwischen beiden Kategorien besteht. ‚Israelbezogener Antisemitismus‘ ist primär ein Slogan, um legitime und notwendige Israelkritik zu verhindern, nicht um Antisemitismus zu bekämpfen.“

In seinem Kommentar „Keine Selbstverteidigung“ („junge Welt“, 7. 11. d. J.) schreibt Knut Mellenthin: „Von der gegenwärtigen Kriegführung gegen die Bevölkerung des Gazastreifens versprechen sich Netanjahu und seine Regierung nicht nur eine langanhaltende Abschreckung, die auch auf die schiitische Hisbollah im Libanon und auf den Iran wirken soll, sondern zugleich eine dauerhafte Niederlage der Palästinenser, die ihnen jede Hoffnung auf das Erreichen eines eigenen Staates austreiben soll. Israel folgt diesem zynischen Rezept seit der Staatsgründung vor mehr als 75 Jahren.“ Ein Volk aber, das ständig mit der Gefahr konfrontiert ist, ausgelöscht zu werden, kommt nicht zur Ruhe, sorgt sich um seine Identität und muß sich deshalb wehren dürfen. In dieser von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit gezeichneten Situation stützten sich die Kräfte der Gegenwehr auf Methoden des Terrorismus gegen die imperialistische Politik des Westens. Wirft man einen Blick auf die Mainstreampresse mit ihren Möglichkeiten, die öffentliche Meinung zu formieren, gewinnt man den Eindruck, daß der Haß auf Andersdenkende zur Staatsräson erhoben werden soll. Auf die Gefahr hin, daß der Vorwurf des Völkermords als Antisemitismus denunziert wird, schreibt der Jurist und Völkerrechtler Norman Paech, daß jeder, der „gegen einen Waffenstillstand votiert oder sich der Stimme enthält, sich zum Komplizen des Völkermords macht“. Der frisch gestylte Darling des Establishments, Robert Habeck: „Jetzt ist nicht die

Zeit, über Frieden zu reden.“ Na, wenn der Kinderbuchautor das sagt ... Vielleicht erst dann, wenn er meint, die Frage des palästinensischen Premiers Mohammed Shtaja beantworten zu wollen, wie viele Palästinenser getötet werden müßten, damit der Krieg aufhört. „Reicht es aus, 10 000 Menschen in 30 Tagen zu töten?“

Max Horkheimers Diktum „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“, ist aktueller denn je. Hier in der von mir geänderten Fassung: Wer über die mit Unterstützung des Westens an den Palästinensern begangenen Verbrechen nicht reden will, sollte auch von der terroristischen Gegenwehr der Hamas schweigen.

Hans Schoenefeldt

In was für einer Welt leben wir?

Ist es eine Welt, in der die Unterbrechung der Strom-, Brennstoff- und Wasserversorgung von zwei Millionen Menschen als Kriegsverbrechen angesehen wird, oder ist es eine Welt, die diese Greueltat legitimiert, toleriert oder ihr gleichgültig gegenübersteht?

Ist es eine Welt, in der die versuchte Zwangsumsiedlung von rund einer Million Menschen eine entschiedene internationale Verurteilung verdient, oder ist es eine Welt, in der das Gewissen mit wohlfeilen und inkonsequenten Forderungen nach „Verhältnismäßigkeit“ gegenüber dem Urheber dieser Barbarei beruhigt wird?

Ist es eine Welt, die es zu Recht als verwerflich ansieht, in einer militärischen Auseinandersetzung als Geisel genommen zu werden, oder ist es eine Welt, die seit Jahrzehnten einen Prozeß der ethnischen Säuberung und der Apartheid eines ganzen Volkes vertuscht oder ignoriert?

Ist es eine Welt, in der ein banaler Antrag auf einen Waffenstillstand, der im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen diskutiert wird, durch die Stimme eines einzigen Landes, der Vereinigten Staaten von Amerika, verhindert werden kann, wie es gerade zweimal in Folge geschehen ist?

Ist dies eine Welt, in der es legitim und üblich ist, Krankenhäuser, Wohnhäuser und Schulen zu bombardieren? Ist dies eine Welt, in der Grausamkeit nicht mit Zivilisation, sondern mit noch größerer Grausamkeit bekämpft wird?

Pedro Tadeu in „Diario de Noticias“
(Portugal)

„Eisernes Schwert“ und keine Lösung

Wieder einmal wird der „ewige“ Konflikt zwischen den Palästinensern und dem Staat Israel deutlich. Am frühen Morgen des 7. Oktober 2023 startete die palästinensische Hamas einen militärischen Angriff auf Israel. Sie überwand mit zahlreichen Raketen den „Iron Dome“, das vermeintlich beste amerikanisch-israelische Luftabwehrsystem der Welt und durchbrach mit Kämpfern den angeblich besten, elektronisch gesicherten Grenzzaun der Welt. Für die westliche Propaganda ist alles klar: Die Hamas ist eine radikalislamische Terroristenorganisation. Israel ist dagegen ein friedliebender, souveräner und demokratischer Staat, der von ihr überfallen wurde. „Israel startete die Verteidigungsaktion ‚Eisernes Schwert‘ und verhängte den Kriegszustand“, triumphierte „Zeit Online“.¹ „Das israelische Sicherheitskabinett hat den Kriegszustand ausgerufen. Verteidigungsminister Yoav Gallant hat eine ‚totale Blockade‘ des Gazastreifens angekündigt. Dies schließt ein Einfuhrverbot für Lebensmittel und Treibstoff ein“, meldete das ZDF.² Alles scheinbar klar ... Oder?

Die Hamas entstand kurz nach Beginn der Intifada im Dezember 1987. In der „Jungen Welt“ vom 21./22. Oktober 2023 wird darauf hingewiesen, daß sich Experten darüber streiten, „ob Israel bei der Gründung und beim Anwachsen der Hamas involviert war“. Hintergrund soll hierfür das Ziel gewesen sein, die PLO/Fatah zu schwächen. „Mit Erlaubnis von Netanjahu habe

Katar Hunderte Millionen Dollar an die Hamas überweisen dürfen. Nun versucht dieser mit aller Gewalt den Geist, den er rief, wieder in die Flasche zu bekommen.“³

Die westliche Propaganda erklärt die gegenwärtigen militärischen Auseinandersetzungen zwischen Hamas und Israel, ohne die Situation der Palästinenser und die geschichtlichen Ursachen zu erwähnen. Die militärischen Konflikte der Palästinenser und arabischen Staaten mit den Israelis lassen sich schwerlich verstehen, wenn geschichtliche Aspekte und globale politische Strategien sowie die Rolle des Zionismus ausgeblendet werden. Nur wenn man die Entstehung Israels auf arabisch-palästinensischem Boden beachtet, kann man die Ursachen und die Verantwortlichen für den „ewigen Konflikt“ zwischen Israelis, Palästinensern und arabischen Nachbarn aufdecken.

Am 2. November 1917 erklärte sich der britische Außenminister Balfour in einem Brief an den britischen Zionistenführer, Lord Rothschild, bereit, „Hilfe bei der Gründung einer jüdischen ‚Heimstätte‘ in Palästina unter der Wahrung der Rechte der nichtjüdischen Gemeinschaften“⁴ zu gewähren. Am 24. Juli 1922 übergab der Völkerbund Großbritannien ein „Palästinaamandat“ (ab 23. September 1924 in Kraft). Das bedeutete, daß Großbritannien die volle politische Kontrolle über Palästina und die Heiligen Stätten sowie das Recht zur Stationierung von Truppen erhielt. Somit hatten sich die Bedingungen in der Region verändert. Die Zionisten nahmen nun die Gründung eines jüdischen Staates ins Visier. Dieser sollte und konnte nur auf Kosten der in Palästina ansässigen arabischen Bevölkerung



Nakba: Vertreibung von Palästinensern durch die israelische Armee 1948

geschaffen werden. Zionisten initiierten und organisierten mehrere Einwanderungswellen nach Palästina. Insbesondere die Verfolgung und Vertreibung jüdischer Menschen durch die Hitler-Faschisten führten zwischen 1933 und 1939 zu einem Anwachsen des jüdischen Bevölkerungsanteils in der Region. Bereits im August 1929 richtete sich ein arabischer Aufstand in Palästina gegen zunehmende jüdische Einwanderung. Der Aufstand wurde von britischen Truppen niedergeschlagen. Im Oktober 1933 kam es zu Zusammenstößen zwischen arabischer und jüdischer Bevölkerung, die erstmalig zu arabischen Angriffen auf Institutionen und Vertretern der Kolonialmacht führten. Der arabische Aufstand von 1936 bis 1939 richtete sich sowohl gegen den britischen Kolonialismus als auch gegen den Zionismus. Die veränderte Bevölkerungssituation begünstigte die Zionisten. Sie etablierten eine antibritische Bewegung. Durch Streiks, Demonstrationen, Überfälle auf Stützpunkte, Militärbasen und Verbindungslinien britischer Streitkräfte sollte London zu einer prozionistischen Politik gezwungen werden, die die Gründung eines jüdischen Staates ermöglicht. Im Jahre 1937 lenkten die Briten als Mandatsmacht ein und

deuteten die Absicht der Teilung Palästinas und die Befürwortung der Schaffung eines jüdischen Staates an. Im Jahre 1942 forderten die Zionisten die Umwandlung Palästinas in einen rein jüdischen Staat und gründeten eine jüdische Armee. Seit 1943 erfolgte eine „Zunahme des bewaffneten zionistischen Terrors gegen die arabische Bevölkerung“.⁵

Am 29. November 1947 stimmte die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Zweidrittelmehrheit für einen Teilungsplan Palästinas: „Resolution der Generalversammlung 181 (II) Die künftige Regierung Palästinas“. Darin steht: „... Zwei Monate nach Abschluß des Abzugs der Streitkräfte der Mandatsmacht, in jedem Fall spätestens am 1. Oktober 1948, entstehen in Palästina ein unabhängiger arabischer Staat und ein

unabhängiger jüdischer Staat sowie das in Teil III dieses Plans vorgesehene internationale Sonderregime für die Stadt Jerusalem. Die Grenzen des arabischen Staates, des jüdischen Staates und der Stadt Jerusalem sind die in den Teilen II und III beschriebenen Grenzen.“⁶ Die mehrheitliche Empfehlung einer Teilung wurde in der UNO-Vollversammlung mit 33 Stimmen angenommen. Dreizehn Staaten stimmten gegen die Resolution und zehn Staaten haben sich der Stimme enthalten. Viele Araber in Palästina und in arabischen Staaten lehnten das Projekt der Teilung Palästinas ab, da mit ihm Enteignung und Vertreibung der arabischen Bevölkerung verbunden sein würde. Im ersten Krieg zwischen arabischen

Staaten und Israel (Mai 1948 bis Juli 1949) wurde deutlich, daß Israel und dem Zionismus eine neue Rolle im globalen Machtkampf durch die USA zugewiesen wurde. Das Resultat war, daß 850 000 Menschen aus Palästina vertrieben und enteignet wurden. Dieser Krieg war nicht nur ein Krieg arabischer Staaten gegen Israel, sondern auch eine Machtprobe zwischen Großbritannien und den USA. Die Briten unterstützten in diesem Konflikt die arabischen Staaten. Bereits damals begann sich der antipalästinensische und antiarabische Staatsterrorismus zu entwickeln, der bis heute eine wesentliche Grundlage israelischer Innen- und Außenpolitik darstellt. Diese Tendenz war und ist eng mit dem zionistischen Gedanken der Schaffung eines Groß-Israels verbunden, der die Aneignung arabischer/palästinensischer Gebiete einschließt.

Unter dem Aspekt der Konfrontation der beiden politischen und militärischen Blöcke im Kalten Krieg wurde Israel zu einem unsinkbaren Flugzeugträger und einer der wichtigsten militärischen Stellvertreter der USA im Nahen Osten ausgebaut. Für die USA

1 https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/gaza-hamas-israel-liveblog?utm_source=pocket-newtab-de-de&utm_referrer=https%3A%2F%2Fgetpocket.com%2Frecommendations

2 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/israel-gaza-angriff-sderot-liebstein-100.html>

3 junge Welt, 21./22. Oktober 2023, Nr. 245, S. 3, Hamas und Fatah: Am Aufstieg der „islamischen Widerstandsbewegung“ soll Israel einen Anteil gehabt haben.

4 Weltgeschichte in Daten, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1965, S. 864

5 Weltgeschichte in Daten, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1965, S. 960

6 <https://www.un.org/depts/german/gv-early/ar181-ii.pdf>

und dem gesamten Westen gewann dieser Staat eine enorme strategische Bedeutung. Das zeigte sich insbesondere 1956, als der ägyptische Staat die Suezkanalgesellschaft nationalisierte. Israel begann daraufhin am 29. Oktober eine Aggression gegen Ägypten. Die Unterstütsstaaten Israels, Großbritannien und Frankreich, besetzten Anfang November, nach schweren Bombardierungen, die ägyptische Hafenstadt Port Said. Jeder weitere militärische Konflikt gegen bzw. mit den arabischen Nachbarn und Palästinensern war und ist nur möglich, weil der Westen, insbesondere die USA, das israelische militärische Potential ausbauten bzw. ausbauen und finanzieren. Durch Frankreich erhielt Israel sogar die Möglichkeit zur Entwicklung von Atomwaffen. Die Ergebnisse aller Kriege sind eindeutig: Israel vertrieb arabische Bevölkerung völkerrechtswidrig aus angestammten Gebieten, zerstörte Lebensgrundlagen und eignete sich Territorien an. Der Sechstagekrieg, 5. Juni bis 10. Juni 1967, gegen arabische Staaten begann mit einem Präventivschlag Israels gegen ägyptische Luftwaffenbasen. Im Verlauf des Krieges eroberte Israel den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, das Westjordanland und Ostjerusalem. Nach diesem Krieg begann Israel mit dem Bau jüdischer Siedlungen, um sich Grund und Boden ins israelische Staatsgebiet einzuverleiben, die besetzten Gebiete besser militärisch kontrollieren zu können und die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung einzuschränken. Diese Handlungen widersprechen der UN-Resolution des Sicherheitsrates 242 vom 22. November 1967. Die Resolution forderte Israel auf, sich aus Gebieten, die im Sechstagekrieg erobert worden waren,

zurückzuziehen.⁷ Weitere Kriege und Konflikte mit Palästinensern und arabischen Nachbarn waren der Jom-Kippur-Krieg 1973, der Libanonkrieg 1982, Erste Intifada 1987, Zweite Intifada 2000, der Libanonkrieg 2006, der Gaza-Krieg 2008/2009 u.a.m. Im Zusammenhang mit dem Ende der siebenjährigen kriegesischen Auseinandersetzung im Gaza-Streifen beschloß Israel, aus dem Gazastreifen ein riesiges „Freiluftgefängnis“⁸ zu machen und den dort lebenden Menschen die Bewegungsfreiheit weiter einzuschränken. Lediglich Personen, die in Israel Arbeit haben, dürfen nach Israel als billige Arbeitsklaven einreisen. Der Gazastreifen hat eine Fläche von 360 km². Dort leben etwa 2,2 Mio. Menschen. Das entspricht ca. 6 100 Menschen pro Quadratkilometer. Zwei Drittel bis drei Viertel der Bevölkerung sind Flüchtlinge und deren Nachkommen, die vor dem Palästinakrieg (1948–1949) geflohen sind. Etwa die Hälfte der Menschen sind unter 19 Jahren. Ein Großteil von ihnen lebt in acht Flüchtlingslagern, die vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) betreut und versorgt werden. Die Arbeitslosigkeit in Palästina liegt für das Jahr 2023 bei geschätzten 25,4 % und ist

damit eine der höchsten in der Welt.⁹ Insbesondere im Gazastreifen herrscht eine sehr hohe Arbeitslosigkeit. So soll die allgemeine Arbeitslosigkeit bei 50 Prozent und Jugendarbeitslosigkeit bei mehr als 60 Prozent liegen.¹⁰ Als Antwort auf die Angriffe der Hamas bildete Israel ein Kriegskabinett am 12.10.23. Ministerpräsident Netanjahu will mit einem neuen Angriff auf Gaza die Hamas vernichten. Die USA verlegten zwei Flugzeugträger in Richtung Israel, „USS Gerald R. Ford“, „USS Dwight D. Eisenhower“ und weitere Kriegsschiffe – Lenkwaffenkreuzer „USS Philippine Sea“, die Zerstörer „USS Mason“ und „USS Gravelly“. Das kann zu einem Flächenbrand führen. „Indes ist allen Beteiligten klar, daß es einen dauerhaften Frieden in der nahöstlichen Krisenregion nur bei einer auf dem Völkerrecht basierenden Gesamtlösung geben wird. Israel muß sich auf seine Grenzen von vor 1967 zurückziehen, was die Rückgabe der Golanhöhen an Syrien einschließt. Die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates steht nach wie vor auf der Tagesordnung.“¹¹ Die Hauptstadt eines souveränen Staates Palästina kann nur Ostjerusalem sein. Die Grundlagen dafür bilden die Resolution 181 (II) der UNO-Generalversammlung und die Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates.

Dr. Ulrich Sommerfeld

7 https://www.un.org/depts/german/sr/sr_67/sr242-67.pdf

8 <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=105809>, Bernie Sanders, My statement on the continuing violence in Israel and Gaza

9 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/370158/umfrage/arbeitslosenquote-in-palaestina/>

10 <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Arbeitslosigkeit+im+Gazastreifen>

11 RotFuchs, Oktober 2010, S. 23

Zum israelisch-palästinensischen Konflikt

Anläßlich der Gewaltexplosion im israelisch-palästinensischen Konflikt erklärt der Bundesausschuß Friedensratschlag in einer ersten Stellungnahme:

Der Angriff der Kassam-Brigaden aus dem Gazastreifen auf Israel füllt die Schlagzeilen. Wie im Ukraine-Krieg wird er als überraschend, unprovokiert und brutal dargestellt, und wieder ist die deutsche Außenministerin eine der ersten, die einer der Kriegsparteien die uneingeschränkte Solidarität verspricht. Doch der Angriff hat eine Vorgeschichte, die in der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik israelischer Regierungen seit 1967 zu suchen ist und immer wieder zu Gewaltausbrüchen zwischen den Konfliktparteien führte. Versuche, den Konflikt durch eine Zwei-Staaten-Lösung zu entschärfen, wurden von israelischer Seite wieder und wieder blockiert. Entwicklungen, die eine Annäherung von einzelnen arabischen Staaten und Israel anbahnen und die Interessen der Palästinenser dabei übergehen, sowie die gewaltsame Besatzungspolitik der derzeitigen rechtsradikalen Netanjahu-Regierung, die seit Jahresbeginn etwa 300 palästinensische Todesopfer im Westjordanland forderte, bilden

den provokatorischen Hintergrund für den Angriff aus dem Gazastreifen auf israelisches Territorium.

Erst am Vorabend des Angriffs hatten israelische Siedler zum wiederholten Mal und unter dem Schutz der Armee die Kleinstadt Huwara in einem pogromähnlichen Überfall angegriffen und einen 16jährigen getötet. Der israelische Finanzminister Betalel Smotrich hatte angekündigt, die Stadt auslöschen zu wollen. Ohne die Asymmetrie von Gewalt und Gewaltanwendung in diesem Konflikt zu benennen und zu bekämpfen, wird eine Lösung nicht möglich sein.

Der Bundesausschuß Friedensratschlag kritisiert die Haltung der Bundesregierung, in dieser eskalierenden Situation einseitig auf das Recht Israels auf Selbstverteidigung im Rahmen der deutschen Staatsräson für Israels Sicherheit zu pochen: Die israelische Regierung hat ein Bombardement des Gazastreifens begonnen, den kriegsgeschundenen Menschen im Gazastreifen den Strom

abgeschaltet sowie den Import aller Güter inklusive Kraftstoff blockiert und einen langen Krieg angekündigt. Meldungen, daß auch die Spannungen an der Nordgrenze Israels zunehmen und der Eintritt der Hisbollah in den Konflikt im Raume steht, sollten doch eigentlich dazu führen, daß die Bundesregierung die Konfliktparteien insgesamt zu Zurückhaltung und Mäßigung aufruft. Der im Koalitionsvertrag festgelegte Vorsatz, sich für eine Zweistaatenlösung einsetzen zu wollen, harrt mehr denn je der Umsetzung. Die Sicherheit Israels ist erst dann gewährleistet, wenn eine ausgehandelte Zwei-Staaten-Lösung umgesetzt ist.

Wir verlangen, daß sich die Bundesregierung sofort für einen Stopp der Kampfhandlungen und die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens einsetzt, alle verfügbaren diplomatischen Kräfte mobilisiert und endlich den Verhandlungsweg zu einer Zwei-Staaten-Lösung nachhaltig fördert.

Berlin/Kassel, 9.10.2023

Israels Militär ist Teil der US-Kriegsmaschinerie

Die Regierungen Israels und der Vereinigten Staaten sind sich uneins darüber, wie viele palästinensische Zivilisten getötet werden dürfen. Anfang November – als sich die Zahl der Todesopfer der massiven israelischen Bombardierung des Gazastreifens auf fast 10 000 Menschen, darunter mehrere Tausend Kinder, zubewegte – begannen hochrangige US-Politiker, sich über den wachsenden entsetzten Aufschrei im In- und Ausland Sorgen zu machen. Sie gingen mit gedämpften Bedenken und Forderungen nach einer „humanitären Pause“ an die Öffentlichkeit. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu machte jedoch deutlich, daß er dies nicht zulassen würde. Solche geringfügigen taktischen Meinungsverschiedenheiten können das solide Fundament des Bündnisses zwischen den beiden Ländern kaum erschüttern, das größtenteils in einem Zehn-Jahres-Abkommen besteht, das Israel 38 Milliarden Dollar an US-Militärhilfe garantiert. Und jetzt, da das Gemetzel in Gaza weitergeht, beieilt sich Washington, zusätzliche Militärhilfe im Wert von 14 Milliarden Dollar zu leisten.

In *These Times* berichtete, daß die Regierung Biden den Kongreß um die Erlaubnis bittet, „den zukünftigen Verkauf von militärischer Ausrüstung und Waffen – wie ballistische Raketen und Artilleriemunition – an Israel einseitig und pauschal zu genehmigen, ohne den Kongreß zu informieren“. Auf diese Weise „könnte die israelische Regierung unter völliger Geheimhaltung militärische Artikel und Dienstleistungen im Wert von bis zu 3,5 Milliarden Dollar kaufen“.

Während die israelischen Streitkräfte mit von den Vereinigten Staaten bereitgestellten Waffen palästinensische Zivilisten abschlachteten, landeten mit freundlicher Genehmigung der amerikanischen Steuerzahler Nachschubflüge in Israel. Das *Air & Space Forces Magazine* veröffentlichte ein Foto, das zeigt, wie US-Luftwaffenangehörige und israelische Militärangestellte Fracht aus einer C-17-Globemaster III der US-Luftwaffe auf einer Rampe auf dem Stützpunkt Nevatim in Israel ausladen.

Die am 24. Oktober aufgenommenen Bilder zeigen, daß die militärische Fracht von der Travis Air Force Base in Kalifornien über die Ramstein Air Base in Deutschland nach Israel transportiert wurde. Insgesamt, so das Magazin, „hat die Lufttransportflotte der Air Force kontinuierlich daran gearbeitet, wichtige Munition, gepanzerte Fahrzeuge und Hilfsgüter nach Israel zu liefern“. So erhält das Apartheidland einen gewaltigen Schub, um das Töten zu unterstützen.

Die schrecklichen Greuelthaten der Hamas vom 7. Oktober haben die Tür für weitere schreckliche Greuelthaten Israels mit maßgeblicher Unterstützung der Vereinigten Staaten geöffnet. Oxfam America hat ein Briefing-Papier herausgegeben, in dem die Pläne des Pentagons, Zehntausende von 155-mm-Artilleriegranaten an das israelische Militär zu liefern, angeprangert werden. Die Organisation stellte fest, daß „Israels Einsatz dieser Munition in

vergangenen Konflikten zeigt, daß ihr Einsatz mit ziemlicher Sicherheit wahllos, ungesetzlich und verheerend für die Zivilbevölkerung in Gaza wäre“. Oxfam fügte hinzu: „Es sind keine Szenarien bekannt, in denen 155-mm-Artilleriegranaten bei Israels Bodenoperation in Gaza im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht eingesetzt werden könnten.“

In den letzten Wochen war „humanitäres Völkerrecht“ eine häufige Phrase von Präsident Biden, wenn er Israels Militäraktionen unterstützte. Es ist eine Orwellsche Absurdität, als ob es ausreicht, diese Worte zu sagen, während man Israel ständig dabei hilft, das humanitäre Völkerrecht auf vielfältige Weise zu verletzen. „Die israelischen Streitkräfte haben weißen



155-Millimeter-Granaten auf dem deutschen Truppenübungsplatz Grafenwöhr

Phosphor, eine Chemikalie, die sich bei Kontakt mit Sauerstoff entzündet und äußerst schwere Verbrennungen verursacht, in dicht besiedelten Stadtvierteln eingesetzt“, schrieb der leitende Rechtsberater von Human Rights Watch Clive Baldwin Ende Oktober. „Weißer Phosphor kann bis auf die Knochen brennen, und Verbrennungen an 10 Prozent des menschlichen Körpers sind oft tödlich.“ Baldwin fügte hinzu: „Israel hat die Bevölkerung des Gazastreifens auch kollektiv bestraft, indem es die Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser, Strom und Treibstoff unterbunden hat. Dies ist ein Kriegsverbrechen, ebenso, wenn vorsätzlich verhindert wird, daß humanitäre Hilfe die bedürftige Zivilbevölkerung erreicht.“

Aus der Presse erfährt man nun, daß Biden und Außenminister Antony Blinken eine kleine Kurskorrektur vornehmen wollen. Für sie wurde das ständige massenhafte Töten palästinensischer Zivilisten zum Problem, als es zu einem PR-Problem wurde. Verkleidet in einen unerschöpflichen Vorrat an euphemistischer Rhetorik und Doppelzüngigkeit, ist es atemberaubend, diese unmoralische Politik in Echtzeit zu sehen. Und für viele Menschen in Gaza buchstäblich atemberaubend.

Nun versucht das Weiße Haus aus politischem Kalkül, Israels Premierminister dazu zu bewegen, die tödliche Dosis der Bombardierung des Gazastreifens zu reduzieren. Doch wie

Netanjahu in den letzten Tagen deutlich gemacht hat, wird Israel tun, was es will, trotz der Bitten seines Schirmherrn.

Obwohl es im Nahen Osten weitgehend als Teil der US-Kriegsmaschinerie fungiert, hat Israel seine eigene Agenda. Die beiden Regierungen sind jedoch in gemeinsame, langfristige, übergreifende strategische Interessen im Nahen Osten eingebunden, bei denen die Menschenrechte außer als rhetorische Augenschwermerei absolut keine Rolle spielen. Biden machte dies letztes Jahr deutlich, als er dem De-facto-Herrscher des ölreichen Saudi-Arabien die Hand reichte, einer Diktatur, die – mit maßgeblicher Unterstützung der USA – einen achtjährigen Krieg gegen den Jemen führte, der fast 400 000 Menschen das Leben gekostet hat.

Die Kriegsmaschinerie muß permanent von den Nachrichtenmedien geölt werden. Das erfordert die ständige Aufrechterhaltung der Annahme, daß die israelischen Verteidigungskräfte den „Terrorismus“ bekämpfen, wenn Israel Menschen aus der Luft terrorisiert und tötet, ohne sich selbst daran zu beteiligen.

Ein weiterer hilfreicher Gedanke in den letzten Wochen war die Annahme, daß die Hamas „Propaganda“ macht, Israel aber nicht. So berichtete Nick Schiffrin, Korrespondent der PBS NewsHour für auswärtige Angelegenheiten, am 2. November über „Hamas-Propagandavideos“, wie er es nannte. Schön und gut. Allerdings wäre es für die US-Nachrichtenmedien praktisch unmöglich, öffentliche Veröffentlichungen der israelischen Regierung auch sachlich als „Propaganda“ zu bezeichnen.

Welche Differenzen auch immer von Zeit zu Zeit auftauchen mögen, die Vereinigten Staaten von Amerika und Israel bleiben miteinander verflochten. Für die Machtelite in Washington ist das bilaterale Bündnis weitaus wichtiger als das Leben der palästinensischen Bevölkerung. Und es ist unwahrscheinlich, daß die US-Regierung Israel wirklich mit seinem endlosen Morden in Gaza konfrontieren wird.

Wenige Wochen vor Beginn ihrer zweiten Amtszeit als Sprecherin des Repräsentantenhauses im Januar 2019 wurde die Abgeordnete Nancy Pelosi auf einem vom Israeli American Council gesponserten Forum auf Video aufgenommen, als sie erklärte: „Ich habe den Leuten gesagt, wenn sie mich fragen – wenn dieses Capitol zusammenbrechen würde, wäre das einzige, was bleiben würde, unser Engagement für unsere Hilfe – ich nenne es nicht einmal Hilfe – unsere Zusammenarbeit mit Israel. Das ist grundlegend für das, was wir sind.“

Selbst wenn man die bizarren Übertreibungen außer acht läßt, ist Pelosis Aussage bezeichnend für die Art von Mentalität, die im offiziellen Washington bis heute vorherrscht. Das wird sich nicht ändern, wenn nicht eine gewaltige Graswurzelbewegung entsteht, die sich weigert, damit fortzufahren.

Norman Solomon

Redaktionell gekürzt

Quelle: antikrieg.com, 8.11.23

Was hat Mallorca mit Gaza zu tun?

Die Säuberung in Mallorca erfolgte in drei Phasen, die untereinander ziemlich verschieden waren; hinzu kam eine vorbereitende Periode. Während dieser letzten verzeichnete man zweifellos auch schon Hinrichtungen ohne gerichtliches Urteil.

Eine große Anzahl der Verdächtigen, Männer wie Frauen, fiel nämlich nicht unter das Kriegsrecht, da auch der geringste materielle Beweis fehlte, auf den ein Kriegsgericht hätte zurückgreifen können. Man begann sie also gruppenweise, je nach ihrem Heimatort, zu entlassen. Unterwegs kippte man die Le cadavres in den Straßengraben. Ich weiß ... ihr laßt mich nicht weiterreden. Wieviel Tote? Fünfzig? Hundert? Fünfhundert?

Ich bemühe mich, dies alles ganz nüchtern niederzuschreiben. Ich werde auch nichts denen zuliebe hinzufügen, die mich für fähig halten möchten, Dinge ohne Beweis vorzubringen oder auf bloßes Geschwätz hin. Ich berichte hier nicht über eine mehr weniger geheimnisvolle Mafia. Alle Tatsachen sind öffentlich bekannt; von der Mehrzahl gebilligt, von einigen wenigen mißbilligt, wurden sie von niemand in Zweifel gezogen.

Die tapferen Soldaten dringen von allen Seiten ein und rechnen mit den Verwundeten ab ... Als ich einige Tage später dem Madrider Journalisten, der diesen Artikel geschrieben hatte, mein Erstaunen zum Ausdruck brachte, veröffentlichte er am Tage darauf eine umständliche Rechtfertigung, der ich folgendes entnehme: „Gewisse hochherzige Seelen glauben, sich gegen die Notwendigkeiten des Heiligen Krieges empören zu müssen. Wer aber Krieg führt, muß sich dessen Gesetzen unterwerfen. Und lautet das erste Gesetz des Krieges nicht: Wehe den Besiegten!“

Mißtrauisch geworden durch den wachsenden Widerwillen, den sie rings um sich aufkommen fühlte, ... schritt die Militärbehörde

nunmehr zu einer dritten, noch diskreteren Methode der Säuberung. Hier ist sie, ein höchst einfaches Verfahren. Die Gefangenen, die als unerwünscht galten, erhielten eines Morgens die Mitteilung, sie würden wegen Mangels an Beweisen entlassen. Sie unterschrieben ihre Entlassungsurkunde, quittierten die Rückgabe ihres konfiszierten Eigentums, schnürten ihr Bündel, erfüllten also kurz gesagt nacheinander alle die Formalitäten, die unerlässlich sind, um eine Gefängnisverwaltung von aller zukünftigen Verantwortung zu entlasten. Um zwei Uhr morgens entließ man sie, zu zwei und zwei. Das ging so vor sich, daß sie sich – kaum hatten sie die Gefängnischwelle überschritten – in einem abgelegenen Nebengässchen einem Lastwagen gegenüber sahen, von Männern umringt, von denen jeder eine Pistole in der Hand hatte. „Ruhe! Wir bringen euch nach Hause!“ Man brachte sie auf den Friedhof.

So erhielten, bis zum Dezember (1937), die Hohlwege der Insel rings um die Friedhöfe regelmäßig ihre tödliche Ernte Andersdenkender. Die von George Bernanos erzählte Geschichte von Mallorca hat nichts mit dem Gazastreifen der Gegenwart zu tun – oder doch! Israel ist derzeit von einem extrem nationalistischen Gewaltssystem beherrscht, das mit dem auf härteste Unterdrückung fußenden System Franco vergleichbar ist. Benjamin Netanjahu, dem Österreichs Parlamentsparteien schier die Hände küssen, lehnt das Osloer Abkommen von 1993 und den Rückzug des Staates Israels auf die Grenzen vor dessen Angriffskrieg 1967 ab. Israels Militär und militarisierten Siedler gehen gegen die zur befreienden Gewalt mit allen dabei möglichen Fehlern greifenden Freiheitskämpfern aus dem Gazastreifen so vor wie alle Faschisten gegen Freiheitskämpfer vorgegangen sind. Wenn den Unterdrückten „kein anderer Ausweg bleibt, wird diese revolutionäre

Gewalt zum bewaffneten Kampf, ohne deswegen terroristischer Kampf sein zu müssen“, hat der baskische Befreiungstheologe und im Auftrag der US-Amerikaner mit fünf Mitbrüdern ermordete Ignacio Ellacuría SJ (1930–1989) festgestellt. (*Gewaltlose Friedensarbeit und befreiende Gewalt?*, Concilium 24, Jg., 1988, S. 47–53). Wie George Bernanos über das Vorgehen der spanischen Faschisten authentisch beschreibt, haben beispielsweise lange vor dem Ausbruch dieses Krieges am 8. Oktober des Jahres der israelische Staatsapparat Palästinenserinnen und Palästinenser in sogenannte Administrativhaft genommen. Diesen war es nicht möglich, ihr Recht auf ein Gerichtsverfahren wahrzunehmen und sie wissen nicht, wann sie freigelassen werden. Der Gazastreifen soll, das ist der israelisch rechtsextreme Vorwand, wegen des von dort ausgehenden Terrorismus dem Erdboden gleichgemacht werden. Am 31. März 2002 hat der Patriarch von Jerusalem Michal Sabbah eine Osterpredigt gehalten: „Die Regierenden sollten nicht vom Terrorismus sprechen, um ein Grundübel zu verbergen und um die Welle des Todes und des Hasses zu rechtfertigen. Sie sollten die Wahrheit sehen und eingestehen, daß es sich hier um ein Übel handelt, das geheilt werden muß. Dieses Übel heißt: Unterdrückung eines Volkes, Raub seines Landes und seiner Freiheit“. (*Concilium. Internationale Zeitschrift für Theologie*, 38 Jg., 2002, S.364–369, 364).

Österreichs im Parlament vertretene Parteien sichern nicht dem Staat Israel, sondern dessen rechtsextremen Staatsapparat bedingungslose Solidarität zu und akzeptieren, ja ermuntern dadurch dessen vor nichts mehr zurückschreckenden Angriffe auf das palästinensische Volk einschließlich deren Spitäler.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler
Aus: *Zeitung der Arbeit (ZdA)*, Wien,
19.10.2023

Angela Davis zu Palästina

„Wir dürfen nicht aufgeben! Wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben!“

Die USA und Palästina sind fast 10 000 Kilometer voneinander entfernt und haben eine sehr unterschiedliche Geschichte. Über die Geschichte und Bedeutung der Solidarität der Schwarzen in den USA mit der palästinensischen Sache sprach die bekannte politische Aktivistin **Angela Davis** in der Sendung *UpFront*, New York/Santa Cruz.

Während Israel seine Bombardierung des Gazastreifens fortsetzt, haben sich zahlreiche Afroamerikaner in den USA zusammengefunden, um ihre Solidarität mit den Palästinenserinnen und Palästinensern zu bekunden. Umgekehrt haben in der Zeit der Black-Lives-Matter-Bewegung 2020 palästinensische Aktivistinnen und Aktivisten in Gaza ihre Solidarität mit diesem Kampf zum Ausdruck gebracht, beispielsweise in Form eines riesigen Wandbildes von George Floyd.

Ursachen von palästinensischer und schwarzer Befreiung verflochten

Angela Davis sprach davon, daß die Ursachen von palästinensischer und schwarzer Befreiung verflochten seien. Sie zitierte die verstorbene Dichterin June Jordan, die Palästina als einen moralischen Lackmustest für die Welt benannt hätte. Nelson Mandela habe gesagt, daß Südafrika nicht frei sein würde, bis Palästina frei sein würde. In diesem Zusammenhang betonte sie, daß Palästina in den vergangenen Jahren eine besondere Bedeutung in den politischen Auseinandersetzungen besessen habe.

Private Sicherheitsfirmen agieren global

Angela Davis wies auf die Verbindung zwischen dem Rassismus in den USA, Apartheid in Südafrika und Israel hin. Diese

Zusammenhänge seien nicht allein auf theoretischer, sondern nur auf Ebene der praktischen Solidarität zu erklären.

Auch in der Frage von Polizeigewalt sieht sie internationale Verflechtungen. Sie betont, daß private „Sicherheitskonzerne“ hier eine Verbindung darstellen. Dieselben Konzerne, die die Mauern und Grenzen in Israel überwachen und „schützen“, kommen beispielsweise in den USA an der Grenze zu Mexiko zum Einsatz. Aber auch auf staatlicher Ebene gebe es einen engen Austausch zwischen israelischen „Sicherheitskräften“ und denen der USA.

Auf die Frage, ob sie in der jetzigen Situation hoffnungsvoll bleibt, antwortet Angela Davis: „Wir dürfen nicht aufgeben! Wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben!“

Aus: *Zeitung der Arbeit, ZdA*, Wien, 31.10.23

Brief eines US-amerikanischen Journalisten an die Kinder in Gaza

Du wirst erwachsen werden und Kinder haben. Du wirst alt werden. Du wirst Dich an dieses Leid erinnern, aber Du wirst wissen, daß es bedeutet, anderen zu helfen, die leiden. Das ist meine Hoffnung.

Liebes Kind, es ist nach Mitternacht. Ich fliege mit einer Geschwindigkeit von Hunderten Meilen pro Stunde durch die Nacht. Tausende Meter über dem Atlantischen Ozean. Ich reise nach Ägypten. Ich will dort zur Grenze nach Gaza, bei Rafah. Wegen Dir.

Du warst nie in einem Flugzeug. Du hast Gaza nie verlassen. Du kennst nur das dichte Gedränge in den Straßen und Gassen. Die Betonverschlänge. Du kennst nur die Sicherheitsbarrieren und Zäune, die Gaza umgeben und an denen Soldaten entlang patrouillieren. Flugzeuge machen Dir Angst. Kampffjets. Kampfhubschrauber. Drohnen. Sie kreisen über Dir. Sie schießen Raketen ab, werfen Bomben. Ohrenbetäubende Explosionen. Die Erde bebt. Gebäude fallen zusammen. Die Toten. Die Schreie. Die dumpfen Hilferufe aus den Trümmern. Es hört nicht auf. Nacht und Tag. Gefangen unter Bergen von zertrümmertem Beton. Deine Spielkameraden. Deine Schulkameraden. Deine Nachbarn. In Sekunden verschwunden. Du siehst die krei-deweissen Gesichter und Körperteile, die ausgegraben werden. Ich bin Reporter. Es gehört zu meinem Beruf, das zu sehen. Du bist ein Kind. Du solltest das nie sehen.

Der Geruch des Todes. Verwesende Körper unter zerbrochenem Beton. Du hältst den Atem an. Du bedeckst Deinen Mund mit einem Tuch. Du gehst schneller. Dein Viertel ist ein Friedhof geworden. Alles was so vertraut war gibt es nicht mehr. Du blickst ungläubig um Dich. Du fragst Dich, wo Du bist.

Du hast Angst. Eine Explosion nach der anderen. Du weinst. Du klammerst Dich an Deine Mutter oder an Deinen Vater. Du hältst Dir die Ohren zu. Du siehst das weiße Licht der Rakete und wartest auf die Explosion. Warum töten sie Kinder? Was haben sie getan? Warum kann Dich niemand beschützen? Wirst Du verletzt werden? Wirst Du ein Bein oder einen Arm verlieren? Wirst Du blind werden oder in einem Rollstuhl sitzen? Warum wurdest Du geboren? War es, um Schönes zu erleben? Oder war es, um das hier zu erleben? Wirst Du groß werden? Wirst Du glücklich? Wie wird es sein, ohne Deine Freunde? Wer wird als nächstes sterben? Deine Mutter? Dein Vater? Deine Brüder und Schwestern? Irgendjemand, den Du kennst, wird verletzt. Bald. Jemand, den Du kennst, wird sterben. Bald.

Nachts liegst Du im Dunkel auf dem kalten Zementboden. Die Telefone sind unterbrochen. Das Internet ist abgeschaltet. Du weißt nicht, was passiert. Es gibt Lichtblitze. Es gibt Wellen von Erschütterungen durch Explosionen. Es gibt Schreie. Es hört nicht auf.

Du wartest, wenn Dein Vater oder Deine Mutter auf der Suche nach Essen oder Wasser sind. Das schreckliche Gefühl im Magen. Werden

sie zurückkommen? Wirst Du sie wiedersehen? Wird Dein kleines Zuhause das nächste sein? Werden die Bomben Dich finden? Sind dieses Deine letzten Momente auf dieser Welt?

Du trinkst salziges, schmutziges Wasser. Es macht Dich sehr krank. Dein Magen tut weh. Du hast Hunger. Die Bäckereien sind zerstört. Es gibt kein Brot. Du ißt einmal am Tag. Nudeln. Eine Gurke. Bald wird es wie ein Festmahl sein.

Du spielst nicht mit Deinem Fußball aus Lumpen. Du läßt Deinen Drachen nicht fliegen, der aus altem Zeitungspapier gebaut ist.

Du hast ausländische Reporter gesehen. Wir tragen Schutzwesten, auf denen das Wort „Presse“ steht. Wir haben Helme. Wir haben Kameras. Wir fahren in Jeeps. Wir tauchen immer nach der Bombardierung auf oder nach einer Schießerei. Wir sitzen lange bei Kaffee und reden mit den Erwachsenen. Dann verschwinden wir. Normalerweise interviewen wir keine Kinder. Aber ich habe Interviews mit Euch gemacht, als Ihr uns umringt habt. Es wurde gelacht. Gestikuliert. Ihr habt uns gebeten, Fotos von Euch zu machen.

Ich bin in Gaza von Kampffjets bombardiert worden. Ich wurde in anderen Kriegen bombardiert. Das war, bevor Du geboren wurdest. Ich hatte sehr große Angst. Ich träume immer noch davon. Wenn ich heute die Bilder aus Gaza sehe, kehren die Kriege mit großer Wucht wie Donner und Blitze zu mir zurück. Ich denke an Euch.

Alle von uns, die im Krieg waren, hassen den Krieg vor allem wegen dem, was er Kindern antut.

Ich habe versucht, Deine Geschichte zu schreiben. Ich habe versucht, der Welt zu sagen, wenn man grausam zu Menschen ist, jede Woche, jeden Monat, jedes Jahr, Jahrzehnte lang, wenn man den Menschen ihre Freiheit und ihre Würde nimmt, wenn man sie erniedrigt und in einem Gefängnis unter freiem Himmel einsperrt, wenn man sie tötet, als seien sie wilde Tiere, dann werden sie zornig. Sie tun anderen das an, was man ihnen angetan hat. Ich habe das immer wieder gesagt. Ich habe das sieben Jahre lang gesagt. Kaum jemand hat zugehört. Und jetzt dies.

Es gibt sehr mutige palästinensische Journalisten. 39 von ihnen wurden getötet, seit dieses Bombardement begann. Sie sind Helden. Auch die Ärzte und Krankenpfleger in Euren Krankenhäusern sind Helden. Auch die UN-Mitarbeiter. 89 von ihnen wurden getötet. Auch die Fahrer von Rettungswagen und das medizinische Personal. Auch Eure Mütter und Väter, die Euch vor den Bomben beschützen. Aber wir sind nicht dort. Nicht dieses Mal. Man läßt uns nicht hinein, man sperrt uns aus. Reporter aus aller Welt werden zum Grenzübergang Rafah gehen, weil wir diesem Abschlichten nicht zuschauen können, ohne etwas zu tun. Wir gehen, weil Hunderte Menschen jeden Tag sterben, darunter 160 Kinder. Wir gehen, weil dieser Völkermord aufhören

muß. Wir gehen, weil wir Kinder haben. Kinder wie Du. Kostbar. Geliebt. Wir gehen, weil wir wollen, daß Du lebst.

Ich hoffe, daß wir uns eines Tages treffen können. Du wirst erwachsen sein. Ich werde ein alter Mann sein. Obwohl, ich bin für Dich schon heute sehr alt. In meinem Traum über Dich wirst Du frei und sicher und glücklich sein. Niemand wird versuchen, Dich zu töten. Du wirst in Flugzeugen reisen, die mit Menschen gefüllt sind, nicht mit Bomben. (...) Du wirst die Welt sehen. Du wirst erwachsen werden und Kinder haben. Du wirst alt werden. Du wirst Dich an dieses Leid erinnern, aber Du wirst wissen, daß es bedeutet, anderen zu helfen, die leiden. Das ist meine Hoffnung. Dafür bete ich.

Wir haben dich im Stich gelassen. Das ist unsere furchtbare Schuld. Wir haben es versucht, aber wir haben nicht genug getan. Wir werden nach Rafah gehen. Viele von uns. Reporter. Wir werden vor der Grenze mit Gaza stehen und protestieren. Wir werden schreiben und filmen. Das ist, was wir tun. Nicht viel, aber etwas. Wir werden Deine Geschichte neu aufschreiben.

Vielleicht reicht es, um das Recht zu verdienen, Dich um Vergebung zu bitten.

Chris Hedges

Übersetzung: Karin Leukefeld

Übernommen von: senjora.org, 9. 11.2023



Chris Hedges ist ein mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Journalist, der 15 Jahre lang als Auslandskorrespondent für die New York Times tätig war, wo er das Büro für den Nahen Osten und das Büro für den Balkan leitete.

Frieden muß Frieden für alle sein!

Christiane Reimann, Friedensaktivistin und Publizistin, hielt am 4. November auf einer Friedenskundgebung des „Bündnisses für Frieden Berlin“, eine Rede, die RF hiermit dokumentiert.

Ich freue mich, heute mit Euch auf dem Alex zusammen zu sein. Ihr verschließt nicht die Augen vor Krieg, Zerstörung, menschlichem Leid. Ihr guckt genau hin. Ihr gebt Euch nicht mit Allerweltserklärungen zufrieden, Ihr wollt verstehen, was warum passiert.

Wir leben in dunklen Zeiten. Zu dem Ukraine-Krieg, zu den anderen Konflikten der Ukraine, in Armenien, Niger, potentiell Taiwan, China kommt jetzt auch noch der Gaza-Krieg hinzu. Die französische Tageszeitung „Le Monde“ schrieb bereits am 10. Oktober: „Die einseitige Diplomatie des Westens hat ausnahmslos nur der einen Seite das Recht auf Selbstverteidigung und ein Leben in Freiheit zugestanden ... Frieden muß jedoch Frieden für alle sein.“ Weil der Westen so einseitig war, müssen wir jetzt mit ansehen, wie die Bevölkerung von Gaza auf immer engerem Raum zusammengepfercht wird, Wasser, Nahrungsmittel, Energie, Medikamente reichen nicht mehr wirklich zum Überleben. Das ist eine humanitäre Katastrophe.

Die Angriffe der Hamas auf israelische Zivilisten am 7. Oktober stellen schwere Verstöße gegen das Völkerrecht dar. Im Unterschied zu Israel ist Palästina ein Vertragsstaat des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs. Der ist verpflichtet, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen und zu ahnden. Das ist der korrekte Weg nach internationalem Recht. Pure Willkür hingegen ist es, wenn ein anderer Staat in Selbstjustiz einen Krieg führt, in dem, wie es Brasiliens Staatspräsident Lula ausdrückte, zum ersten Mal die Mehrheit der Opfer Kinder sind.

Der Konflikt Israel – Palästina ist alt und erscheint unlösbar. Trotz alledem wollen wir in diesem wie in allen Kriegen und Konflikten Teil der Kräfte sein, die die Gewalt stoppen und Frieden stiften.

Wir sehen doch, was Kriege anrichten. Überall dort, wo die westlichen Staaten in den letzten zwei, drei Jahrzehnten interveniert haben – ob in Afghanistan, dem Irak, Syrien, Jugoslawien, Libyen, der Sahel-Zone und anderswo – an keinem dieser Plätze gibt es jetzt Freiheit in Frieden. Statt dessen Staatenzerfall und oft bitterste Not und Armut.

Und immer noch haben die Kräfte um USA und NATO keinen Plan B. Sie wollen auch in Zukunft Konflikte nach dem alten Muster mit immer mehr und „intelligenteren“ Waffen lösen und damit, daß sie ihre Gesellschaften, wie es der Verteidigungsminister Pistorius ausdrückt, „kriegstüchtig“ machen.

Boris Pistorius ist Sozialdemokrat. Auf ihrem Parteitag im Dezember wird die SPD eine neue außenpolitische Linie beschließen und

offiziell und programmatisch mit der Willy-Brandt-Politik der gemeinsamen Sicherheit in Europa brechen. Sie strebt dann nicht mehr Sicherheit MIT, sondern VOR Rußland an. Deutschland soll dann in Europa und der Welt „glaubhafte Führung“ zeigen. „Führung auch in militärischen Fragen“, eine „führende Friedensmacht“ sein ... Man könnte meinen, die um den Frieden entkernte Sozialdemokratie ist besoffen vom deutschen Führungsanspruch.

Das paßt zur Kriegstüchtigkeit. „Kriegstüchtige“ Gesellschaften verändern ihre Grundlagen. Schon jetzt fließt jeder fünfte Euro aus dem Bundeshaushalt ins Militärgeschäft, dafür steigt die Armut. Nach einer Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung sind inzwischen fast 17 Prozent der Bevölkerung arm. Sie können nur spärlich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, sie können nicht ausreichend heizen.

Parallel werden die Schulgebäude genauso vernachlässigt wie die Bildung, die dort stattfinden soll. Lehrkräfte fehlen an allen Ecken und Enden, ein Viertel aller Viertklässler hierzulande kann nicht lesen und schreiben. Die öffentliche Infrastruktur – Brücken, Straßen, Schienennetz – gammelt vor sich hin und die öffentlichen Räume veröden. Das verändert die ganze Gesellschaft. Es ist sind die sozialen Reststrukturen in diesem Staat, die die Gesellschaft zusammenhalten, indem sie Reichen etwas nimmt und ein bißchen den Armen gibt und sich um eine halbwegs verlässliche Daseinsvorsorge kümmert. Wenn dieser soziale Ausgleich fehlt, muß ideologischer Kitt den gesellschaftlichen Zusammenhalt herstellen. Das „Wir“ definiert sich dann durch Abgrenzung gegen das andere. Der Übergang, daß „Wir“ besser sind als die anderen oder die anderen gar unsere Feinde, ist fließend. Wir sind Zeugen von wachsendem Rassismus und Rechtsradikalismus in Deutschland.

In einer kriegstauglichen Gesellschaft ist es um die Wahrheit schlecht bestellt. Ein Beispiel: Joe Biden selbst hat angeblich Bilder gesehen von Köpfen, die Hamas-Kämpfer israelischen Babies abgeschlagen hätten. Das ging durch alle Medien. Allein: Es gab diese Bilder nie. Wir haben die Schnauze gestrichen voll von dieser Verblödung der Öffentlichkeit. Die sogenannten Qualitätsmedien sind schon lange keine „vierte Gewalt“ mehr. Sie sind Vollzugsorgan politischer und wirtschaftlicher Interessen.

In einem kriegstauglichen Land sind die Grund- und Menschenrechte nicht oberstes Staatsziel, stellt doch Krieg das Menschenrecht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Frieden infrage. Darüber hinaus werden Grundrechte relativiert, wenn Normen staatlichen Handelns außerhalb des Grundgesetzes festgelegt werden – so wie die deutsche Staatsräson gegenüber Israel. Sie ist zwar in aller Munde, aber sie steht

nirgendwo, ist nicht definiert oder einklagbar. Wir sind für Rechtsstaat mit klaren Gesetzen und Grundrechten, nicht aber für eine willkürlich zu interpretierende Staatsräson, die dann der Politik ihren Stempel aufdrückt.

Aus einem zweiten Grund werden wir öffentlich aufgefordert, dem Staat Israel zur Seite zu stehen. Israel, so Politik und Medien, sei die einzige Demokratie im Nahen und Mittleren Osten. Diese Definition verwundert. Israel hat keine Verfassung, dieser Staat hat seine Grenzen nicht definiert, er legalisiert Landraub und sichert ihn militärisch ab, seine Bürger haben definitiv keine gleichen Rechte. Und als Besatzungsmacht in Gaza kommt Israel seinen Pflichten nach der Genfer Konvention nicht nach, dann nämlich müßte es die öffentliche Ordnung sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und Medikamenten sicherstellen. Doch seit Jahren stellt Israel mal Wasser ab und dann wieder an, stört die Telekommunikation, erlaubt oder verbietet nach Gutdünken den Palästinensern zur Arbeit den Gaza-Streifen zu verlassen.

Aktuell soll die Staatsräson dafür herhalten, daß Deutschland Israel, wenn erwünscht, Waffen liefert. Der Nahe und Mittlere Osten ist seit Jahrzehnten im Wortsinn Brennpunkt des Weltgeschehens. Da war und ist die deutsche Lieferung atomwaffenfähiger U-Boote an Israel schon ein Spiel mit dem Feuer. Derzeit liegt die 6. Flotte der USA in Italien, zwei US-Flugzeugträger kreuzen im Mittelmeer. Es verbietet sich, hier weiter zu zündeln. Keine Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete!

Wer wirklich helfen will, daß Israel ein sicherer Ort für Jüdinnen und Juden ist – und das will ich –, der muß Frieden stiften. Nur gute Nachbarschaft, nur gegenseitiger Respekt schafft Sicherheit. Das gilt für die Beziehungen Israel – Palästina und Israel zu seinen arabischen Nachbarn genauso wie für Europa und das Verhältnis Deutschland – Rußland.

Wir befinden uns mitten in einem weltumspannenden Beben, das die westlich dominierte Weltordnung erschüttert. Offen ist, ob daraus etwas lebensfähiges Neues hervorgeht oder ob nur die alte Ordnung krachend zusammenbricht. Um so mehr brauchen wir Ideen zum Frieden und sichtbaren Widerstand. Am 25. November findet in Berlin eine Demonstration gegen Kriege, gegen Kriegstauglichkeit, gegen Aufrüstung statt, für Frieden und friedliche Konfliktlösung. Sie ist getragen von einem breiten Bündnis von Gewerkschaften, Verbänden, außerparlamentarischen Initiativen. Kommt bitte alle, wir müssen viele werden und endlich Schritte zum Frieden gehen.

Wir brauchen einen langen Atem. Geben wir uns also gegenseitig Halt, damit wir aufrecht bleiben und widerständig.

Eskalation oder Verhandlungen. Was will der Westen?

Militärische Konflikte zur Erhaltung von Einflusssphären

Der Nahostkonflikt, der von den USA und Israel initiiert sowie durch den unerwarteten Angriff der jahrelang provoziert und gedemütigten Hamas mit aufgetauter Rache ausgelöst wurde, erfährt mit den überzogenen Angriffen Israels aus der Luft und am Boden auf die Wohngebiete des dicht besiedelten Gazastreifens sowie mit der überschnellen Verlegung von Truppen und Kriegsmaterial durch USA und NATO (darunter zwei US-Flugzeugträger mit Atomwaffen und ein Atom-U-Boot in die Nahostregion), eine gefährliche Zuspitzung. Verstärkt wird Letztere nicht nur dadurch, daß Staaten des Nahen Ostens mit propalästinensischen Positionen (Libanon mit der Hisbollah, Jordanien, Syrien, Jemen, Ägypten) z. T. bereits auf das eskalierende Israel mit Raketenschlägen antworten und ihre Streitkräfte in erhöhte Bereitschaft bringen, sondern auch durch die Regionalmächte Türkei und Iran und vor allem auch durch die ihre Interessen dort wahrnehmenden Weltmächte China und Rußland. Jemen hat mit einer Kriegserklärung und mit Raketenbeschuß auf Israel reagiert und die Hisbollah und der Iran schlossen sich dem mit gedämpfter Intensität an. Eine totale Auslöschung der Hamas, eine Abtrennung des Nordens von Gaza sowie die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat (z. B. auf den Sinai) würden diese Kräfte nicht akzeptieren und die Bekämpfung Israels intensivieren. Die Hisbollah hält sich noch mit dem vollen Einsatz ihrer über 200 000 Raketen verschiedener Bestimmung zurück. China schickte sechs Kriegsschiffe in die Region und Rußland hat seine Militärbasis in Syrien alarmiert und läßt seine MiG-31-Flugzeuge mit scharfen Hyperschallraketen „Kinshal“ (Reichweite 2000 km) ständig in der Luft patrouillieren. Ein Funke würde ausreichen, um einen großen Regionalkonflikt auszulösen, der Israels Existenz in Frage stellen und der schnell zu einem 3. Weltkrieg mit allen sich daraus ergebenden vernichtenden Konsequenzen für die Menschheit auswachsen könnte.

Warum gehen USA, NATO und Israel solche Risiken ein?

Beide Staaten denken nur an die Umsetzung ihrer Interessen. Israel als unerklärte Atommacht (mit 80 bis 400 Atomsprengköpfen) will eine USA-hörige Regionalmacht im Nahen Osten vor dem aufstrebenden Iran und Saudi-Arabien bleiben, beansprucht das ganze Palästina (wie von Netanjahu vor der UNO-Vollversammlung auf einer Karte gezeigt), lehnt die 1947 von der UNO vorgeschlagene und mehrfach international eingeforderte Zweistaatenlösung ab und erhofft sich ökonomische Vorteile (alleinige Ausbeutung des Gasvorkommens vor Gaza). Die USA wollen ihren verlorenen Einfluß im Nahen Osten wiederherstellen und der Welt zeigen, daß sie die bestimmende „Weltordnungsmacht“ sind, die gewillt ist, die Weltherrschaft auch mit militärischen Mitteln gegen Rußland und

China durchzusetzen. Israel und der kollektive Westen mußten erfahren, daß durch die Weltmehrheit bei der UNO-Abstimmung ihre Politik in Isolation geraten ist und daß die Groß- und Regionalmächte sowie die Länder des globalen Südens (Bolivien und vier weitere Länder haben die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen, immer mehr Länder ziehen ihre Botschafter ab) den Kampf gegen ihre Vormachtsabsichten angenommen haben.

Im NATO-Rußland-Konflikt hat sich China jetzt eindeutig auf die Seite der Russischen Föderation (RF) gestellt. Das ist der Dank dafür, daß Rußland modernste militärische Technologien, Energie und Lebensmittel sowie waffenfähiges Uran an China lieferte und weiter liefern wird. Die RF nimmt, bis zum Erreichen des chinesischen atomaren Gleichstands mit den USA und Rußland, das Partnerland unter seinen Atomschirm und garantiert damit die Erfüllung der für die Welt wichtigen Großprojekte und den weiteren qualitativen Ausbau der Streitkräfte (SK) Chinas. Aus der militärischen Zusammenarbeit der beiden Länder erklärt sich das große Raketenpotential Rußlands, dessen Wirkungen im Ukraine-Konflikt sichtbar sind. Die dazu benötigten Chips und elektronischen Komponenten werden von China in Größenordnungen an die RF geliefert. Die Beziehungen zwischen China und Rußland scheinen umfangreicher und tiefgehender zu sein, als es sich die westlichen Politiker und Medien vorgestellt hatten. Auf diese Weise gestaltet sich das militärische Kräfteverhältnis zwischen dem kollektiven Westen und den strategischen Partnern China, Rußland und Iran so, daß die Gefahr für die Entfesselung eines 3. Weltkrieges geringer wird und sich die bereits in Erscheinung tretende multipolare Weltordnung entwickeln kann.

Zu den Verknüpfungen der Konflikte

Alle jetzigen vom Westen initiierten und ausgelösten Konflikte sind miteinander verknüpft. So werden diese hauptsächlich von den USA und den NATO-Ländern befeuert und finanziert, deren Politiker und Mainstreammedien die jeweiligen Vorgeschichten der Kriege und Konflikte ausblenden und so die Bevölkerungen ihrer Länder täuschen und belügen.

Da die Ressourcen der USA hauptsächlich aus politischen sowie finanziellen Gründen begrenzt sind (61 % der US-Amerikaner wollen keine weitere Unterstützung der Ukraine) und Israel im Westen einen höheren Status genießt, wird es nun bevorzugt und die bisher nicht so erfolgreiche Ukraine benachteiligt. Das bedeutet, daß Israel mit modernsten Waffen (täglich bis 50 Flugzeuge mit Waffen und Munition) beliefert wird und US-Spezialtruppen an den Operationen in Gaza direkt teilnehmen. Für die Ukraine werden bei verringerten Lieferungen nur Waffen älteren Typs (Panzer und Flugzeuge mit Ausnahme der Luftverteidigungstechnik) und weniger Geld bereitgestellt, was zum Nachlassen der

Kampffähigkeit der ukrainischen Streitkräfte (ukr. SK) führen wird. Fallenlassen will der Westen aber die Ukraine nicht.

Zum Ukraine-Konflikt

Es gibt derzeit an der Front mehrere Gefechtschwerpunkte (Kupjansk, Bahkmut, Ugledar, Awdejewka, Saporoschje und Cherson), an denen es intensive Kämpfe mit geringen taktischen Erfolgen gab. In den Angriffsschwerpunkten um Kupjansk und Awdejewka konnte die RF viermal mehr Geländegewinne und Positionsverbesserungen erreichen als die Ukraine in Cherson. Die Ukraine hat auch an anderen Gefechtsorten wegen uneffektiver Taktik (Gruppenangriffe mit zu geringer Unterstützung durch schwere Technik) und ungenügend ausgebildeter Soldaten (nur zwei bis sechs Wochen) sowie wegen nicht ausreichender Bewaffnung größere personelle und andere Verluste hinnehmen müssen, als der umsichtige und seine Soldaten schonende Gegner. Die Ukraine erlitt auch Nachteile durch die eingetretene Rasputiza (Schlammperiode) wegen der überschweren NATO-Panzer.

Die Kampfhandlungen der ukrainischen Seite tragen den Charakter von Scheingefechten, da sie wegen Personalmangel nicht bis zum Ende geführt werden können. Wogegen die RF SK ihre Angriffe mit Reserven absichert. Die Angriffsaktivitäten der russischen Seite mittels Halbkesseln und die verstärkte Anwendung des Prinzips der verbundenen Waffen (Ausbildung russischer Soldaten: sechs Monate) sind erfolgreich und haben zu einer Dezimierung des ukrainischen Personalbestandes sowie zur Zerstörung von stärksten Befestigungen, besonders im Raum Awdejewka, geführt.

Die meist mit westlichen Raketen und Drohnen auf das russische Territorium unternommenen Angriffe gegen militärische Ziele und Infrastruktur kosteten meist nur zivile Opfer und brachten nur geringen militärischen Nutzen. Die neuerdings in Echtzeit und automatisiert handelnde russische Luftverteidigung (der modernisierte Fla-Raketenkomplex/FRK S-400 mit effektiverer Rakete und größerer Reichweite sowie mit der Einführung des FRK mittlerer Reichweite S-350 – Witjas –, der mit Kassettenraketenblöcken ausgerüstet ist), hat z. B. die auf die Krim durchgeführten Angriffe mit Storm Shadow und anderen Flugkörpern bis auf wenige Ausnahmen abgefangen oder abgelenkt. Auch die ersten US-Raketen ATACMS wurden bereits erfolgreich bekämpft. So konnte die Luftverteidigung (LV) der RF, Lt. Scott Ritter, an einem Tag 24 Flugzeuge, Hubschrauber und andere Flugkörper des Gegners erfolgreich liquidieren, bevor Letztere die anvisierten Ziele zerstören konnten.

Der Oberkommandierende General der ukr. SK, Saluschny, stellte zu der jetzigen Situation Anfang November im englischen „The Economist“ fest, daß die Ziele der Gegenoffensive nicht erreicht wurden (es war ein täglicher Vormarsch in Richtung Krim von 30 km durch die NATO geplant), daß es unersetzbar

personelle Verluste gab und daß alle Maßnahmen (Kommandeure und Truppen ausgetauscht) keine Veränderungen brachten. Der Einsatz neuer Drohnen und elektronischer Waffen sowie die Bekämpfung von Truppenansammlungen mit Präzisionswaffen, aber auch die modernen russischen Minentechnologien, die Schneisen wieder automatisch schließen können, machten die geplanten Ziele nicht erfüllbar. Rußland erhielt, so Saluschny, durch die verzögerten Waffenlieferungen Zeit, um seine Waffensysteme zu verbessern und hat dadurch auch bei einem längeren Krieg Vorteile. Er sieht im Moment noch eine Pattsituation, obwohl beide Seiten bemüht sind, diese mit Vorteilen für sich aufzulösen. Saluschny stellte weiter fest, daß eine neue Offensive nur Erfolg haben wird, wenn die ukr. SK mit technologisch neuen Waffen (die für die Erfüllung der Ziele ausreichend sein müssen) ausgerüstet werden und die Ausbildung der Soldaten kriegsnah erfolgt.

Diese offensichtlich realistische Einschätzung widerspricht den unrealistischen Träumen Selenskyjs über die Lieferung von Wunderwaffen und die Bereitstellung von Soldaten durch den Westen sowie die Möglichkeiten der Ukraine. Es sieht so aus, daß die USA Saluschnys Sicht stärker berücksichtigen, denn sie raten Selenskyj, Verhandlungen mit Moskau aufzunehmen und dabei bereit zu territorialen Zugeständnissen zu sein, was dieser vehement ablehnt. In der Ukraine finden derzeit Machtkämpfe zwischen den nazistischen Machteliten, die auch vor Morden von politischen Konkurrenten keinen Halt machen (Tötung eines Gehilfen Saluschnys, Gennady Tschasjakow). Die Unterstützungspolitik der USA scheint durch die Entscheidung des Kongresses beeinflusst zu sein, welcher bisher nur Mittel für Israel freigab. Ohne die Hilfe durch die USA und die NATO-Staaten muß die Ukraine den Tatsachen ins Auge sehen und entweder ihre militärische Niederlage, die zugleich auch eine des Westens ist, anerkennen oder NATO-Soldaten anfordern (General a.D. H. Kujat).

Der Westen steht im Ukraine-Konflikt vor der Entscheidung, entweder für eine Eskalation bis zu einem großen Krieg oder für Verhandlungen ohne Vorbedingungen mit Rußland zu sein. Ob die derzeit politisch zerstrittenen, hoch verschuldeten USA mit ihren überdehnten Streitkräften in der Lage sind, Rußland, welches mit China, Iran und der DVRK verbündet ist, militärisch zu besiegen, ist höchst unwahrscheinlich.

Zum Gaza-Israel-Krieg

Den Palästinensern wird deren Recht auf einen souveränen Staat seit Jahrzehnten von Israel verweigert. Deshalb sind die Palästinenser bis heute staatenlos und ohne Rechte. Das ist die Hauptursache für diesen Krieg. Die erfahrenen Analysten Prof. Dr. Hajo Funke und General a. D. Harald Kujat erklärten: „Der seit Jahrzehnten schwelende

Konflikt zwischen Palästinensern und der israelischen Regierung ist ‚unerwartet‘ (obwohl es Hinweise aus Ägypten gab, d.A.) erneut aufgeflammt. Vernunft, die jetzt dringend gebraucht wird, ist in weite Ferne gerückt. Es herrscht das Prinzip, Auge um Auge, Zahn um Zahn‘ (und nicht die UN-Charta – d.A.). Daß dabei Tausende Opfer, vor allem zivile, auf beiden Seiten zu beklagen sind und weiterhin sein werden, wird in den Mainstreammedien mehrheitlich ausgeblendet.“

So sollen es am 8.11.23 in Israel bereits ca. 1700 Tote, über 200 Geiseln und eine Viel-



Zerstörung Gazas durch die israelische Armee, 11. Oktober 2023

zahl von Verletzten gegeben haben. Die Palästinenser beklagen mehr als 11 000 Tote (darunter über 4000 Kinder und fast 3000 Frauen), ca. 30 000 Verletzte, die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen, ihre Vertreibung aus der Heimat und die neuerliche Okkupation Gazas durch Israel.

Während Israel der Hamas „Baby-Morde“ und die „Abschlachtung von Goa-Fest“-Teilnehmern (dazu aber keine harten Fakten vorlegt) vorwirft, klagen die Gaza-Palästinenser Israel für deren Kriegsverbrechen nach dem Muster der „verbrannten Erde“ (der Naziwehrmacht) und der totalen Abschottung an. Israel und Gaza fordern die internationale Verurteilung dieser Verbrechen der Seiten gegeneinander. Die USA halten Israel mit ihrer „uneingeschränkten Unterstützung“ den Rücken frei und werden damit bewußt zum Teil des Konfliktes. Die EU leistet trotz des israelischen Planes zur ethnischen Säuberung Gazas „unerschütterliche Solidarität“.

Israel beruft sich auf sein Existenz- und Selbstverteidigungsrecht, die Palästinenser auf das Recht auf Widerstand und Befreiung gegen die seit 1967 bestehende Okkupation oder apartheidähnliche Behandlung durch Israel. Beide haben eine völkerrechtliche Legitimation, doch in der Wahl der Mittel und des Vorgehens gibt es nicht zu akzeptierende Brüche und Verletzungen des allgemeinen und humanitären Völkerrechts auf beiden Seiten.

Dazu äußerte sich der Schweizer Völkerrechtler Prof. Dr. A. de Zayas am 26.10.23 sinngemäß: Frieden gibt es nur auf der Grundlage des Völkerrechts. Die Seiten in diesem Krieg bewertend, stellte er fest, daß, wenn die Hamas nur gegen das israelische Militär vorgegangen wäre, es sich lt. UNO-Charta um einen berechtigten Kampf gegen ihre

Unterdrückung handeln würde. Aber das gezielte Töten von Zivilisten ist ein durch nichts zu rechtfertigendes Kriegsverbrechen.

Das Bombardieren und Zerstören von Krankenhäusern, Wohnkomplexen, Flüchtlingslagern und Schulen sowie weiterer lebensnotwendiger Infrastruktur durch die israelische Luftwaffe und Bodentruppen im Gazastreifen sind nicht durch das Recht auf Selbstverteidigung in der UN-Charta gedeckt, ebenfalls nicht zu akzeptierende Verstöße des humanitären Völkerrechts (Außenministerin Baerbock behauptet das Gegenteil – d.A.). Die

Opfer dieses Krieges sind Tausende unschuldige Zivilisten auf beiden Seiten. Die Schlußfolgerung daraus ist, daß solche Kriege lt. UN-Charta nicht geführt werden dürfen und daß Konflikte immer nur mit friedlichen Mitteln zu lösen sind und daß ihre Verhinderung Aufgabe der UNO ist. Es muß eingefordert werden, daß die Beschlüsse und Abkommen über die Rechte der Palästinenser durch Israel umgesetzt werden müssen und daß die Staaten der Welt verstärkt für das Völkerrecht eintreten.

Unter Berücksichtigung des eskalierenden Gaza-Israel-Konflikts und der Mehrheitsmeinung dazu, kam es bei den G-7-Staaten Anfang

Oktober in Tokio zu einem veränderten Standpunkt, denn die Teilnehmer sprachen sich für die Beendigung des Konflikts, für eine Zweistaatenlösung und für Feuerpausen aus. Was diese Erklärungen wert sind, wird sich zeigen.

Klarer positioniert haben sich dagegen die arabischen Staaten am 13.10.23 in Peking, indem sie sich vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden geopolitischen Niederlage von USA und NATO im Gaza-Israel-Krieg und im Ukraine-Konflikt aussprachen.

Die Unterstützer der Palästinenser (darunter auch Saudi-Arabien und Iran) erarbeiteten in Riad eine einheitliche Strategie zur Lösung des Gaza-Israel-Konflikts. Sie verurteilen die unmenschliche Kampfführung Israels in Gaza aufs Schärfste und wollen gegenüber Israel und deren Unterstützer ein Energie-Embargo (nach US-Muster) auf den Weg bringen. Waffen sollen nur im Verteidigungsfall gegen Israel eingesetzt werden. Sie streben keine Eskalation zu einem größeren regionalen Krieg an.

Ein als antiisraelisch abgestempelter Journalist konterte seinen Beschuldigern:

- „Wer ist der Besetzer und wer ist der Besetzte?“
- „Wer stiehlt wem Land?“
- Wer will keine Zwei-Staaten-Lösung?“
- Wer zerstückelt das Westjordanland?“

Genug ist genug!

Es braucht eine tragfähige Lösung für die Palästinenser und für Israel. Das hat die Mehrheit der Staaten der Welt verstanden und auch der kollektive Westen und Israel werden nicht darum herumkommen.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Die Stunde der Diplomatie ist aktueller als je zuvor!

Ein Blick zurück – in die Zukunft

Eine meiner Angewohnheiten besteht darin, von Zeit zu Zeit aus meinem Bücherregal ein Buch zu nehmen, das mich in der ersten Hälfte meines Lebens begleitet und auch geprägt hat. So habe ich mich kürzlich in das Buch des Autors Sawwa Dangulow „Diplomaten“ vertieft, erschienen im Verlag Volk und Welt im Jahr 1972. Der Autor schildert das Entstehen der sowjetischen Diplomatie in den Revolutionsjahren 1917/18. Ähnlich wie im Militärwesen, versuchte die junge Sowjetmacht auch auf diesem Gebiet Kader der Zarenzeit für die Mitarbeit zu gewinnen. Ein zentraler Punkt dabei, die Auseinandersetzungen rund um den Brester Frieden. Männer der Geschichte, wie Lenin, Tschitscherin, Litwinow, Dzierzynski und andere werden lebendig. Dieses Buch könnte als Lehrbuch für Diplomaten dienen.



Nun ist Vergangenheit das eine, die Gegenwart das andere. So ist es nur natürlich, daß man beim Lesen unwillkürlich in der Jetztzeit landet. Ukraine- und Krieg im Gaza-Streifen, beide Kriege müssen letztendlich zu diplomatischen Lösungen führen, die den Interessen aller beteiligten Seiten gerecht werden. Daß diese Kriege bis weit in die Vergangenheit reichende Ursachen haben, ist bekannt, das spiegelt auch der Roman wieder. So wird eine Nachricht an den amerikanischen Botschafter wie folgt beschrieben: „Der Botschafter wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß die russische Frage Gegenstand von englisch-französischen Verhandlungen sein werde, die noch vor Jahresbeginn (1918) in Paris stattfinden würden, Frucht dieser Verhandlungen werde ein Abkommen sein. Darin seien die direkte Unterstützung der Ukraine, die Gebiete der Kosaken, Finnlands, Sibiriens, des Kaukasus und der übrigen halbautonomen Gebiete

vorgesehen und folglich auch unmittelbare Kontakte mit ihnen. Rußland werde in Einflusssphären aufgeteilt: für England der Kaukasus sowie die Gebiete am Don, für Frankreich die Ukraine, Bessarabien und die Krim. Offensichtlich sollte mit dem stillschweigenden Einverständnis der Verbündeten der Ferne Osten das Betätigungsfeld der Vereinigten Staaten werden.“

Eine der zentralen Personen des Romans ist der ehemalige zaristische Diplomat Repnin, den Lenin in mehreren Gesprächen für die junge Sowjetmacht zu gewinnen versucht. Über die Situation der westlichen Diplomaten sprechend, die einerseits die Beziehungen zur neuen Macht nicht gänzlich abbrechen wollten, aber andererseits diese auch nicht anerkannten, entspann sich zwischen Lenin und Repnin folgender Dialog: „Sie haben recht, wenn Sie die Ereignisse vom Standpunkt der klassischen Diplomatie aus betrachten, da man unter Diplomatie noch die Kunst verstand, Verhandlungen zu führen. So lautet ja doch wohl die Definition? Wenn man das Problem so betrachtet, haben Sie natürlich recht. Aber mit den Jahren hat dieser Begriff eine andere, umfassendere Bedeutung bekommen.“ Repnin antwortet: „Nicht so sehr Verhandlungen zu führen als das Feuer zu schüren“ reagierte Repnin sofort. ... Soeben war eine wichtige Feststellung getroffen worden. Die klassische Definition der Diplomatie bedurfte in der anderen Welt offensichtlich einer Korrektur.“

Wie bereits eingangs vermerkt, dreht sich vieles um den Brester Friedensvertrag. Die Vertreter der USA, Diplomaten und andere, unternahmen alles, um diesen Vertrag zu verhindern. Im Gespräch mit einem solchen fällt dann auch die Bemerkung: „Ob so oder so, Amerika muß einem Bündnis zwischen Deutschland und Rußland entgegenwirken. Selbst wenn das nur ein wirtschaftliches Bündnis sein sollte.“ Diese für Deutschland verhängnisvolle Politik der USA hat sich bis heute nicht verändert. Für Politikinteressierte bedarf es sicher nicht einer Aufzählung von Beispielen. Bemerkenswert ist allerdings, daß unter der gegenwärtigen Bundesregierung geradezu vorauseilend amerikanische Interessen bedient werden! Da spielt selbst wirtschaftlicher Schaden für das eigene Land keine Rolle, der Wirtschaftsminister und die Außenministerin lassen grüßen. Letztere muß der Autor Dangulow schon gekannt oder geahnt haben. So beschreibt er in einem Gespräch einen schlechten Diplomaten wie folgt: „Überheblichkeit ist eine schädliche Begleiterscheinung des Eigendünkels und die gefährlichste Krankheit für unsereins. Ein Diplomat mit dieser Krankheit sieht, hört und denkt miserabel.“

Wenn zu dieser Krankheit dann auch noch mangelnde Bildung hinzukommt, vergrößert sich der zu erwartende Schaden, womit ich wieder bei der Gegenwart bin. Frau Baerbock gehört zu den Politikern, die im Gaza-Krieg in der letzten Oktoberwoche 2023 eine Feuerpause ablehnten. Damit steht sie im Widerspruch zu einer Reihe anderer EU-Außenminister. Aus ihrer Begründung, die

HAMAS schieße ja noch, wird ersichtlich, daß sie den Kern einer Feuerpause nicht begriffen hat – beide Seiten – stellen das Feuer ein. Eine moralische Bewertung dieser Position ist überflüssig! Wie hat es der Generalsekretär der UNO treffend formuliert: der Krieg ist nicht im luftleeren Raum entstanden.

Bezugnehmend auf vorhandene Literatur zur Diplomatie kann ich das Buch „Diplomatie macht Geschichte – Die Kunst des Dialogs in unsicheren Zeiten“ (ISBN 978-3-487-08633-0) nur wärmstens empfehlen. Geschrieben hat es die ehemalige österreichische Außenministerin Karin Kneissl, eine hochgebildete Diplomatin. Faktenbasiert wird die Geschichte der Diplomatie dargelegt. Es würde den Rahmen des Beitrages sprengen, ausführlicher auf das Buch einzugehen. Aber einen Aspekt möchte ich dennoch hervorheben: Das ist die von ihr begründet dargelegte Militarisierung der Diplomatie. Bezogen auf Ausführungen der ehemaligen US-Außenministerin Rice von 2006 führt sie aus: „Sowohl in der Rede als auch in den nachfolgenden Direktiven für das State Department wird die Verbesserung der jointness zwischen Militärs und Diplomaten beschrieben. Rice forderte damals ein, daß US-Diplomaten Seite an Seite mit Soldaten ihre Aufgaben, ob in den Straßen von Bagdad oder in der Drogenbekämpfung in Lateinamerika erledigten.“ (Seite 316)

Es ist zu hoffen, daß die Diplomatie die Oberhand über das Militär gewinnt. Jeder Tag Krieg fordert neue Menschenopfer auf allen beteiligten Seiten. Lassen wir uns nicht durch ausgewählte Bild- und Liveberichte täuschen.

Oberst a.D. Friedemann Munkelt
Leipzig

Ballade

Sein Unwesen treibt global ein Dämon.
Es ist der transatlantische Hegemon.
Auf der Achse des Bösen reitend,
Putsch und Regierungsumsturz verbreitend.

Er frönt nur seinen Machtinteressen,
zettelt Kriege an, für ihn sind's Pitessen.
Seine Werte seien Freiheit und Demokratie;
andere abhängig machen ist seine Philosophie.

Lügen, tricksen, kamoufflieren -
wer nicht willens sanktionieren.
Da wird auch mal 'ne Pipeline gesprengt;
ein Schelm, wer Arges dabei denkt.

Hat den Dronenkrieg installiert,
dafür den Friedensnobelpreis kassiert.
Lernresistent – sei's Irak oder Afghanistan,
ein Evolutionsfehler oder Größenwahn?

Den Kuckuck auf den Globus kleben!
Völker, stellt euch dem Dämon entgegen!
Wir wollen in Frieden ohne Vormundschaft leben!

RABER

12. Dezember 2023: 75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Ein Aufruf für die heutige Welt

Nach den Greueln des Zweiten Weltkrieges

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Diese Feststellung in Artikel 1 schließt an die Präambel der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* der Vereinten Nationen an, gefolgt von Artikel 2 mit dem Verbot der Diskriminierung: „Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.“ Als am 10. Dezember 1948 um drei Uhr nachts Eleanor Roosevelt, Vorsitzende der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* verkündete, war nach den Greueln des Zweiten Weltkrieges ein Dokument geschaffen worden, das weltweit ein

friedliches Zusammenleben möglich machen sollte. Sie war in einem zweijährigen Diskussionsprozeß von acht umsichtigen und verantwortungsvollen Männern und Frauen aus Australien, Chile, China, Frankreich, Libanon, der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten ausgearbeitet und in der Folge in der Generalversammlung der Vereinten Nationen von den damals 58 Mitgliedsstaaten ohne Gegenstimmen und mit acht Enthaltungen verabschiedet worden. Seither wurde sie in mehr als 200 Sprachen übersetzt.

Ein weltweit gültiger Wertekatalog

Auch wenn die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* keinen völkerrechtlich bindenden Status hat, so war doch zum ersten Mal in der Geschichte festgehalten, welche Rechte für alle Menschen gleichermaßen gelten sollten. Es war ein von allen Völkern und Nationen zu erreichendes gemeinsames Ideal geschaffen, das den Menschen auf der ganzen Welt den Weg zu einem Leben in Würde und Freiheit bereiten sollte, eine Bedingung für einen dauerhaften Frieden. Daraus leitete sich das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit, das Verbot von Sklaverei und Folter, die Gedanken- und Glaubensfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Bildung, Arbeit, Gesundheit und Wohlbefinden ab, um nur einige der weiter

ausdifferenzierten Paragraphen zu nennen. Vieles davon ist später in die nationalen Verfassungen aufgenommen worden oder mittlerweile für alle Staaten zwingendes Völkerrecht. Dieses auf den bitteren Erfahrungen eines weltweiten Krieges gegründete Vermächtnis hält unmißverständlich fest, daß niemand das Recht hat, das gesellschaftliche Zusammenleben mit Gewalt bestimmen zu wollen, oder befugt ist, die dem Menschen von Natur aus zukommenden Rechte einzuschränken, zu beschneiden oder zu mißachten. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, gründeten die Vereinten Nationen 1993 das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte. Es soll die Menschenrechte auf nationaler und internationaler Ebene fördern und durchsetzen. Um so ernüchternder ist es, das Weltgeschehen der darauffolgenden Jahrzehnte zu reflektieren, denn leider sind wir weit davon entfernt, daß die Gültigkeit dieser Rechte überall auf der Welt erkannt wird. Die sogenannte Nachkriegszeit ist geprägt von weltweiten bewaffneten Konflikten, nur gerade im September 1945 waren 26 Tage ohne Krieg.

Eliane Perret

Auszug aus: „Ein Aufruf für die heutige Welt“ von Eliane Perret, Psychologin und Heilpädagogin, in *Zeit-Fragen*, Zürich

Deutsche Migrationspolitik kennt keine Skrupel

Der Migrationsgipfel am 5. November im Bundeskanzleramt verstieß ohne Skrupel gegen Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte; „Jeder hat das Recht in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen“ sowie gegen das im Grundgesetz verankerte Asylrecht. Was der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten fordern, ist Abschottungspolitik. Die Frage, wer generiert die gewaltigen Flüchtlingsströme, ließen die Teilnehmer der Kanzlerrunde offen. Sie verschweigen, daß die Fluchtbewegungen, Folge der Kriege der USA und ihrer NATO-Verbündeten in Afghanistan, Libyen, Syrien und anderswo sowie des damit verbundenen Elends sind, die Hunderttausende in die Flucht treiben. Nicht zufällig kommen die Flüchtlinge 2023 vor allem aus Syrien (ca. 73 000), Afghanistan (ca. 42 000). Ex-Bundeskanzlerin Merkel versprach, 10 000 bis 40 000 afghanische Ortskräfte nach Deutschland zu holen. Die warten immer noch. Die Opfer ihrer Politik will die westliche Wertegesellschaft nicht.

Wilfried Schubert
Güstrow

Dein Christus ein Jude
Dein Auto ein Japaner
Deine Pizza italienisch
Deine Demokratie griechisch
Dein Kaffee brasilianisch
Deine Zahlen arabisch
Deine Schrift lateinisch
Dein Teppich persisch
Und Dein Nachbar nur ein Ausländer

HAFID HABIB



„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht

Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Aufruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

„Wir können weiter miteinander reden“

Treffen von kommunistischen Parteien in Izmir: Unterschiedliche Standpunkte, aber Wille zu gemeinsamer Arbeit. Ein Gespräch mit Patrik Köbele, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Vom 19. bis 22. Oktober fand in Izmir (Türkei) das 23. Internationale Treffen von kommunistischen und Arbeiterparteien statt. Der türkische Staat hat die Konferenz nicht behelligt?

Das lief alles recht reibungslos. Zwei Parteien – die aus Israel und die aus dem Sudan – konnten keine Vertreter schicken, aber das lag an den kriegerischen Verwicklungen vor Ort. Am letzten Abend haben wir an einer öffentlichen Veranstaltung der TKP in Izmir teilgenommen. Da hat die Staatsmacht dann schon Präsenz gezeigt, aber die Genossen hatten das gut im Griff. Anwesend waren diesmal rund 140 Delegierte von 68 Parteien aus über 50 Ländern. Zwei Parteien wurden neu aufgenommen: die KP Kenias und eine Partei aus Kuwait.

Die Eskalation in Gaza war sicher Thema.

Gezeigt hat sich, daß es in einer Frage keine Meinungsverschiedenheiten gibt: in der Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Da ist eine von allen Parteien getragene Erklärung beschlossen worden. Dagegen wird über die Komplexe Rußland und Ukraine sowie China weiter kontrovers diskutiert. Aber obwohl es da tiefe Meinungsunterschiede gibt, können wir weiter miteinander reden. Diesmal gab es allerdings keine gemeinsame Abschlusserklärung, die 2022 vor allem auf Vermittlung der kubanischen Genossen zustande gekommen war.

2022 gab es zum Ukraine-Krieg zwei verschiedene Resolutionen mit sehr unterschiedlichen

Einschätzungen. Da hat sich keine Annäherung ergeben?

Nein. Die Resolutionen dazu lagen wie auch im vergangenen Jahr zur Unterschrift aus. 2022 hatte sich ergeben, daß eine Hälfte der Parteien die eine und die andere Hälfte die andere Resolution unterstützte. Ich denke, das wird in diesem Jahr bei einigen Verschiebungen ähnlich sein, kenne aber die genaue Auswertung noch nicht. Eine Kontroverse dazu im Plenum gab es aus guten Gründen nicht. Aber in kleineren Gruppen wurde intensiv diskutiert. Es gibt Einigkeit, daß die NATO der Hauptaggressor ist.

Wie stellen sich die Differenzen aktuell dar?

Die erste Position besagt, Rußland ist ein kapitalistisches und imperialistisches Land, und bei diesem Krieg handelt es sich um einen innerimperialistischen Konflikt. Die zweite Position, die auch von der DKP vertreten wird, bestreitet nicht, daß Rußland ein kapitalistisches Land ist, geht aber von der Annahme aus, daß dieser Krieg ein Ergebnis von Handlungen des dominierenden Imperialismus der NATO-Staaten ist, auf die der russische Staat militärisch reagiert, weil es im Grunde keinen anderen Ausweg mehr gab. Außerdem gehen wir davon aus, daß der Krieg inzwischen vom Wesen her ein Stellvertreterkrieg der NATO gegen Rußland ist, der auch auf China zielt.

Das sind Positionen, aus denen sich wohl auch langfristig unterschiedliche Konzeptionen ergeben. Aus einer Position resultiert mindestens implizit eine Parteinahme für einen kriegführenden bürgerlichen Staat, während die andere Seite genau das ablehnt. Zeichnet sich da der

Punkt ab, an dem festgestellt wird, daß es keine gemeinsame Diskussionsgrundlage mehr gibt?

Dafür sehe ich keine Anzeichen. Alle Seiten bemühen sich, die Gemeinsamkeiten herauszustellen. Alle Parteien kämpfen zum Beispiel gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. Ich bin optimistisch, daß wir die Unterschiede im gemeinsamen Kampf überwinden.

Waren Parteien aus den kriegführenden Ländern vor Ort?

Ja. Aus Rußland die KPRF und die Kommunistische Arbeiterpartei, aus der Ukraine die Kommunistische Partei der Ukraine und die Union der Kommunisten der Ukraine, die beide illegal arbeiten. Die drei erstgenannten vertreten die Position, die auch die DKP vertritt. Die Union der Kommunisten ist der Auffassung, daß es sich um einen innerimperialistischen Konflikt handelt, also einen Kampf der Bourgeoisie Rußlands gegen den NATO-Imperialismus.

War das in Izmir vor allem ein Treffen überwiegend kleiner, relativ einflußloser Parteien?

Nein. Die chinesische KP war mit einer recht großen Delegation vor Ort und auch intensiver beteiligt als zuvor, wie ich fand. Die kubanischen Genossen waren da. Die Portugiesen und Griechen auch. Die indischen Delegierten vertraten zwei Millionenparteien. Die Reihe ließe sich fortsetzen. Insgesamt ergibt sich der Eindruck: Die kommunistische Weltbewegung ist zwar in vielen Regionen noch in der Defensive, aber sie ist höchst lebendig.

Das Interview führte Nico Popp
Aus: „junge Welt“ vom 28.10.2023

Internationale Friedenskonferenz in Rom

Im Anschluß an die internationale Konferenz des Deutschen Friedensrates e.V. und des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden, OKV e.V., am 28. und 29. September in Berlin fand vom 27. bis 28. Oktober in Rom eine internationale Friedenskonferenz statt, an der ich gemeinsam mit zwei Vertretern des Deutschen Friedensrates e.V. teilnehmen konnte. Dieses Treffen wurde federführend vom „Fronte del dissenso“ („Front des Dissenses“) aus Italien sowie einem Organisationskomitee, dem aus Österreich das „Anti-imperialist Camp“ und aus Deutschland die „Antiimperialistische Koordination“ (AIK) sowie die „Freie Linke Zukunft“ angehörten, vorbereitet. Es stand unter der Losung: „Stoppt den Dritten Weltkrieg – für einen wahren und gerechten Frieden“. Die Delegierten von 40 Organisationen und Einzelpersonen aus 25 Ländern diskutierten über die Ursachen des aktuellen Krieges in der Ukraine, dessen globale Auswirkungen und die Gefahren für die gesamte Menschheit. Hunderte Vertreter verschiedener linker Organisationen und Friedensinitiativen sowie

Anti-NATO-Kräfte aus der ganzen Welt unterzeichneten bereits im Vorfeld den Aufruf zu dieser Konferenz.

Nachdem es zum Zeitpunkt der Planung inhaltlich zunächst schwerpunktmäßig um den Widerstand gegen den US-NATO-Krieg in der Ukraine gegangen war, änderte sich das mit dem Beginn des Krieges in Palästina. Die Teilnehmer der Konferenz solidarisierten sich mit den Palästinensern und prangerten die Bombardierung der Menschen in Gaza durch das israelische Militär scharf an.

Beeindruckend war für uns die Offenheit und der Wille der Delegierten, das gemeinsame Handeln aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte gegen die Kriegspolitik ihrer Regierungen ins Zentrum zu rücken. Sie brachten zum Ausdruck, daß es angesichts der aktuellen Weltlage unbedingt notwendig ist, mit so vielen Friedenskräften wie irgend möglich zu kooperieren, sich zu vernetzen, unabhängig von deren religiösen oder ideologischen Hintergründen. Die gehaltenen Redebeiträge zeichneten sich durch eine klare Analyse der für den Krieg

gegen Rußland verantwortlichen Kräfte sowie durch eine feste antiimperialistische Haltung aus.

Die Solidaritätsbekundung mit dem palästinensischen Volk hatte aber auch zur Folge, daß sich einzelne angemeldete Konferenzteilnehmer wieder abmeldeten. Die meisten Gäste blieben jedoch bei ihrer Haltung, was sie mit der anschließenden Teilnahme an der Kundgebung in Rom mit über 50 000 Teilnehmern zum Ausdruck brachten.

Ein wichtiges Ergebnis der Konferenz war die Abschlusserklärung, in der man sich einigte, ein dauerhaftes Netzwerk für die Koordinierung gemeinsamer Aufgaben und die Organisation internationaler Aktionen zu bilden. Geplant ist die Entsendung von Solidaritätsdelegationen nach Rußland-Donbass und Palästina sowie die Vorbereitung der 2. Internationalen Friedenskonferenz bis Ende 2024.

Anja Mewes

Vorsitzende der Friedensglockengesellschaft
Berlin e.V.

Russischer Politologe erklärt Haltung russischer KP zu Putin, Ukraine und Gaza

Auf der Internationalen Friedenskonferenz in Rom am 27. Oktober 2023 erläuterte der einflussreiche russische Wissenschaftler und Politologe Said Gafurow unter anderem das Verhältnis der kommunistischen Partei der Russischen Föderation zur russischen Regierung und deren Position zum Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten. Zugleich unterstrich er in seinem Vortrag und der abschließenden Pressekonferenz, daß Kommunisten und die russische Regierung sich einig seien, daß der Westen dabei ist, die Nazis und die Wehrmacht zu rehabilitieren. Am Ende könnten Mussolini und Hitler mit weißer Weste dastehen. Eine Zusammenfassung wurde von Felicitas Rabe übersetzt und ins Netz gestellt.

Zu Beginn seines Vortrags bedankte sich der Marxist Gafurow, der an einer Universität in Moskau lehrt, ausdrücklich für die Organisation der internationalen Friedenskonferenz in Rom. Die Organisatoren hätten damit eine in diesen Zeiten fast unmögliche Aufgabe gelöst.

In seinem Vortrag reflektierte er die Entstehungsgeschichte des Krieges in der Ukraine und analysierte den aktuellen Krieg zwischen Israel und Palästina. Zunächst machte er noch einmal deutlich, wie der Krieg in der Ukraine begonnen hat:

„Es waren die Metallarbeiter und die Bergarbeiter im Donbass, die 2014 Widerstand gegen einen Staatsputsch leisteten – damit begann der Bürgerkrieg in der Ukraine: Die Arbeiterklasse widersetzte sich der Oligarchie.“

Dieser Widerstand sei vom Kiewer Regime von Anfang an brutal bekämpft worden. Gleichzeitig haben nach offizieller Information rund 58 Prozent der Ukrainer enge Verwandte in Russland. In diesem Sinne sei man sozusagen „eine Nation“.

Zur Haltung der kommunistischen Partei in Rußland zum Krieg in der Ukraine sagte Gafurow, daß die Kommunisten die Position der russischen Regierung teilen. International sei es zwar in allen kommunistischen Parteien zu internen Spaltungen in der Frage der militärischen Sonderoperation in der Ukraine gekommen, aber die jeweilige Zahl der Abweichler sei unbedeutend.

Die Gefährlichkeit der Nazis in der Ukraine bewerteten die Kommunisten genauso wie die Regierung der Russischen Föderation. Zudem seien die russischen Kommunisten davon überzeugt, daß der Westen die Bandera-Anhänger in der Ukraine genauso wie die Pavelić-Anhänger in Kroatien unterstützt. Dies könnte am Ende zur Rehabilitierung von Benito Mussolini und Adolf Hitler führen. Schließlich hat die Wehrmacht in deren Augen auch keine Kriegsverbrechen begangen. Der Westen betreibe die Rehabilitierung von Nazis: „Wir denken, daß der Westen die Rehabilitierung der Nazis und die Glorifizierung der Wehrmacht stetig vorantreibt.“



Said Gafurow

Die Kritik der Kommunisten an der russischen Regierung in bezug auf die Ukraine bestehe darin, daß Putin nach ihrer Auffassung bereits 2014 hätte intervenieren sollen. Aber die Regierung habe sich zu der Zeit bonapartistisch verhalten. Als Gafurow während der Pressekonferenz nochmals auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfen, wegen seiner Haltung zum Krieg in der Ukraine ein Putin-Unterstützer zu sein, antwortete er: „Es ist nicht Putins Krieg! Für mich ist es seit 2014 mein Krieg! Putin hat sich erst 2021 angeschlossen. Ich bin Russe, und ich empfinde es als meine moralische Pflicht, im Namen der unterdrückten ukrainischen Menschen zu sprechen.“

Bezüglich seiner Einschätzung, inwieweit die Kommunisten in der russischen Regierung und Gesellschaft aktuell eine Rolle spielen, sagte Gafurow, daß aktuell die Kommunisten ca. 15 Prozent der Parlamentsabgeordneten in Rußland stellen. Dazu müsse man allerdings auch wissen, daß sich viele Kommunisten gar nicht an den Wahlen beteiligten.

Nach seiner Einschätzung sind rund 40 Prozent der russischen Bevölkerung prokommunistisch bzw. prosozialistisch eingestellt oder der Auffassung, daß die Sowjetunion das bessere politische System gewesen ist. Antisozialisten gibt es ihm zufolge hauptsächlich in der jüngeren Generation, die die Sowjetunion gar nicht erlebt hat.

Auch in der Palästina-Frage gebe es in vielen Punkten eine Übereinstimmung zwischen der Position der Kommunisten und der russischen Regierung. In Palästina kämpften die Palästinenser gegen den Kolonialismus und den Neokolonialismus, der ihrem Volk das Land raubte und raubt. Das offizielle außenpolitische Konzept der Russischen Föderation für das Jahr 2023 beinhalte den Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus.

Wladimir Putin habe mehrfach betont, so Gafurow, daß die Welt eine faire und gerechte Lösung für die Palästina-Frage brauche. Dabei gebe Rußland keine Lösung vor, denn das widerspräche dem Ansatz der Nichteinmischung.

Das Verhältnis zu Israel sei komplex. Israel unterstütze offiziell die Sanktionen gegen Rußland. Dennoch erhalte Rußland technologische und finanzielle Mittel aus Israel. Und obwohl Rußland gegen den Kolonialismus sei und Israel Palästina kolonisiere, habe Tel Aviv in Moskau gute Lobbyisten.

Die russische Regierung pflege aber auch Kontakte zur Hamas, die von Rußland nicht als Terrororganisation eingestuft wird. Tatsächlich versuche Rußland, zwischen palästinensischen Organisationen und zwischen Israel und Palästina zu vermitteln – aber man müsse zugeben, daß das bisher wenig gebracht habe.

Rainer Rupp

EU-Beitrittsgespräche mit der Ukraine

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen empfiehlt den EU-Mitgliedstaaten die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine. Wie von der Leyen am gestrigen Mittwoch erklärte, habe Kiew die Voraussetzungen dafür zu „mehr als neunzig Prozent“ erfüllt; nachgebessert werden müsse nur

noch beim Kampf gegen die Korruption und bei Minderheitenrechten. Letztere müssten allerdings, so heißt es in Brüssel, nicht für den russischsprachigen Bevölkerungsteil gelten. Zwar ist der Beitritt der Ukraine auch dann, wenn die Staats- und Regierungschefs den Verhandlungen darüber Mitte Dezember zustimmen, nicht sicher. Doch wäre er mit gravierenden Umbrüchen in der Union verbunden. So müssten alle heutigen Mitgliedstaaten, bleibt der aktuelle Finanzrahmen erhalten, ihre Zahlungen in den EU-Haushalt

deutlich erhöhen; zugleich würden die Mittel aus der Gemeinsamen Agrarpolitik für die jetzigen EU-Staaten um ein Fünftel gesenkt, während ein Achtel des gesamten EU-Budgets – rund 186 Milliarden Euro – an Kiew gingen. Experten warnen zudem, die zentrifugalen Kräfte in der EU nähmen weiter zu. Auch werde sich das Gravitationszentrum der Union noch weiter nach Osten verschieben.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9399>

Löst die Multipolarität den Neokolonialismus ab?

Das Jahr 2023 bot nicht nur die schrecklichen Folgen imperialer Herrschaftsansprüche des Westens. Ein Wort wird immer mehr zum Inbegriff der beginnenden Veränderungen: Multipolarität. Es beinhaltet den Willen der übergroßen Mehrheit der Völker des Planeten, sich nicht mehr dem unipolaren Werteregelerwerk des Westens zu unterordnen. Die ehemals und noch ausgebeuteten Staaten des Südostens erheben sich gegen die imperialistischen Staaten des Nordwestens. Das ist Klassenkampf. Vier Gipfel ließen 2023 die Welt aufhorchen: Der BRICS-Gipfel in Johannesburg, der G20-Gipfel in Neu Delhi, der Gipfel der G77+China in Havanna und der Seidenstraßen-Gipfel in Beijing. Sie waren nicht nur Versammlungen und Freundschaftstreffen, sie waren scharfe Ansagen an den imperialen Westen.

Tag für Tag verbreiten die Qualitätsmedien des werteregelnden Westens ihre Produkte der Meinungsmanipulation. Millionen und Abermillionen lassen sich davon einfangen. Wer mehr wissen will, weil ihn das Verbreitete wegen der Einseitigkeit, die es enthält, stutzig macht, der muß sich andere Informationsquellen erschließen. Der Krieg zwischen dem palästinensischen Volk und dem israelischen Regime hat den Gegensatz der Pole, die von den Regierungen der eurasischen Region und den Regierungen des Westens angeführt werden, sehr deutlich hervorgehoben. Wir machen uns Sorgen um den Ukrainekrieg oder den Terror im Gazastreifen. Die Gefahr für den Weltfrieden ist immens. Bedrohlich ist die einseitige Beurteilung der Gefahrenherde durch den Westen. Kanzler Olaf Scholz erklärte im Bundestag, daß Israel alles Recht habe, sich selbst zu verteidigen. Palästina aber wird dieses gleiche Recht seit Jahrzehnten verwehrt. Es darf sich gegen Landnahme und Besetzung nicht wehren. Und so verdreht der Westen die Konflikte und Kriege, die er vorher selbst angestiftet hat. Es soll nur das gelten, was die Werteregeln des Westens für gültig erklärt. Überall dort, wo sie mit oder ohne Gewalt durchgesetzt worden sind, herrscht Chaos.

Erinnern wir daran: Der Wohlstand der USA und Europas basiert seit Jahrhunderten auf der systematischen Ausplünderung anderer Länder, Regionen oder sogar Kontinente. Die Zeiten der Kolonialherrschaft oder der unipolaren Weltordnung haben in den von den Angelsachsen geführten westlichen Eliten eine besondere Mentalität geformt: Im Gefühl der eigenen Überlegenheit nehmen sie sich das Recht heraus, über das Schicksal ganzer Nationen zu urteilen und zu entscheiden. Mitte des 20. Jahrhunderts halfen die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft vielen Ländern, sich von der kolonialen Unterdrückung zu befreien. Auf Initiative der Sowjetunion verabschiedete die UN-Generalversammlung am 14. Dezember 1960 die Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit für die kolonialen Länder. Das Dokument verurteilte aufs Schärfste den Kolonialismus als Bedrohung des Friedens und forderte, allen seinen Erscheinungsformen

ein Ende zu setzen. Es verlangte von den Kolonialmächten, sofort damit zu beginnen, die Macht an die Völker zu übertragen, die in den von ihnen kontrollierten Gebieten in Afrika, Asien und Lateinamerika leben. Die Erklärung wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die europäischen Kolonialmächte und die USA befanden sich jedoch unter den Neun, die sich der Stimme enthielten. Deshalb meinen sie das Recht zu haben, sich nicht an sie halten zu müssen.

Noch ist der Kolonialismus nicht verschwunden. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind derzeit weltweit 17 Gebiete mit Abermillionen Einwohnern direkt von Metropolstaaten abhängig. Außerdem hat der Kolonialismus eine ausgefeiltere Form angenommen. Er verwandelte sich in den Neokolonialismus oder auch die „regelbasierte Ordnung“. Der Westen betreibt die wirtschaftliche und politische Kolonisierung. Er eignet sich mit unterschiedlichen Methoden die Ressourcen armer Länder an, setzt Marionettenregierungen und Präsidenten ein, finanziert und unterstützt Staatsstriebe, kauft Vermögenswerte für einen Hungerlohn und investiert zu ungünstigen Bedingungen für die Länder. Er ersetzt direkte Plünderungen durch Gelddiktate, wendet dafür militärische Gewalt an und sanktioniert illegal. Der Westen droht Ländern die Souveränitätsrechte zu entziehen und sie unter Vorwänden aus verschiedenen internationalen Organisationen auszuschließen, wenn sie ihm nicht zu Willen sind. Er überwacht die Durchsetzung der von ihm geschaffenen Regeln, das heißt die Einhaltung seiner neokolonialen Ordnung. So wird zum Beispiel kleinen Küstenstaaten unter dem Vorwand des Umweltschutzes das Recht entzogen, in ihren eigenen Gewässern zu fischen oder Netze und Technologien einzusetzen, die nicht europäischen Umweltstandards entsprechen.

Der IWF und die Weltbank bestimmen weiterhin die makroökonomische Politik vieler Staaten. Der US-Dollar und auch der Euro als wichtigste Reservewährungen der Welt ermöglichen es den USA und der EU, dank ihrer Gelddruckereien im Überfluß zu leben. Menschen in Entwicklungsländern zahlen oft den Preis für den Erhalt des Wohlstands in den USA und der EU, während sie ins Elend stürzen. Die Noch-Dominanz des Westens basiert auf der Proklamation offener Märkte und des freien Kapital-, Arbeitskräfte- und Technologieverkehrs. Wenn es jedoch um die Interessen der USA und Westeuropas geht, werden die „Gebote“ der Marktwirtschaft schnell außer Acht gelassen und Methoden des unlauteren Wettbewerbs angewendet.

Die hartnäckige Weigerung des Westens, seine räuberischen und expansiven Pläne und Aktionen aufzugeben, hat auf der anderen Seite zu einer Intensivierung des Kampfes gegen koloniale und neokoloniale Praktiken geführt. Das Streben fortschrittlicher Kräfte nach einer gerechteren, multipolaren Weltordnung ist unüberhörbar geworden. Diese Kräfte unterstützen nicht unbedingt den umfassenden

Krieg gegen Rußland, den die USA und ihre Satelliten entfesselt haben. Sie erkannten, daß der Westen in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen Rußland führt. Der Westen ist nicht bereit nachzugeben. Wenn er im Kampf für eine neue Weltordnung besiegt würde, verlore er fast alles, was er in den letzten Jahrhunderten eroberte und raubte. Die USA würden aufhören, ein Welthegeemon und ein globales Finanzzentrum zu sein.

Die Volksrepublik China und die Russische Föderation stehen an der Spitze des Kampfes gegen die archaischen Erscheinungsformen des Kolonialismus, um die Völker der Weltmehrheit endgültig von der Usurpation der westlichen Minderheit zu befreien. Die 78. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen machte deutlich, daß die Mehrheit der Länder die neokoloniale und zynische Linie des kollektiven Westens ablehnt. 153 Länder, die 85 Prozent der Erdbewohner vertreten, weigern sich, an dem vom Westen gegen Rußland entfesselten Wirtschaftskrieg teilzunehmen. Einige Länder gehorchen aus Angst vor dem Schicksal ihrer Unternehmen oder ihres politischen Regimes den USA und ihrer Verbündeten und befolgen deren Sanktionen.

Es zeichnet sich ein Weg ab, um die Menschheit vor ständigen Kriegen und der Gefahr eines Atomkrieges zu bewahren: Die fortschrittlichen Kräfte beginnen, sich im Kampf für eine neue multipolare, sichere und gerechte Weltordnung zu vereinen. In Asien, Afrika und Lateinamerika verteidigen die Völker nicht nur ihre Sicherheit und nationalen Interessen. Sie bekämpfen in vielerlei Hinsicht das gesamte neokoloniale System. Es gibt einen aktiven Prozeß zur Stärkung einflußreicher internationaler Organisationen: BRICS, die Shanghai Cooperation Organisation, die Eurasische Wirtschaftsunion, ASEAN, die Afrikanische Union, die Liga der Arabischen Staaten, der Persische Golf-Kooperationsrat, CELAC, ALBA und viele andere.

Im übrigen entsprechen die Vision neuer internationaler Beziehungen auf der Grundlage des globalen Gemeinwohls und die von den Führern der Entkolonialisierungszeit des letzten Jahrhunderts vertretene Vision von Respekt, Gleichheit und Solidarität den Werten in der UN-Erklärung von 1968 über das Recht auf Entwicklung. Sie wurde damals praktisch von allen Mitgliedsländern der Vereinten Nationen angenommen, natürlich mit Ausnahme der USA.

Der Analyst und Journalist Stephen Sefton schreibt auf seiner Homepage *tortilla con sal*, daß „die Entwicklung einer multipolaren Welt mit der Umsetzung eines Web-Prozesses zu vergleichen ist, bei dem sich mehrere Fäden mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten drehen, Kett- und Schußfäden ein sehr komplexes Design bilden. Dieser Prozeß befindet sich noch in einem frühen Stadium“. Solide Zahlungssysteme, Finanzdienstleistungen wie See-, Luft- und Landfrachtversicherungen oder zuverlässige Ratingagenturen werden sich voraussichtlich fragmentiert

entwickeln. Die Volksrepublik China und die Russische Föderation sind in diesen Fragen bereits weiter fortgeschritten als andere Mitglieder der BRICS-Gruppe, da sie auf der Grundlage ihrer umfangreichen bestehenden Finanz- und Handelsbeziehungen andere Institutionen geschaffen haben.

Ägypten, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und der Iran schlossen sich der BRICS-Gruppe an. Es bleibt jedoch abzuwarten, in welchem Ausmaß sie die Finanzinstitutionen der BRICS, die Neue Entwicklungsbank und das Contingent Reserve Agreement unterstützen. Im Sinne einer anti-imperialistischen Politik vertreten Äthiopien und der Iran aufgrund der erlittenen Zwangsmaßnahmen viel radikalere Positionen als Brasilien oder Argentinien. Die beiden südamerikanischen Staaten haben sehr starke und komplexe Finanz- und Handelsbeziehungen zu den USA. Durch ständige neokoloniale Intervention der USA in die inneren Angelegenheiten dieser beiden Staaten könnte das Entwicklungstempo der BRICS-Gruppe verlangsamt werden. Auf der XI. Internationalen Sicherheitskonferenz in Moskau sagte General Julio Aviles, Chef der Volksarmee Nicaraguas: „Es ist offensichtlich, daß die US-Außenpolitik auf globaler Ebene darauf abzielt, den Vormarsch der Russischen Föderation, der Volksrepublik China oder jeder anderen Nation mit geopolitischem Gewicht, die sich ihrer Hegemonie widersetzen und den Aufbau einer multipolaren Welt fördern, zu neutralisieren oder zumindest einzudämmen.“

Auf dem XX. Internationalen Waldai-Forum schlug der russische Präsident Wladimir Putin sechs Prinzipien als Grundlagen einer neuen polyzentrischen Welt vor: (1) Eine Welt ohne Kommunikationsbarrieren, (2) Vielfalt ohne Zwänge, (3) größtmögliche Repräsentation, (4) universelle stabile Sicherheit, (5) faire und gerechte Entwicklung und (6) Gleichheit ohne Herrschaftsmuster.

Der chinesische Präsident Xi Jinping erklärte auf dem jüngsten Forum der Belt-and-Road-Initiative: „Beim gemeinsamen Aufbau der Belt-and-Road-Initiative heben wir die gemeinsamen Anstrengungen, die gegenseitige Unterstützung und Hilfe hervor, die uns weiterbringen. Wir setzen uns für ein gutes Leben für uns selbst und andere ein und praktizieren Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen im Streben nach gemeinsamer Entwicklung und Win-Win-Kooperation.“

Die Volksrepublik China und die Russische Föderation haben seit Beginn dieses Jahrhunderts ihre kommerziellen und finanziellen Integrations- und Kooperationsprojekte sowie die Entwicklung der zur Optimierung der Zusammenarbeit erforderlichen Transport-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur vorangetrieben. Die Russische Föderation entwickelte in Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China die Nördliche Seeroute durch die Arktis. Beide arbeiten mit Indien und dem Iran bei der Entwicklung des internationalen Nord-Süd-Verkehrskorridors zusammen. Diese beiden Mega-Initiativen sowie unzählige lokale Begleitprojekte deuten darauf hin, dass die Integration der Mehrheitswelt mit oder ohne erfolgreiche Erweiterung der BRICSplus-Ländergruppe weiter voranschreiten wird. Die Belt-and-Road-Initiative wird auch die Eurasische Wirtschaftsunion und die Entwicklung ihrer strategischen Beziehungen zu anderen Ländern in Afrika und Teilen Europas erreichen.

In Lateinamerika haben Bolivien, Kuba, Nicaragua und Venezuela zusammen mit den karibischen Partnerländern mit ALBA bereits einen fortgeschrittenen Prozeß der Solidarität und komplementären Zusammenarbeit entwickelt, den nicht einmal die aggressivsten Zwangsmaßnahmen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten ersticken konnten. Die ALBA-Länder intensivieren ihre strategischen Beziehungen mit

der Volksrepublik China und der Russischen Föderation, ohne daß sie sich zur Zeit der BRICS-Gruppe anschließen müßten. Nicaragua und das Zentralamerikanische Integrationssystem (SICA) sind Beispiele dafür, wie Initiativen auf der Grundlage der Vision der Multipolarität entsprechende Fortschritte in Richtung einer stärkeren regionalen Integration vorantreiben können. Die neuen Landverbindungen zwischen der Karibikküste und der Pazifikküste Nicaraguas heben die kommerzielle und wirtschaftliche Aktivität des Landes an. Die neue Küstenstraße am Pazifik, der neue internationale Flughafen in Punta Huete an der Nordseite des Managua-Sees, der neue Tiefseehafen in Bluefields, der Plan für eine Eisenbahnverbindung zwischen dem Hafen von Corinto und dem neuen Hafen von Bluefields sind Projekte, welche die kommerziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten Nicaraguas und der gesamten Region erheblich erweitern werden. Der Bau der Wasserkraftwerke „Mojolka“ und „Tumarín“ in den Karibikregionen Nicaraguas wird dazu beitragen, eine nachhaltige Elektroenergieversorgung auf nationaler und regionaler Ebene zu gewährleisten.

Bei allen aktuellen und zukünftigen Problemen: Dem werteregeleitenden Westen fällt es immer schwerer, den Fortschritt des kategorischen Wandels in den internationalen Beziehungen hin zu einer Welt, die auf vielfältigen kulturellen und geistigen Visionen sowie auf unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Ideen basiert, aufzuhalten. *Von Karl Marx wissen wir, daß es nicht nur darauf ankommt, die Welt zu interpretieren. Es gilt sie zu verändern. Das Jahr 2023 zeigte: Die Welt steht an der Schwelle eines geopolitischen Wandels. Nun kommt es darauf an, sie zu überschreiten.*

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Neues Niveau der militärischen Kooperation zwischen Moskau und Peking

Putin sprach beim Treffen mit dem Vizevorsitzenden der Zentralen Militärkommission Chinas, Zhang Youxia, Anfang November über den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen Moskau und Peking im Kontext der internationalen Situation. Der Staatschef lobte die bilaterale Kooperation und hob hervor, daß Rußland und China keine Militärbündnisse aufbauten. „Unsere Zusammenarbeit mit Ihnen hat einen konstruktiven Charakter und ist ein ernstzunehmender Stabilisierungsfaktor für die internationale Situation“, erklärte Putin. Er fügte hinzu, daß Moskau und Peking gelassen auf die Versuche der NATO reagierten, über den geografischen Verantwortungsbereich des Militärbündnisses hinauszugehen.

Die US-Regierung versuche, im asiatisch-pazifischen Raum neue militärpolitische Allianzen aufzubauen und schüre dadurch mehr Spannungen. Vor diesem Hintergrund stärkten Rußland und China ihre Verteidigungsfähigkeit, indem die beiden Länder unter anderem regelmäßig gemeinsame Marine- und Luftwaffenübungen durchführten. In diesem Zusammenhang stellte der Präsident ein neues Niveau der militärischen und militärtechnischen Kooperation zwischen den beiden Staaten fest. Solche Kontakte bekämen eine immer größere Bedeutung. In den Vordergrund rückte die Zusammenarbeit in solchen Bereichen wie Weltraumtechnologien und aussichtsreiche Waffen. Diese sollten die

Sicherheit Rußlands und Chinas gewährleisten.

Zhang sagte, daß seine Delegation nach Rußland gekommen sei, um wichtige Vereinbarungen zwischen Putin und dem chinesischen Staatschef Xi Jinping umzusetzen, die bilaterale Zusammenarbeit im Militärbereich zu stärken und eine regelmäßige Sitzung zur militärtechnischen Kooperation durchzuführen. Der hochrangige Militär äußerte sich auch über die westlichen Sanktionen gegen Rußland. Er bezeichnete sie als drastisch. Sie zeigten aber zugleich, daß sich Moskau durch nichts kleinkriegen lasse. Peking habe davor Respekt.

Quelle: RTDE, 8.11.23

Chronologie der Entstehung einer neuen Weltordnung aus dem globalen Süden

Das andauernde Gemetzel in Gaza wird weltweit immer mehr angeprangert, während die USA und der größte Teil Europas Israel blind unterstützen, „egal, ob richtig oder falsch“. Den Menschen wird gesagt, sie müssten sich für eine Seite entscheiden: Wer Israel unterstützt, muss den Völkermord am palästinensischen Volk unterstützen; oder wer Gaza unterstützt, muss ein Terrorist oder ein Unterstützer von Terroristen sein.

Was aber geschah in den drei Monaten zuvor in der Welt? Im Juli, August und September fanden in fast allen Ländern des Südens eine Reihe von Versammlungen statt, auf denen das Ende des Kolonialismus ausgerufen wurde. Es ist wichtig zu erwähnen, daß diese Foren zu einem Zeitpunkt stattfanden, als die viel gepriesene „Gegenoffensive“ der ukrainischen Streitkräfte als komplett gescheitert offenbar wurde.

Was waren das für internationale Foren, die das Ende von 600 Jahren Kolonialismus und Neokolonialismus markierten, die die Welt politik beherrscht hatten?

1. Das Russisch-Afrikanische Wirtschafts- und Humanitäre Forum vom 27. bis 28. Juli in St. Petersburg, an dem 49 Delegationen aus fast allen afrikanischen Ländern teilnahmen. Im Kommuniqué verpflichteten sie sich gemeinsam, „eine stabile und gerechte internationale Ordnung zu fördern, die auf den allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts beruht, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind“. Es wurden Vereinbarungen getroffen, um die Beteiligung Rußlands an 30 verschiedenen Energieprojekten in 16 verschiedenen Ländern zu fördern, darunter Wasserkraft-, Gas-, Öl- und Kernenergieprojekte. Rußland verpflichtete sich außerdem, einigen der ärmsten afrikanischen Länder kostenlos Getreide zu liefern.

2. Der BRICS-Gipfel in Johannesburg, Südafrika, vom 22. bis 24. August. Die fünf ursprünglichen BRICS-Länder (Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika) hielten ihr 15. Gipfeltreffen ab, bei dem sie erklärten, daß sechs neue Länder eingeladen wurden, der Organisation ab dem 1. Januar 2024 beizutreten - Ägypten, Iran, Saudi-Arabien, Äthiopien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Argentinien -, während 14 weitere Länder die Mitgliedschaft beantragt hatten. Diese Erweiterung des bereits mächtigen Bündnisses der wichtigsten Entwicklungsländer wurde als Teil des Plans zum Aufbau einer „multipolaren“ Weltordnung gepriesen, die die unipolare Weltordnung, die in wirtschaftlichem und strategischem Chaos versunken ist, ersetzen und den bisher unterdrückten Stimmen des globalen Südens mehr Gewicht verleihen soll. Die neuen BRICS-11 werden 42 % der Weltbevölkerung, 47 % der Rohölproduktion, 42 % der Weltbevölkerung und 36 % des Welt-BIP repräsentieren. Die BRICS-Bank, die Neue Entwicklungsbank, hat ihre Kapazitäten zur Kreditaufnahme und -vergabe, auch in Lokalwährungen, ausgeweitet, als Teil der Bemühungen der Länder des Südens, neue Handelsbeziehungen aufzubauen, die sie von der Vorherrschaft des US-Dollars befreien könnten, der durch die Beschlagnahme der Reservewährungen und die Verhängung von Sanktionen gegen Dutzende von Ländern zu einer „Waffe“ geworden ist.

3. Das 43. Gipfeltreffen der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) vom 4. bis 7. September in Indonesien. US-Präsident Biden blieb dem Treffen fern, während die Staats- und Regierungschefs Chinas und Indiens eine wichtige Rolle spielten. Viele Teilnehmer erinnerten an das Erbe des Asien-Afrika-Gipfels von Bandung 1955, der ersten Konferenz der ehemals kolonialisierten

Nationen Asiens und Afrikas ohne ihre ehemaligen Kolonialherren.

4. Das Eastern Economic Forum in Wladivostok, Rußland, vom 10. bis 13. September mit 950 Rednern und 7000 Teilnehmern aus 68 Ländern. Der Schwerpunkt des jährlich stattfindenden Forums liegt auf der Förderung ausländischer Investitionen in die ehrgeizigen Pläne zur Entwicklung des riesigen russischen Fernen Ostens.

5. Der G77-Gipfel in Havanna am 15. und 16. September mit 100 Delegationen, darunter 10 Staatschefs. Thema: „Herausforderungen für die Entwicklung: Die Rolle von Wissenschaft, Technologie und Innovation in der Entwicklung“. UN-Generalsekretär Antonio Guterres eröffnete das Forum mit einem Aufruf zur Schaffung einer neuen globalen Finanzarchitektur und sagte, daß Institutionen wie der UN-Sicherheitsrat, der IWF und die Weltbank eine „vergangene Ära“ widerspiegeln, in der viele Entwicklungsländer „durch koloniale Vorherrschaft in Ketten gelegt wurden“.

Diese Ereignisse kennzeichnen die laufenden Veränderungen in der Welt, wie sie sich im Vorfeld des Krieges in Israel und Gaza abgespielt haben. Die alten Kolonialmächte weigern sich allerdings anzuerkennen, daß eine neue multipolare Welt aus dem globalen Süden entsteht, die von den BRICS und insbesondere von der Zusammenarbeit Rußlands und Chinas mit den Entwicklungsländern vorangetrieben wird und echte Entwicklung durch die „Belt and Road“-Initiative statt Krieg und Sanktionen aus Washington und London bietet. Sie sind eher bereit, einen Krieg zu provozieren, sogar einen globalen Krieg, als diese neue Realität anzuerkennen.

Aus: EIR Daily Alert, Nachrichtenagentur & Verlag, 31.10.23

Die „Demokratie“ des großen Geldes

Die sogenannten westlichen Demokratien (oder „Wertegemeinschaften“) sind so ausgelegt, daß politische Breitenwirkung nur Kräfte entfalten können, die das Geld dazu haben. Besonders viel Geld brauchen Leute, die US-Präsident werden wollen.

Das Wahlkampfteam des amtierenden Präsidenten Joe Biden gab bekannt, daß allein im kürzlich abgelaufenen dritten Quartal des Jahres Spenden in der Höhe von 71 Millionen US-Dollar eingesammelt wurden. Diese „rekordverdächtige Summe“ habe es Biden ermöglicht, früher eine TV- und digitale Werbekampagne zu starten als frühere Präsidentschaftsbewerber. Insgesamt wurden von Biden bisher 91 Millionen US-Dollar an Spenden eingenommen. Um davon abzulenken, daß die fetten Beträge

von großen Konzernen kommen, die sich dann vom künftigen Präsidenten Gegenleistungen erwarten, wird betont, daß bisher 493 000 Personen gespendet hätten.

Die großen Vermögensverwalter wie BlackRock verdienen zum Beispiel am Ukraine-Rußland-Krieg doppelt. Sie halten Anteile an den Rüstungskonzernen, deren Produktion boomt, und sie sicherten sich schon die Pole-Position für den Wiederaufbau des völlig zerstörten Landes, das noch dazu heillos verschuldet ist, und schon begonnen hat, öffentliches Eigentum zu verschleudern.

Richtig bescheiden wirken dagegen die bisherigen Spendeneinnahmen des Ex-Präsidenten Donald Trump, der wieder Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei werden

möchte. Er hat bisher 46 Millionen US-Dollar eingesammelt, sein parteiinterner Gegenkandidat Ron DeSantis, der Gouverneur von Florida, „nur“ 15 Millionen.

Alle Versuche, außerhalb des Zwei-Parteien-Systems der USA eine Präsidentschaftskandidatur zu wagen, etwa von den „Grünen“ der USA, führten zu sehr schwachen Ergebnissen, nicht zuletzt wegen der fehlenden Geldmittel und der Ignoranz der Medienkonzerne. Auch Kandidatinnen und Kandidaten, die sich innerhalb der Demokratischen Partei bewarben, scheiterten krachend, wenn sie nicht dem Mainstream folgten.

Quelle: POLITICO

Aus: Zeitung der Arbeit (ZdA), Wien, 17.11.23

12 Jahre an der Seite der syrischen Bevölkerung

Humanitäre Hilfe kommt aus Pfaffenhofen

Seit Beginn der Sanktionen gegen Syrien 2011 setzt sich unsere lokale Friedensgruppe „Freundschaft mit Valjevo e.V.“ in der oberbayerischen Kreisstadt Pfaffenhofen für ihre Aufhebung ein. Gleichzeitig bildet humanitäre Hilfe für die syrische Bevölkerung einen Schwerpunkt unserer Arbeit. Begonnen hat diese Solidarität mit dem Aufruf „Kriegsvorbereitungen stoppen! Sanktionen beenden!“ zur Jahreswende 2011/2012.

Sanktionen sollen einen Bürgerkrieg provozieren

Der Krieg der NATO im Bündnis mit islamistischen Fundamentalisten gegen Libyen war noch nicht zu Ende, als EU und Bundesregierung 2011, den Wünschen der USA folgend, begannen, die Wirtschaft Syriens mit umfassenden Sanktionen lahmzulegen. Massenarbeitslosigkeit sollte geschaffen und dem Mittelstand und Unternehmen jede Perspektive genommen werden, damit sie sich gegen die eigene Regierung erheben und so den von USA, NATO und arabischen Despoten gewünschten „Regimechange“ ermöglichen würden.

Dazu wurde der Import syrischen Öls in die EU, bis dahin wichtigster Devisenbringer des Landes, verboten. Die Auslandsguthaben des Staates und syrischer Firmen wurden „eingefroren“. Jeder Geldverkehr und Zugang zu den Finanzmärkten wurde unterbunden, um so zu verhindern, daß Syrien im Ausland die Güter einkaufen kann, die es für das Funktionieren seiner Wirtschaft und zur Versorgung seiner Bevölkerung benötigt.

Am 3. Januar 2012 veröffentlichten wir den Aufruf „Kriegsvorbereitungen stoppen! Sanktionen beenden!“. In kurzer Zeit hatten 3 000 Bürger, darunter sechs Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, das Papier unterschrieben. Daraufhin begann umgehend eine Hetzkampagne in den Leitmedien (Spiegel, 10.1.2012: Dubioser Syrien-Aufruf. Linke Solidarität mit Schlächter Assad).

Auf Antrag von CDU/CSU und FDP wurde der Aufruf am 19. Januar 2012 auf die Tagesordnung gesetzt und in der Aktuellen Stunde im Bundestag behandelt. Eingeschüchert distanzierte sich die Parteiführung von den sechs Abgeordneten.

Wie unser Kontakt zu einem syrischen Krankenhaus entstand

Ende 2014 war das syrische Sozialprodukt gegenüber 2010 bereits um 60 % gesunken. 6,8 Millionen Syrer zur Binnenflüchtlingen geworden, 3,3 Millionen in andere Staaten geflüchtet, 22 000 bei Kämpfen ums Leben gekommen. Mit der Verelendung der syrischen Bevölkerung waren die „idealen“ Bedingungen geschaffen, um Konflikte zwischen den verschiedenen religiösen und ethnischen Volksgruppen des Landes zu vertiefen und den finanziell und mit Waffen großzügig ausgestatteten Terrorgruppen wie ISIS und

Al Nusra die Rekrutierung von Kämpfern zu ermöglichen.

Wir wollten humanitäre Hilfe leisten und dabei unseren Mitbürgern vor Augen führen, welches Leid die Sanktionen über die syrische Bevölkerung gebracht haben. Dazu aber brauchte es einen vertrauenswürdigen verlässlichen Partner in Syrien. 2015 wurden in unserer Stadt zahlreiche syrische Flüchtlinge untergebracht. Eines Tages kam eine Flüchtlingsfamilie auf uns zu. Sie hatte erfahren, daß wir bereits mehrfach für schwerkranke Kinder aus arabischen Ländern eine Behandlung in Deutschland organisiert hatten. Sie baten uns für ihren Verwandten in Damaskus, den 15-jährigen Mohammad Al Hakim, eine Operation in Deutschland zu ermöglichen. Mohamed litt an einem Weichteiltumor im rechten Kniegelenk. Das Geld für eine Operation kam über Spenden zusammen, der pensionierte Arzt Manfred Lotze, ein engagiertes Mitglied bei IPPNW half uns, ein geeignetes Krankenhaus in Hamburg



Übergabe von Schultaschen mit Heften, Schreib- und Malstiften für über 100 Kinder

zu finden. Die Operation verlief erfolgreich und Mohamed konnte voll geheilt entlassen werden. Bevor Mohamed zu uns nach Deutschland kam, war er im „Italienischen Krankenhaus“ in Damaskus untersucht worden. Mit diesem Krankenhaus, das in Syrien einen sehr guten Namen hat, nahmen wir Kontakt auf.

Die damalige Leiterin des Krankenhauses, Anna Maria Scarzello, eine Don-Bosco Schwester, hatte bereits 20 Jahre in Chiapas/Mexiko gearbeitet. Die mutige Frau war 2011 nach Damaskus gegangen und hatte die Stadt auch während der Belagerung durch Jihadisten nicht verlassen. Wir boten dem Krankenhaus an, bei der Beschaffung medizinischer Geräte zu helfen, wollten aber auch weitere humanitäre Projekte für die Bevölkerung vor Ort ermöglichen. Es zeigte sich sehr schnell, daß das Krankenhaus, zu dem Einrichtungen wie z.B. Kindergärten in Damaskus und Aleppo gehören, eine gute Entscheidung war. Die vereinbarten Projekte werden zuverlässig durchgeführt und dokumentiert.

Zu unseren ersten Projekten gehörte die Finanzierung einer Wasseraufbereitungsanlage für die Dialyse und die Finanzierung einer mehrwöchigen Ausbildung von 60 Frauen zur Schneiderin. Sie sollte es diesen Frauen ermöglichen,

sich ein zusätzliches Einkommen zu verdienen. Mit Plakaten, Infoständen, Flugblättern und Berichten in der Lokalpresse hatten wir für diese Aktion geworben, so daß wir auch die benötigten 60 Nähmaschinen für die Frauen bezahlen konnten. Seitdem haben wir über das Krankenhaus „unsere“ Schneiderinnen mehrfach beauftragt, im Winter Kleidung für Straßenkinder und Bewohner von Altenheimen herzustellen. Veranstaltungen mit Künstlern und Berichte in den Medien, wie insbesondere den „Nachdenkseiten“ halfen uns, diese humanitäre Hilfe bis heute weiterzuführen.

Noch braucht Syrien unsere Unterstützung

2012 waren sich die Regierenden in Washington, Brüssel und Berlin sicher, den gewünschten „Regimechange“ in Kürze zu erreichen: Sie erkannten den von Moslembrüdern dominierten „Syrische Nationalrat“ als einzige legitimierte Vertretung des syrischen Volkes an.

In Berlin wurde in den Räumen der Stiftung „Wissenschaft und Politik“ bereits mit Vertretern der syrischen „Opposition“ ein Programm für die politische und wirtschaftliche Neugestaltung Syriens nach dem Sturz Assads ausgearbeitet. Der Regimechange sollte schnell gehen. Heiko Wimmen, wissenschaftlicher Mitarbeiter von „Wissenschaft und Politik“ warnte bereits damals, daß „in Zukunft eine zunehmend multipolare Ausrichtung der Welt und ein neues ökonomisches Machtgefüge die Durchsetzungskraft von Sanktionen aushöhlen könnte.“ Diese Entwicklung ist mittlerweile eingetreten und wird sich auch in Syrien den nächsten Jahren immer stärker bemerkbar machen.

Zunächst aber hat sich die Not der syrischen Bevölkerung weiter drastisch verschlechtert seit US-Truppen 2019 die syrischen Ölfelder im Nordosten des Landes besetzt haben und Drittländer und deren Firmen mit der Androhung von Sekundärsanktionen von jeglicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Syrien abhalten. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat mit Ernährungsunsicherheit zu kämpfen und allein über 600 000 Kinder im Alter von fünf Jahren leiden unter akuter Unter- und Mangelernährung. Die UNICEF stellte hierzu im März 2023 fest: „Schätzungen zufolge sind in Syrien mehr als 609 900 Kinder unter fünf Jahren verkümmert. ‚Stunting‘ (Verkümmern) ist die Folge von chronischer Mangelernährung und verursacht irreversible körperliche und geistige Schäden bei Kindern. (...) Krankenhäuser leiden insbesondere unter ständigem Stromausfall und den hohen Energiekosten. Fallen medizinische Geräte aus, so ist es wegen der Sanktionen und fehlender Devisen nahezu aussichtslos, Ersatzteile für die Reparatur zu besorgen oder gar ein neues Gerät zu bekommen. Hier konnten wir bisher wiederholt helfen. Aktuell sammeln wir für den Kauf eines Röntgengerätes.“

Bernd Duschner
Pfaffenhofen

Vor 40 Jahren stoppen die USA fortschrittliche Entwicklung in der Karabik

US-Truppen überrennen mit der Operation „Urgent Fury“ die Insel Grenada

Der Kampf für eine von Ausbeutung, Unterdrückung, Neokolonialismus und Kriegen freie Welt hat in den vergangenen 100 Jahren weltweit unzählige Opfer gefordert. Darunter befinden sich nicht wenige charismatische Anführer und Vordenker von sozialistischen Bewegungen rund um den Globus. Stellvertretend für sie aus dem afrikanischen Kontinent seien Patrice Lumumba aus dem Kongo, Thomas Sankara aus Obervolta/Burkina Faso oder Frantz Fanon von Martinique sowie Maurice Bishop von Grenada aus der Karibik genannt. Die Geschichte aufständischer Bewegungen in dieser Region reicht weit zurück.

Auf Haiti begann 1791 unter Dutty Boukman und Georges Biassou ein Aufstand von Sklaven, der zur Befreiung vom französischen Kolonialjoch führte und späteren Revolutionären ein Vorbild war. Andererseits war es auf den vielen kleinen Inseln immer schwer, die Menschen gegen die Obrigkeit, mag sie Spanisch, Britisch, Niederländisch oder Französisch gewesen sein, in Aktion zu bringen. Die sogenannten Mutterländer korrumpierten meist eine Reihe Einheimischer, die dann das Unterdrückungsgeschäft für sie vor Ort übernahmen. Ein Modell, das heute noch u.a. in weiten Teilen Afrikas funktioniert. Und doch wuchsen auch in der Karibik immer wieder Menschen heran, die sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht abfinden wollten. Maurice Bishop war einer von Ihnen. Er wurde am 29. Mai 1944 auf der Insel Aruba (knapp 200 km² groß, zu den Niederlanden gehörend und 25 km nördlich Venezuelas gelegen) geboren. Seine Eltern zogen mit ihm sechs Jahre später 900 km weiter östlich auf ihre Heimatinsel Grenada zurück. In der Hauptstadt der Insel besuchte der junge Maurice einige, meist katholische Schulen, oft zusammen mit dem Sohn eines Angestellten seines Vaters, Winston Bernhard Coard. Maurice fiel in der Schule durch zwei Merkmale auf, erstens war er schon als Kind sehr groß und zum anderen durch Fleiß, gute Leistungen und Engagement in Schülervertretungen. Gerade weil er als „langer Lulatsch“ viel Spott seiner Mitschüler ertragen mußte, war er gegen Ungerechtigkeiten sensibilisiert und lernte, sich zu wehren. Diese Haltung, Unrecht zu brandmarken und zu bekämpfen, sollte sein Leben bestimmen. Wegen seiner guten Leistungen erhielt er ein Stipendium und konnte zum Studium nach London gehen, die Insel war ja quasi eine britische Kolonie. In England nutzte er sein Studium der Rechtswissenschaften, um sich auch mit marxistischen und revolutionären Schriften vertraut zu machen. Er las Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao, aber auch Schriften über koloniale Unterdrückung z. B. von Julius Nyerere. Und er ging nebenbei arbeiten, um sich Reisen in europäische sozialistische Länder leisten zu können, er war u.a. in der CSSR und in der DDR. Nach Abschluß

des Studiums kam er zurück nach Grenada, wo er als Anwalt arbeitete. Zusammen mit Gleichgesinnten, u.a. seiner späteren Lebensgefährtin, gründete er eine Organisation, die von den Ideen Nyereres inspiriert war. Diese schloß sich Anfang 1993 mit der JEWEL-Bewegung zur New JEWEL zusammen, in der Maurice einer der Co-Vorsitzenden wurde. Zu dem Zeitpunkt herrschten in Grenada, einer Insel, die nur ein Drittel der Größe Rügens hat, brutale Verhältnisse. Die Briten ließen ihr schmutziges Kolonialgeschäft seit Jahren von

für Wohlfahrt, Bildung und Freiheit) schnell. Trotz einiger Verhaftungen war Bishop inzwischen zum Abgeordneten gewählt worden, denn die Menschen vertrauten ihm. So kam es, daß ein Aufenthalt „Sir Erics“ in New York genutzt wurde, um in einer fast unblutigen Revolte die Regierung zu übernehmen. Bishop und seine Mitstreiter begannen sofort mit sozialen Reformen, einer Bildungsoffensive und förderten genossenschaftliche Produktion in der Landwirtschaft. Um all das zu stemmen, war Hilfe nötig und so wandte sich die neue



Soldaten der Ostkaribischen Staatengemeinschaft OECS während der Invasion auf Grenada am 3. November 1983

einem Mann namens Eric Gairy betreiben, ein ehemaliger Gewerkschafter, der auch schon mal wegen Korruption abgesetzt worden war, jedoch mit Hilfe seiner britischen und US-Freunde wieder ins Amt gehievt wurde. Er ließ das Land verkommen und setzte gern seine private Schlägerbande gegen Oppositionelle und Andersdenkende ein. Die wurden übrigens von den „Bluthunden“ seines Freundes Augusto Pinochet trainiert. Für all seine „Verdienste“, er hatte Grenada 1974 auch in eine Scheinunabhängigkeit geführt, adelte ihn die Queen dann 1977. Die immer häufiger auftretenden inneren Unruhen auf der 100 000-Einwohner-Insel, ließ er gnadenlos und blutig niederschlagen. Dabei verlor auch Maurice Vater sein Leben. Unter diesen Umständen erstarkte die New-JEWEL-Bewegung (JEWEL steht für Joint Endeavor for Welfare, Education and Liberation, also Bewegung

Führung an viele Staaten und Institutionen, holte sich aber stets Absagen. Die Kubaner, zu denen Bishop schon eine Weile freundschaftliche Beziehungen pflegte und deren Revolution er bewunderte, waren bereit zu helfen. Natürlich konnte von Sozialismus in Grenada noch nicht die Rede sein, aber aus US-amerikanischer Sicht war das bisher Erreichte schon höchst verdächtig - für ein Land, dessen Administration die Einführung einer flächendeckenden Sozialversicherung für abhängig Beschäftigte bereits für Kommunismus hält, kein Wunder. Dem mußte ein Riegel vorgeschoben werden, was mit Ronald Reagan, der 1981 als Präsident der USA ins Weiße Haus einzog, auch gelang. Reagan, dessen antikommunistische „Mission“ bekanntlich der Kampf gegen das „Böse“ war, ließ seinen Geheimdienstchef George Bush sen. sofort Pläne ausarbeiten, jene „kommunistischen“

Bestrebungen auf Grenada auf die eine oder andere Art zu beenden. Die Agency ging sofort mit Feuereifer daran, die Sache zu „bearbeiten“. Die Kubaner machten den USA schon genug Ärger, da konnte man einen potentiellen Verbündeten, und sei er noch so klein, nicht dulden. Zuerst wurden Lügengeschichten über Bishops Grenada in die Welt gesetzt, dann wurden mit viel Geld genehme karibische Regierungen geschmiert, um eine karibische „Achse des Guten“ zu schmieden. Die Wirtschaft Grenadas wurde boykottiert und behindert.

In der Zwischenzeit schaffte die Bishop-Regierung viele Veränderungen im sozialen und im Bildungsbereich. Die Bevölkerung stand hinter der neuen Führung. Die holte sich Rat und Hilfe auch von außen. Weil jedoch die USA und ihr Agency-Arm dafür gesorgt hatten, daß einige „Nachbarn“ diese Hilfe verweigerten, wandte sich Grenada auch an sozialistische Länder. Kuba, die Sowjetunion und die DDR waren bereit zu helfen. Bishop hatte die DDR 1982 besucht und war auf viele offene Ohren gestoßen. Um das Geld für die Umsetzung der Reformen in Grenada aufzubringen, wollte man durch den Bau eines großen Flughafens im Südwesten der Insel den Tourismus ankurbeln, damit internationale Flüge direkt nach Grenada gehen könnten. Kuba schickte Maschinen, Bauarbeiter und Baumaterial, die Sowjetunion Spezialisten. Damit Sabotage und einheimische Kriminelle abgeschreckt werden, erlaubte Bishop den Kubanern, einige

Wächter mit Handfeuerwaffen auszustatten. Kaum hatte der Bau begonnen, ging ein von der Agency gelenkter Aufschrei durch den bürgerlichen Blätterwald: Die Kubaner errichten einen schwerbewaffneten Stützpunkt auf Grenada, sie bauen einen Flugplatz für russische Bomber und die Russen schicken unentwegt schwere Waffen, Panzer, MiG's, Artillerie und U-Boote nach Grenada. Frieden und Freiheit waren bedroht. In den USA begannen Militäreinheiten mit Übungen zur Einnahme der Insel. Was fehlte, war ein geeigneter Anlaß. Den lieferten tragischerweise die Grenader selbst. Am 12. Oktober 1983 wurden Bishop und sieben seiner Minister von Armeeeinheiten auf Befehl seines „Freundes“ Bernhard Coard festgenommen und in einer Festung inhaftiert. Coard und der Armeechef hatten sich gegen Bishop verschworen. Offizieller Begründung war, daß Coard Bishop vorwarf, nicht revolutionär zu handeln, weil er bei „Feinden Grenadas“ nach Geldquellen für die Fortsetzung der Reformen nachsuchte. Offensichtlich fühlte sich Coard gegenüber Bishop seit langem benachteiligt. Sein Vater war nur Angestellter von Bishops Vater und überhaupt hätte er mehr das Zeug zum Anführer. Ein egomanischer Karriertyp. Doch die Grenader hielten zu Bishop, fast ein Drittel der Bevölkerung ging auf die Straße und konnte die Freilassung Bishops und seiner Mitstreiter erzwingen. Aber Stunden später wurden sie erneut festgesetzt und alle sieben sofort von einem Helfershelfer

Coards erschossen. Darunter war auch die schwangere Lebensgefährtin Bishops, die Ministerin für Bildung Jacqueline Creft. Das war die Stunde der Konterrevolution. Der britische Generalgouverneur Paul Scoon rief nicht etwa seine Regierung, sondern die USA um Hilfe. Die setzte am Morgen des 25. Oktober ihre Invasionstruppen mit mehr als 7000 Mann, Navy-Seals, Ranger, Green Berets, Ledernacken sowie 300 Hilfssoldaten aus den geschmierten karibischen Nachbarländern sowie Jagdbomber und Hubschrauber, in Marsch, um über die Insel herzufallen. Der Widerstand war hartnäckig, aber aussichtslos, denn statt Panzern und schweren Waffen verfügten die Grenader nur über vier Schützenpanzer und Handfeuerwaffen. Hauptziel der ersten Angriffswelle waren die Kubaner am Flugplatz. Sofort wurden diese und andere ausländische Helfer festgenommen. Von den knapp 800 Kubanern wurden mehr als zwei Dutzend getötet und mehr als 400 verwundet. Alle Ausländer wurden unter schwierigen Bedingungen auf dem Flugplatz Point Salines interniert. Insgesamt starben auf grenadischer Seite mehr als 80 Menschen, darunter mehr als ein Viertel Zivilisten. Die Verluste der Invasoren beliefen sich auf 19 Tote und 116 Verwundete. Nach ein paar Tagen war der Widerstand gebrochen und Grenada wieder um Jahre zurückgeworfen. Bis heute hat es keine nennenswerte progressive Bewegung mehr auf Grenada gegeben.

Uli Jeschke

Biotechnologie steht bei der Zusammenarbeit zwischen Kuba und China an erster Stelle

Im November reiste eine kubanische Delegation unter Leitung des Premierministers Manuel Marrero Cruz in die Volksrepublik China und besuchte dort mehrere Unternehmen, die das Potential für den Ausbau gemeinsamer Geschäfte haben

Der Biotechnologiesektor ist ein Bezugspunkt für die Zusammenarbeit zwischen Kuba und der Volksrepublik China, wie Premierminister Manuel Marrero Cruz bei einem Rundgang durch das Joint Venture Unternehmen Biotech Pharma erklärte, das als erstes chinesisches Unternehmen die auf kubanischer Technologie beruhenden Medikamente mit monoklonalen Antikörpern entwickelt. Das im August 2000 gegründete Unternehmen widmet sich hauptsächlich der Erforschung, Entwicklung, Herstellung und Vermarktung von Arzneimitteln zur Behandlung von Krebs und therapeutischen Impfstoffen. Bislang haben mehr als tausend Krankenhäuser in China seine Produkte verwendet und mehr als 300 000 Patienten wurden damit behandelt. Um die Abfüllkapazität zu erhöhen, wurde eine 4000-Liter-Linie hinzugefügt, eine neue Pilotanlage gebaut und eine weitere Anlage zur Produktionssteigerung ist derzeit im Bau, sagte deren Präsident Bai Xianhong.

Unter den neuen Investitionen hob er auch die Gründung eines Unternehmens in der Provinz Shanxi hervor, das sich mit der Erforschung, Herstellung und Vermarktung chemischer Arzneimittel, traditioneller chinesischer Medizin und anderer Präparate befassen wird. Nach der Besichtigung eines der Werke betonte der Premierminister, wie wichtig es sei, den chinesischen Markt weiter zu beobachten, und bekräftigte die Bereitschaft, die Beziehungen auf der Grundlage neuer gemeinsamer Projekte zu stärken und weiter zu entwickeln. Es gehe darum, die Zusammenarbeit weiter auszubauen, um größere Ergebnisse zu erzielen und die Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu festigen, fügte Bai Xianhong hinzu. Danach besuchte die kubanische Delegation den Hauptsitz von JD.com, Chinas führender E-Commerce-Plattform, die rund 600 Millionen Nutzer hat und täglich etwa 20 Millionen Kaufanfragen erhält. Im Gespräch mit den Führungskräften des Unternehmens lenkte der Premierminister die Aufmerksamkeit auf den technologischen Einsatz, der die Plattform unterstützt, und lobte die Fähigkeit des Unternehmens, einen kontinuierlichen Investitionsprozeß aufrechtzuerhalten, um die Qualitäts- und Effizienzstandards zu erhöhen.

Besonderes Interesse erweckte auch die Entwicklung des Verkaufs kubanischer Produkte über diese Plattform, die sich im Pavillon Excelencias Cuba befindet. Den vorgelegten Berichten zufolge war 2019 beschlossen worden, mit der Initiative „Neue Seidenstraße“ zusammenzuarbeiten und diese Verkaufsmodalität mit traditionellen kubanischen Sortimenten einzuführen, die im Jahr 2022 realisiert wurde. Derzeit umfaßt der Pavillon sechs Produktkategorien, darunter Honig, Konfitüren, Rum und Textilien. Nach Aussage des Regierungschefs verfügt Kuba über ein großes Potential, um seine Präsenz auf dieser Plattform auszubauen, insbesondere im Bereich der Gesundheitsdienste und des Tourismus, und er bekräftigte die Unterstützung, die der Geschäftswelt von der höchsten Führung beider Länder angeboten wird.

Dieser Besuch habe auch der Umsetzung des zwischen den Staats- und Regierungschefs erzielten Konsenses neuen Schwung verliehen und sei ein sehr günstiges Szenario für die Verwirklichung des Ziels, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf die gleiche Ebene wie die politischen Beziehungen zu heben.

Yudy Castro Morales

Quelle: internet@granma.cu, 10.11.23

Ethnische Unruhen in Manipur

Manipur gehört zu den sieben Bundesstaaten der Region Nordost-Indien. Die anderen Staaten sind: Assam, Arunachal Pradesh, Meghalaya, Mizoram, Nagaland und Tripura. Die Region grenzt im Norden an China und Bhutan, im Westen an Bangladesch und im Osten an Myanmar. Die Staaten gehörten früher zum heutigen Bundesstaat Assam. Nach der Teilung der britischen Kolonie 1947 in die beiden Staaten Indien und Pakistan wurde die Region größtenteils isoliert. Zwischen Indien und seinen Staaten in Nordost-Indien lag nun Ostpakistan, das heutige Bangladesch. Die Region ist von Indien auf dem Landweg nur über einen schmalen Korridor zwischen Nepal und Bangladesch, den Shiliguri-Korridor erreichbar. Bis zur Hauptstadt Delhi sind es rund 2500 km. Die Gegend ist Schauplatz von Grenzstreitigkeiten zwischen China und Indien. China könnte im Fall des Falles den Shiliguri-Korridor sperren und damit Nordostindien abschneiden.

Hindutva, RSS und die BJP

Die Bharatiya Janata Partei (BJP) ist neben der Kongreßpartei eine der beiden großen Parteien in Indien. Die Ursprünge der BJP gehen auf die Zeit nach der Unabhängigkeit Indiens zurück. 1980 als BJP gegründet, wurde sie 1996 zur größten Partei im Parlament. 1998 wurde die Demokratische Allianz (NDA) gegründet, ein Parteienbündnis, das von der BJP angeführt wird. Seit 2014 regiert die NDA mit Narendra Modi (BJP) als Ministerpräsidenten. Ihr Gegenspieler ist das Parteibündnis UPA, das von der indischen Kongreßpartei angeführt wird.

Die BJP ist konservativ, neoliberal und zutiefst nationalistisch gesinnt. Die NDA-Regierungen von 1998 bis 2004 führten eine umfassende Deregulierung und Privatisierung von Staatsbetrieben auf Kosten der Armen ein. Indien hat unter der Modi-Regierung einen demokratischen Rückschritt erlebt.

Die BJP ist der politische Arm der hindu-nationalistischen Bewegung Rashtriya Swyamsevak Sangh (RSS). Die RSS ist eine paramilitärische, rechtsextrem-faschistische Dachorganisation mit etwa sechs Millionen Mitgliedern, die die Ideologie der Hindutva, der Vorherrschaft der Hindus verbreitet. Sie ist rassistisch und völkisch und intolerant gegenüber anderen Volksgruppen. BJP und RSS betrachten die Abspaltung Pakistans von Indien 1947 als illegitim. Die RSS ist eine Kaderschmiede für die BJP. Narendra Modi, Mitglied der RSS und langjähriger Funktionär in der Bewegung, ist der ranghöchste von ihnen. Die RSS unterstützt die Wahlkampagnen der BJP, die wiederum RSS-Leute in Regierungsämtern hebt. Die Hindutva-Ideologie ist Kern der Regierungsführung der BJP.

Die Gewalt zwischen Hindus und Moslems nahm immer zu, wenn die BJP irgendwo an

der Macht war. Man erinnere sich z.B. an die Zerstörung der Moschee von Ayodhya und die damit verbundenen Unruhen und Gewalttaten zwischen 1990 und 1993, an der die RSS und Führer der der BJP als Anstifter maßgeblichen Anteil hatten. Auch die Ermordung von Indira Ghandi geht auf das Konto der RSS. In diesen hinduistisch-nationalistischen Kontext mit den dazugehörigen Fanatikern der RSS und der BJP ist auch der derzeitige Konflikt in Manipur einzuordnen.

Manipur

Die Geschichte Manipurs reicht bis ins 1. Jahrhundert zurück. Die Hauptstadt Imphal liegt in einem grünen Tal und ist von Bergketten umgeben. Manipur, mit gut drei Millionen Ein-



Reisterrassen in Manipur

wohnern, die 39 ethnischen Gruppen angehören, hat eine eigene Sprache und Schrift. 1891 eroberten die Briten Manipur, 1949 wurde es in die indische Union eingegliedert. Viele Manipuris sind mit der Eingliederung nicht einverstanden und wollen die Unabhängigkeit wiedererlangen. Es entstanden mehrere Rebellengruppen, die einen bewaffneten Kampf gegen Indien führen. Seit den 50er Jahren sind Manipur und die Naga-Hügel im Nordosten Indiens ein Konfliktgebiet, in dem es immer wieder zu Aufständen, Massakern und Menschenrechtsverletzungen kommt.

Die Volksgruppe der Meitei lebt im Tal, im Machtzentrum, wo es Infrastruktur gibt. Sie ist mit 53 % die größte ethnische Gruppe und überwiegend Hindus. Die ärmeren Menschen, vorwiegend die zwei Stammesgruppen, Naga und die Kuki, leben in den Bergen oberhalb. Beide Volksgruppen sind Christen, sie wurden im 19. Jahrhundert von Missionaren bekehrt. Zahlreiche Volksgruppen sind in der gesamten Region, einschließlich Myanmar, verstreut, wo sie meist friedlich zusammenleben, obwohl es auch ständig Rivalitäten gibt. Insbesondere die Naga führen einen Guerillakrieg mit dem Ziel der Unabhängigkeit. Die Naga-Stämme sind über die nordöstlichen Bundesstaaten Nagaland, Manipur und Arunachal Pradesh sowie Myanmar verstreut. Insgesamt schätzt man, daß es etwa 60 bewaffnete Guerillagruppen in der gesamten

Region gibt, die ihr Gebiet, das sich oft mit dem von anderen Volksgruppen überschneidet, als unabhängig erklären möchten. Ach die Kuki streben nach einem unabhängigen Staat, zumindest aber nach Autonomie. Mehrere separatistische Rebellengruppen haben zudem Stützpunkte in Myanmar, wo sie seit dem dortigen Putsch von der Junta nichts zu befürchten haben, da diese bereits gegen den Widerstand im eigenen Land überfordert ist. Nach dem Militärputsch in Myanmar im Februar 2021 flüchteten Zehntausende Myanmarris, überwiegend aus der ebenfalls christlichen Volksgruppe der Chin, die mit den Kuki ethnisch verwandt sind, nach Manipur und Mizoram.

Die bewaffneten Gruppen finanzieren ihren Guerillakrieg und ihre Wafenkäufe zum großen Teil über Drogenhandel (Heroin und Methamphetamine). In den Bergen werden die Bauern dazu angehalten, Mohn anzubauen, woraus Opium gewonnen wird, das dann entweder vor Ort raffiniert oder als Rohopium weiterverkauft wird. Das berühmte Goldene Dreieck liegt in der Nähe. Manche bewaffneten Gruppen wurden nur zum Schutz des Drogenhandels gegründet. Aber auch Meiteis sowie Politiker und korrupte Angehörige von Militär und Polizei sind an den Geschäften beteiligt. Die Aufstände im Nordosten Indiens sind auch eine Geschichte von Waffen-, Drogen- und grenzüberschreitendem Schmuggel und Menschenhandel.

Der Manipur-Konflikt

Dieser Konflikt brach am 3. Mai aus, nachdem die Meitei erneut versucht hatten, den Status eines "Scheduled Tribe" zu erhalten. Es geht dabei vor allem um die Regeln des Landerwerbs. Die in den Hügeln lebenden Gemeinschaften dürfen Land im Imphal-Tal kaufen, während die Meitei-Gemeinschaft, so wie auch alle anderen Bewohner der Ebenen, kein Land in den Hügeln erwerben können. Es geht in diesem Konflikt nicht um Religion. Es geht um Landbesitz und um den Vorstoß der BJP, Nordostindien zu erobern und die Hindutva zu etablieren. Mit Manipur als Testlabor.

Eigentlich begannen die Unruhen bereits im Juni 2022, als die BJP-Regierung von Manipur die Vertreibung „illegaler Siedler“ aus Waldreservaten anordnete. Die Kuki sahen darin eine gezielte Kampagne gegen ihre Volksgruppe. Die Bewohner in den Bergen fürchten zudem, durch Landkäufe reicher Meiteis von ihrem Land vertrieben zu werden, was ganz im Sinne der RSS und Modis BJP wäre.

Die Bergbewohner befürchten zurecht einen Angriff auf ihre Identität und Lebensweise. Der 3. Mai begann damit, daß 60 000 Demonstranten gegen die Forderung der Meitei auf den Status des Scheduled Tribe protestierten. Danach kam es im ganzen Staat zu

gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen.

In den darauffolgenden Wochen verschärfte sich die Gewalt, Munition und Gewehre wurden durch Überfälle auf Polizeistationen und Waffengeschäfte erbeutet. Bunker wurden gegraben, Straßensperren errichtet, kaum jemand ging noch unbewaffnet auf die Straße. Die Unruhen in Manipur haben zur Vertreibung von mehr als 60 000 Kuki, Zomi, Hmar und Mizo-Stammesangehörigen, zum Niederbrennen von 7 000 Häusern und 360 Kirchen sowie zum Tod von 150 Menschen geführt. Die Auseinandersetzungen dauern bis heute an, das Internet ist immer noch abgeschaltet und der Ausnahmezustand bleibt in Kraft.

Premierminister Modi meldete sich erst am 19. Juli zu Wort, nachdem ein Video viral gegangen war, das zeigte, wie zwei Kukifrauen nackt durch die Straßen geführt und vergewaltigt werden. Der Vorfall ereignete sich bereits am 3. Mai, ging aber erst im Juli viral, da das Internet in Manipur seit dem 4. Mai abgeschaltet und der Ausnahmezustand verhängt ist. Modi verurteilte den Vorfall und sprach von einem „Einzelfall“, danach schwieg er wieder.

Von der regierenden BJP vor Ort hieß es, der Vorfall mit den beiden Kukifrauen sei das Werk „einiger weniger Übeltäter, die es in jedem Staat gibt“, gewesen. Die mißbrauchten Frauen berichteten jedoch Reportern von ihrem Leidensweg. Sie sagten, die Polizei sei stummer Zuschauer gewesen. Und wenn die Polizei dabei war, ist es schwer zu glauben, daß Modi nicht informiert wurde, zumal an dem Verbrechen Anhänger seiner Partei aus der Mehrheitsgemeinschaft der Meite beteiligt waren. Die örtliche Polizei brauchte zwei Wochen, bevor sie eine Anzeige aufnahm. Von den Morden und Brandstiftungen war weiterhin keine Rede. Am 12. Juni war eine Beschwerde über die Greuelthaten bei der Nationalen Kommission für Frauen eingereicht

worden. Es wurden keine Maßnahmen ergriffen. Das Schweigen von Modi zu den Vorfällen in Manipur leitet sich aus der Komplizenschaft der BJP mit den Tätern ab.

Die RSS ist seit über 75 Jahren in den nordöstlichen Bundesstaaten aktiv, ihr selbsterklärtes Ziel ist die „nationale Integration“. Die Hindus sind in Nordostindien insgesamt in der Minderheit. Die Politik der BJP in Manipur verfolgt eindeutig das Ziel, die Hindus zu polarisieren und gegen die Minderheiten in Manipur auszuspielen. Manipur ist ein neues Testlabor für ihre Ideologie.

Die Kongreßpartei beschuldigte Modi, Manipur im Stich gelassen zu haben und beantragte ein Mißtrauensvotum gegen ihn im indischen Parlament, das aber angesichts der Mehrheit der BJP scheiterte.

Wahlen in Mizoram

Die Wahlen für die Regierung des Bundesstaates Mizoram, der im Norden an Manipur grenzt, fanden am 7. November statt. Sie sind der Auftakt zu Wahlen in fünf Bundesstaaten, bevor im Mai/Juni 2024 das indische Parlament und die Regierung neu gewählt wird. Die Ergebnisse für alle fünf Staaten werden erst im Dezember veröffentlicht.

Die Krise in Manipur beeinflusst die Wahlen in Mizoram. Obwohl die in Mizoram regierende MNF in Delhi mit der BJP in der NDA verbündet ist, verurteilt Ministerpräsident Zoramthanga die Politik der BJP in Manipur. Anders als die BJP, gießt die MNF kein Öl ins nationalistische Feuer, und so leben die verschiedenen Volksgruppen in Mizoram relativ friedlich miteinander. Die BJP hat in Mizoram nicht viel zu sagen. Bei den Parlamentswahlen 2018 bekam sie nur einen Sitz, diesmal hat sie es nicht einmal geschafft, in allen Wahlbezirken eigene Kandidaten aufzustellen. Zoramthanga würde in einem Wahlsieg der BJP eine Gefahr für den Frieden in seinem Staat sehen. Die Mizos sind ethnisch mit der

Kuki-Zomi-Gemeinschaft in Manipur verbunden. Manipur und Mizoram sind die Hauptleidtragenden der Flüchtlingskrise, die durch den anhaltenden Bürgerkrieg in Myanmar ausgelöst wurde. Von den 54 000 aus Myanmar ausgelassenen Chin leben mehr als 40 000 in Mizoram, die dort, unter Mißachtung der Anweisungen aus Delhi, freundlich empfangen werden. 12 000 vertriebene Kuki-Zomi aus Manipur haben auch Zuflucht in Mizoram gefunden. Die christliche Gemeinschaft macht mehr als 87 % der Bevölkerung von Mizoram aus. Die MNF hat sich hinter die Forderung der Kukis nach Autonomie gestellt.

Die Menschen befürchten, daß die BJP in Mizoram an Einfluß gewinnt. Und so richtet sich die Wahlkampagne in Mizoram hauptsächlich gegen die BJP, mit Manipur als abschreckendes Beispiel für ihre Politik. Sogar bei ihren Anhängern stößt die Politik der BJP auf Unmut. Der lokale BJP-Präsident, Vanramchhuanga, ist im Juli zurückgetreten, um gegen die „massive Zerstörung christlicher Kirchen“ während der Gewalt in Manipur zu protestieren, die, wie er sagte, „von den staatlichen und zentralen Behörden unterstützt wurde“. „Die Zentralregierung hat mit keinem Wort die Verbrennung christlicher Kirchen verurteilt.“

Im Gespräch mit dem Indian Express sagte Vanramchhuanga, die Vorfälle in Manipur würden die Behauptung erhärten, die BJP sei eine „antichristliche Partei“.

Modi ist in Mizoram nicht willkommen. Er sollte am 30. Oktober dort eine Wahlkampagne abhalten. Zoramthanga hatte erklärt, er würde „nicht mit dem Premierminister auf dem Podium sitzen, wenn dieser den wahlkämpfenden Bundesstaat besuche“, da er es nicht geschafft habe, „die Angriffe auf Christen im benachbarten Manipur zu unterbinden“. Woraufhin Modi wohlweislich seinen Besuch absagte.

KLJ

Völkerrechtswidrige Blockade der USA gegen Kuba beenden!

Die UN-Generalversammlung in New York hat am 2.11.2023 auf Antrag Kubas zum 31. Mal mit überwältigender Mehrheit die völkerrechtswidrige Blockade der USA gegen Kuba verurteilt und ihre bedingungslose, sofortige Beendigung gefordert.

187 Staaten, darunter auch die gesamte EU, votierten für ein unverzügliches Ende der Blockade, zwei Staaten (USA und Israel) für die Weiterführung und ein Land (Ukraine) enthielt sich.

Dieses Abstimmungsverhalten spricht unter Beachtung der aktuellen Situation eine eigene Sprache und zeigt die internationale Isolierung der Vereinigten Staaten von Amerika. Darüber hinaus forderte die internationale Staatengemeinschaft die US-Regierung auf, Kuba von ihrer sogenannten Terrorliste zu nehmen.

Während sich die USA weltweit mit ihren Verbündeten als „Hüter der Menschenrechte, der westlichen Werte und neuerdings auch des Friedens“ präsentieren, führen sie gegen Kuba mit der Blockade einen erbarmungslosen Wirtschaftskrieg und treten die Menschenrechte auf Leben und Gesundheit von 11 Millionen Kubanern mit Füßen.

Die Blockade und ihre Verschärfung in der Amtszeit von Trump verursachte bislang einen Schaden von 1,391 Milliarden US-Dollar, bemessen an der Kursentwicklung von US-Dollar und Goldpreis.

Allein 2023 sank durch die Blockade das Bruttoinlandsprodukt der Republik Kuba um 4,5 %. Diese völkerrechtswidrige, menschenverachtende und mörderische Blockade hat natürlich auch dramatische Auswirkungen für die Bevölkerung; z.B. werden Geldüberweisungen aller Art und die Unterstützung für

Gesundheitsprojekte aus dem Ausland verhindert, der Medikamenteneinkauf erschwert und der Import von Treibstoffen erheblich behindert, um nur einiges zu nennen. Es gilt, wer mit Kuba handelt, auch extraterritorial, wird abgestraft.

Trotz internationaler Isolierung setzen die USA den Kurs der Mißachtung des Völkerrechts fort, um den Regimewechsel auf Kuba im Namen der Demokratie zu erzwingen.

ARD und ZDF, als die willigen Erfüllungshelfen der „Information durch Verschweigen“ zeigen UN-Abstimmungsergebnisse zum Ukrainekrieg ausführlich, den Wirtschafts-, Finanz- und Handelskrieg gegen Kuba verschweigt man aus „Freundschaft“ zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Reiner Markgraf für Cuba Si

Gera

Ihr Frieden heißt Krieg

Krieg – egal unter welchem Vorzeichen und aus welchem Grund er begann – er ist immer die Folge menschlichen Handelns. Erst kürzlich hatte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius für Deutschland eine höhere „Wehrhaftigkeit“ angemahnt. „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte“, so Pistorius. „Und das heißt: Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Oberst Andre Wüstner forderte eine Debatte über die Wehrpflicht, für deren Wiedereinführung sich auch der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Henning Otte, in einem Beitrag im „Deutschlandfunk“ aussprach. Bleibt die Frage – kriegstüchtig werden, um die deutsche Kriegssüchtigkeit zu befriedigen? Denn zwei Kriege hat Deutschland verloren, der dritte muß gewonnen werden. Doch wer soll den Krieg bezahlen? Wie schon in allen vergangenen Kriegen – die Bürger mit ihrem Leben, mit der Zerstörung ihrer familiären und wirtschaftlichen Existenz. Doch das will und darf man seitens derer, die die Macht haben, nicht so offen sagen. Das Volk muß längerfristig auf einen Krieg vorbereitet werden. Also muß man auch auf diesem Gebiet einen Feind suchen und finden, gegen den man „kriegstüchtig“ werden soll. Und wo findet man ihn? Natürlich in altbewährter Weise im Osten. Die in den Medien als „unüberlegt“ abgetane Äußerung der deutschen Außenministerin „Wir sind schließlich im Krieg gegen Rußland ...“ macht das neben einer ganzen Anzahl weiterer Anzeichen überdeutlich. In unterschiedlichen Medien wird auf ein gelecktes Papier unter dem Titel „Operative Leitlinien für die Streitkräfte“ aufmerksam gemacht, welches auf eine „Strategische Neuausrichtung der Bundeswehr“ gen Osten orientiert. Die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr wird also wiederhergestellt. Das u.a. mit der Stationierung von Kampfverbänden der Bundeswehr in den baltischen Staaten, in denen die ehemaligen faschistischen SS-Verbände als Helden verehrt werden. Laut „Spiegel“ sollen die ca. 5 000 Bundeswehrangehörigen für diesen „freiwilligen Einsatz mit Familie“ mit einer Reihe von Vergünstigungen bedacht werden, bis hin zu Schulen und Kindergärten vor Ort. Und auch die USA dürfen hier nicht fehlen. Aus Washington konnte man hören, daß Millionen von Dollar in die militärische Infrastruktur dieser Länder investiert werden, verbunden mit umfassender antirussischer Propaganda. Auch Polen muß hier erwähnt werden. Die Aufstockung der US-Truppenverbände in Verbindung mit Waffenlieferungen und dem Aufbau verschiedener Militärbasen in dem Land wird vorangetrieben. Wie man unterschiedlichen

Medien entnehmen kann, wurde zwischen den USA und Polen u.a. die Lieferung von 250 Panzern „Abrams“, mehr als 30 moderne Kampfflugzeuge F-35 sowie weiterer Waffensysteme für Milliarden von Euro vereinbart. Bereits 2014 einigten sich Polen und Deutschland auf die Lieferung von 119 „Leopard-2“-Panzern mit dem Hinweis, daß diese „den russischen Panzern weit überlegen“ seien. Ebenso wie der Rüstungswahn in Deutschland wird dies alles mit dem „Schutz vor russischen Angriffen“ begründet. In einem Beitrag in der FAZ wird u.a. von Plänen für die Aufstellung einer neuen, dritten Panzerdivision der Bundeswehr berichtet. Nur „leider“ fehlen dazu noch die Soldaten. Will man diese womöglich mit der Wiederherstellung der Wehrpflicht „beschaffen“? Die Zeitung „Financial Times“ schrieb kürzlich, daß die Waffenlieferungen an die Ukraine Lücken in die nationalen Waffenbestände der NATO-Staaten rissen. Deren

am 3. Februar 1933 in seiner Ansprache vor Generälen der Reichswehr formuliert. Er kündigte an, in mehreren Stufen die „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten“ und dessen „rücksichtslose Germanisierung“ vorbereiten und durchführen zu wollen. Zunächst sei eine vollständige innenpolitische Umgestaltung Deutschlands mit dem Ziel einer „Ausrottung des Marxismus“ und einer „Stärkung des Wehrwillens der Bevölkerung“ erforderlich. Alle anderen außen-, wirtschafts- und wehrpolitischen Maßnahmen müßten diesem einen Ziel untergeordnet werden. Parallelen zur heutigen wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland sind unübersehbar.

Im WDR-Interview vom 30.10.23 unterstützte kürzlich der Politikwissenschaftler und Experte für Sicherheits- und Verteidigungspolitik Christian Mölling die eingangs genannten Forderungen von Pistorius. Es brauche „vor allen Dingen das Verständnis der Bevölkerung, einen möglichen Krieg tatsächlich mitzutragen“. Sonst drohe Ungemach. „Stellen Sie sich vor, der Bundeskanzler möchte den Artikel 5 der NATO (Bündnisfall) ausrufen und die Bevölkerung sagt: ‚Ich finde das eine schlechte Idee.‘ Es braucht eben nicht nur Streitkräfte, sondern es braucht tatsächlich auch eine funktionsfähige Rüstungsindustrie. Und es braucht vor allen Dingen das Verständnis der Bevölkerung, einen möglichen Krieg tatsächlich mitzutragen. Das ist, glaube ich, das Schwerste.“

Was die politischen Eliten in Deutschland tatsächlich denken, machte der damalige Außenminister Steinmeier auf der Konferenz „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“ deutlich: Es gäbe einen „tiefen Graben“ zwischen der breiten Öffentlichkeit und der politischen Elite. Die Meinung der Bürger gilt es zu ignorieren, so die Haltung des SPD-Politikers: „Politik muß sich über solche Gräben hinwegbewegen ...“ (jW vom 21.5.14)

Zusammenfassend kann man feststellen: Die Herrschenden wissen sehr wohl, wie wichtig es ist, das Denken und Handeln der Menschen in Deutschland in ihrem Sinne zu gestalten und ihre Interessen entgegen der Mehrheit des Volkes durchzusetzen. Ihre Äußerungen enthalten Schlagworte, wie „Demokratie“, „friedenserhaltende Maßnahmen“, „gleichberechtigte Mitsprache“ und ähnliche Floskeln. Sie wissen, daß sie ihre kriegerischen Machenschaften nur durchsetzen können, wenn sie auch die öffentliche Meinung kontrollieren. Die Massenmedien unterliegen ihren Vorgaben und kaum einer denkt bei ihren „Kriegsberichten“ daran, daß die heutigen Kinder und Jugendlichen in naher Zukunft als Kanonenfutter für die kriegslüsternden Eliten vorgesehen sind. Denn diese haben bereits die Basis für den nächsten großen Krieg nicht nur in Europa geschaffen.

Zusammenfassend kann man feststellen: Die Herrschenden wissen sehr wohl, wie wichtig es ist, das Denken und Handeln der Menschen in Deutschland in ihrem Sinne zu gestalten und ihre Interessen entgegen der Mehrheit des Volkes durchzusetzen. Ihre Äußerungen enthalten Schlagworte, wie „Demokratie“, „friedenserhaltende Maßnahmen“, „gleichberechtigte Mitsprache“ und ähnliche Floskeln. Sie wissen, daß sie ihre kriegerischen Machenschaften nur durchsetzen können, wenn sie auch die öffentliche Meinung kontrollieren. Die Massenmedien unterliegen ihren Vorgaben und kaum einer denkt bei ihren „Kriegsberichten“ daran, daß die heutigen Kinder und Jugendlichen in naher Zukunft als Kanonenfutter für die kriegslüsternden Eliten vorgesehen sind. Denn diese haben bereits die Basis für den nächsten großen Krieg nicht nur in Europa geschaffen.

Dietmar Hänel
Flöha



Karikatur: Michael Westphal, Löbau

Auffüllung müsse die Industrie nun sichern. Ganz in diesem Sinne erklärte der Vorstandsvorsitzende des deutschen Rüstungskonzerns „Rheinmetall“ Armin Papperger, daß das Bundeskabinett mit den 100 Mrd. nicht genügend Mittel für die Bundeswehr bereitgestellt habe. Es würden mindesten 300 Mrd. benötigt. Die Militärhilfe für die Ukraine soll laut Angaben der Bundesregierung in diesem Jahr 5,4 Mrd. Euro betragen und sich im kommenden Jahr nahezu verdoppeln. Nicht nur diese vorgenannten Maßnahmen sind in einem engen Zusammenwirken der Regierung und der entsprechenden Ministerien mit den Rüstungskonzernen, dem gesamten militärisch-industriellen Komplex der Bundesrepublik inklusive der Abstimmung innerhalb der NATO möglich. Deutliche Analogien sind zur Entwicklung der deutschen Wirtschaft in Vorbereitung des 2. Weltkrieges ersichtlich. Hitler hatte seine außenpolitischen Vorstellungen nach der Machtübernahme erstmals

Bluthund Pistorius

Eine der neuesten Aussagen des sozialdemokratisch-imperialistischen Kriegsministers Pistorius kautet: „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, daß die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte. Und das heißt: Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“

Daß diese unser aller Leben tangierenden Ausführungen auch in linken Kreisen weitgehend geschluckt wurden, zeigt, wie sehr die offizielle Kriegsrhetorik bereits gegriffen hat. Der einzige Nutznießer ist die Rüstungsindustrie. In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird das offen zugegeben, die Zeitung fragt den sich seit neun Monaten im Amt befindlichen sozialdemokratischen Kriegsminister: „Das Verhältnis zwischen Industrie und Ministerium hat sich in ihrer Amtszeit stark verbessert, man redet mehr miteinander und besser übereinander. Aber wird die neue Partnerschaft nicht auch mit riesigen Gewinnmargen für Rheinmetall & Co erkaufte?“ Pistorius antwortet einsilbig: „Ja“. Die FAZ: „Danke für die knappe Antwort“ (FAZ, 2.11.2023, S. 3). Man wird unwillkürlich an den 4. August 1914 erinnert, als die SPD im Reichstag geschlossen für die Kriegskredite stimmte. Nur Karl Liebknecht und Otto Rühle stimmten bei einem weiteren Antrag auf Bewilligung von Kriegskrediten im Dezember 1914 dagegen.

Heute haben wir einen Bundeskanzler mit Erinnerungslücken als Oberkommandierenden im Kriegsfall und einen Pistorius, der in den Fußstapfen von Gustav Noske wandelt. Ein weiterer sozialdemokratischer Bluthund steht formvollendet vor uns. Noske war nach der Novemberrevolution von 1918 der erste sozialdemokratische Minister mit der Zuständigkeit für das Militär in der deutschen Geschichte. Er hat ein Jahrhundertwort geprägt: „Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht.“ (Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution. Berlin: Verlag für Politik und Wirtschaft, 1920, 68). Bluthund bedeutet in der Tradition Luthers, aufständisches Volk niederzumetzeln, nur daß das im deutschen Bauernkrieg die fürstliche Soldateska verrichtete und nicht von Sozialdemokraten kommandierte Weißgardisten. In dem FAZ-Interview kommt auch deutlich heraus, daß Pistorius mit Unterstützung des Sondervermögens von hundert Milliarden Euro das Zwei-Prozent-Ziel der NATO (zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die imperialistische Kriegsvorbereitung) als verankert im Bundeshaushalt unbedingt erreichen will. Immer eindeutiger werden in den Stäben und Kasernen mit kriegsrhetorischer Begleitmusik die Weichen auf kriminelle Raubkriege ersten Ranges gestellt. Noch nie ist für die Bundeswehr so viel Geld ausgegeben worden

wie heute. Pistorius will nun mehr Frauen in die Bundeswehr locken, was bekanntlich drei Kriegsministerinnen vor ihm nicht gelang. Er schwärmt von der Bundeswehr als einem „ungewöhnlich attraktiven Arbeitgeber“ (a.a.O.). „Wir bieten über tausend Berufe.“ Dazu käme die Kameradschaft in der Truppe. Kurzer Einwand: Es sind aber auch bereits über tausend Särge gezimmert.

Wenn unter imperialistischen Bedingungen etwas feststeht, dann ist es die Unvermeidbarkeit von Kriegen nach außen zum Ablenken von Krisen primär sozialen Ursprungs im Inneren. Das hatten u. a. schon Robespierre („Niemand liebt bewaffnete Missionare“) und Hegel gesehen: Bei allem Reichtum, sagt Hegel in seiner Rechtsphilosophie, den die bürgerliche Gesellschaft produziert, ist die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug, die Armut des Pöbels zu steuern, Ausweg: Kolonien. Den heutigen imperialistischen Staaten bleibt angesichts der überbordenden Krisenakkumulation bei ständig negativen und negativer werdenden Relationen gar nichts anderes übrig, als die Flucht in imperialistische Gemetzel. Der kostenfrei zu erwerbende Führerschein als Köder. Was mit der Aushändigung eines Führerscheins beginnt, endet mit der Aushändigung einer Sterbeurkunde für die Mutter.

Heinz Ahlreip
Hannover

Etablierte Parteien haben versagt

Heute wächst in Deutschland eine rechtslastige Partei mit Namen „Alternative für Deutschland“ (AfD), die auf dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik auf dem Vormarsch ist. Wer von den sogenannten Volksparteien hat denn begonnen, die Ursachen dafür zu analysieren? Analysiert wird da gar nichts, man schiebt die Schuld einfach anderen zu. Putin mit seinem Krieg etwa, aber immer klarer wird, daß die CDU selbst, wenn es ihr nützt, die Karte „AfD“ aus dem Ärmel zieht. Herr Merz, Vorsitzender der CDU, beteuert zwar, eine Zusammenarbeit mit der AfD werde es auf Bundes- und Landesebene nicht geben ..., aber die CDU in Erfurt holte, um nur ein Beispiel zu nennen, zusammen mit der FDP bei der Abstimmung im Thüringer Landtag die AfD, wo ein Höcke Fraktionsvorsitzender ist, mit ins Boot und so haben diese drei Oppositionsparteien die rot-rot-grüne Minderheitskoalition überstimmt und ihren eigenen Vorschlag für die Grunderwerbssteuer gegen den Willen der Regierungsparteien durchgesetzt. So steht also Herr Merz auf der Brandmauer zur AfD und beteuert, es gibt keine Zusammenarbeit mit der AfD.

Übrigens haben viele Bürger mittlerweile erkannt, wie diese Parteien ständig am Volk vorbeiregieren. Ihre Politik gilt den Konzernen und Banken, sie dürfen ihre Gewinne bis ins Unermeßliche steigern und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnen. In einer ihrer Reden vor dem EU-Parlament hat deren Präsidentin von der Leyen die chinesische

Subventionspolitik gerügt. Die chinesische Regierung würde ihre E-Autos subventionieren und somit billiger auf den Markt bringen. Das wäre wettbewerbsverzerrend. Dagegen werde sie vorgehen. Ein chinesisches E-Auto koste 20 550 €, ein VW demgegenüber 39 995 €. Wenn sie also diesen niedrigeren Preis für chinesische Autos in Europa verbieten will, dann muß jeder einfache Bürger für ein neues E-Auto eben nahezu 20 000 € mehr aufbringen. Der Staat hat Milliarden Euro für Konzerninvestitionen übrig, obwohl diese ja jährlich ihre Gewinne als Dividende an die Konzernherren und Aktionäre verschenken, für den einfachen Bürger jedoch rührt er keinen Finger.

Die CDU/CSU hat in den vergangenen Jahren abgewirtschaftet, ist nicht mehr wählbar und die Ampel treibt das Volk, die Wirtschaft und den Staat in den Ruin. Sie haben durch ihr Handeln den Weg für die AfD geebnet. Es ist eine Situation entstanden, die für Deutschland, aber auch erneut für ganz Europa eine riesige Gefahr darstellt. Ob man es nun wahrhaben will oder nicht, oder ob man es bewußt bagatellisiert, Verantwortung tragen die Parteien, die seit jeher versuchen, dem Volk einzureden, die einzigen zu sein, die sich schon immer für das Wohl des Landes und der Bürger eingesetzt hätten. Doch mittlerweile werden es immer mehr Menschen, denen der Glaube daran fehlt, weil die Wirklichkeit eine völlig andere Sprache spricht. Die Linke hat ihre Sozialdemokratisierung im Grunde

abgeschlossen und so zeigt sich, daß eben die rechte Alternative gewählt wird. Es wird höchste Zeit, für eine linke Bewegung, die gegensteuert.

Klaus F. Glaser
Schwarzenberg

Auszug aus einem längeren Aufsatz des Autors „Bewältigt Deutschland diese bedrohliche Entwicklung? Die Geschichte nicht außer acht lassen“

Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel

aus Falkensee begeht am 8. Dezember seinen 80. Geburtstag. Wir gratulieren Dir, lieber Reinhard, sehr herzlich und sagen Dank für die Arbeit, die Du als Leiter der „RotFuchs“-Gruppe leistet, für Deine Vortragstätigkeit in unseren Regionalgruppen zu Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes und Dein Engagement im Zusammenwirken mit den örtlichen Gliederungen linker Parteien und Organisationen. Wir wünschen Dir weiterhin viel Energie und Gesundheit.

Warum die AfD keine Friedenspartei ist

Die extrem rechte Alternative für Deutschland (AfD) inszeniert sich seit etwa einem Jahr immer vehementer als Friedenspartei – ja zum Teil sogar als die vermeintlich einzige Friedenspartei. So schreibt etwa der AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen auf seiner Homepage: „Die AfD ist die einzige Partei im Bundestag, die sich für Frieden einsetzt und ein Konzept vorgelegt hat, wie er zu erreichen ist und was Deutschland dazu beitragen kann.“

AfD für Aufrüstung

Selbstvergewisserung für die Rolle als vermeintliche Friedenspartei zieht die AfD dabei v.a. daraus, daß sie Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Rußland kritisiert. Was sie hingegen nicht kritisiert: die für die BRD beispiellose Aufrüstung, die aktuell im Gange ist. In dieser Frage ist die AfD gespalten. Bei der Abstimmung über das 100 Milliarden Euro umfassende Sondervermögen für die Bundeswehr Anfang Juni 2022 stimmten 33 AfD-Abgeordnete mit Ja, 35 mit Nein, bei sechs Enthaltungen. Eine klare Kritik an Aufrüstung ist von der AfD nicht zu erwarten. In ihrem Parteiprogramm fordert sie unter dem Punkt „Bundeswehr stärken“ eine Aufrüstung der Bundeswehr, da diese angeblich „nur noch bedingt einsatzbereit“ sei. Damit beteiligt sie sich an dem Märchen der vermeintlich „kaputt gesparten Bundeswehr“, das ansonsten vor allem von der Rüstungsindustrie und allen etablierten Parteien erzählt wird.

AfD braucht das Militär

Eine grundlegende Kritik des Militarismus oder der Bundeswehr sucht man in den Verlautbarungen der AfD vergeblich. Dies ist nicht verwunderlich. Eine beinahe symbiotische Beziehung mit dem Militär ist ein wesentliches Kennzeichen des Faschismus. So beinhalten faschistische Fantasien das Militär als Garant für den Machterhalt, als Instrument zur imperialen Ausdehnung, als Vorbild zur Strukturierung von Partei und Gesellschaft sowie als Ästhetik, die sich in militaristischen Massenaufmärschen ausdrückt. Der AfD geht es nicht um Antimilitarismus und auch nicht darum, die Durchsetzung nationaler Interessen durch Waffengewalt grundsätzlich zu verurteilen. Auch bei der Mandatierung von Bundeswehreinheiten kritisierte die AfD diese nie grundsätzlich; vielmehr lautete die Kritik in aller Regel, daß die Einsätze nicht dem nationalen Interesse dienen würden. In ihrem Parteiprogramm schreibt die AfD, sie befürworte Auslandseinsätze „nur, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden“. Eine grundlegende Kritik an Auslandseinsätzen der Bundeswehr leistet die AfD nicht.

Soldatenpartei

Das hat seine Gründe. Schon seit ihrer Gründung stellte sich die AfD als selbsternannte „Soldatenpartei“ dar. In den ersten 18 Monaten im Bundestag stellte die AfD 40 Anfragen mit bezug zur Bundeswehr und forderte regelmäßig eine Aufrüstung des Militärs.

Schätzungen zufolge waren 2019 von den 35 000 AfD-Mitgliedern 2100 Berufssoldaten. Auch unter den Funktionsträgern der AfD finden sich auffällig viele ehemalige und aktive Soldaten. Der ehemalige Landesvorsitzende der AfD in Brandenburg, Andreas Kalbitz, war vor seiner (mittlerweile vorerst beendeten) politischen Karriere Ausbilder der Fallschirmjäger in Altenstadt. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Jan Nolte war ebenfalls Berufssoldat. Für die AfD sitzt er seit 2017 im Verteidigungsausschuß. Auch der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Peter Felser war früher Offizier und unter anderem im Auslandseinsatz in Bosnien eingesetzt – gemeinsam mit dem rechtsintellektuellen Strippenzieher Götz Kubitschek, der der AfD ebenfalls sehr nahesteht und als ihr Vordenker gilt. AfD und Bundeswehr entstammen also dem selben Milieu. Außerdem ist es Teil einer rechten Strategie, Soldaten als Teil des Gewaltmonopols auf die eigene Seite zu ziehen – zum Teil verbunden mit Aufrufen zum Umsturz. Bereits 2015, auf dem Höhepunkt des langen Sommers der Migration, rief der Herausgeber des extrem rechten Compact-Magazins Jürgen Elsässer deutsche Soldaten auf, zu den Waffen zu greifen und „selbst aktiv“ zu werden: „Wartet nicht auf Befehle von oben! Diskutiert die Lage mit Euren Kameraden und werdet selbst aktiv! Nur Ihr habt jetzt noch die Machtmittel, die von der Kanzlerin befohlene Selbstzerstörung zu stoppen.“ Auch der AfD-Hardliner Björn Höcke betrachtet Teile von Militär, Polizei und Verwaltung als wichtigen Bestandteil seiner neofaschistischen Revolutionsfantasien. Im von ihm verfaßten Buch „Nie zweimal in denselben Fluß“ beschreibt der Neonazi, wie dies gelingen sollte: Neben den zwei „Fronten“ auf der Straße und im Parlament (gemeint ist die AfD) sei auch noch eine dritte „Front“ wichtig, um das System zu stürzen. Diese bestehe aus „frustrierten Teilen des Staats- und Sicherheitsapparates“. Dementsprechend verwundert es auch nicht, daß Teile der AfD immer wieder die Nähe zu rechten Soldaten unter Terrorverdacht suchten.

Bekanntnis zur NATO

In ihrem Parteiprogramm bekennt sich die AfD klar zur NATO. Diese entspreche „den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands“. Sie befürwortet auch die deutsche Aufrüstung im Rahmen der NATO, „um auf diesem Weg mehr Gestaltungsmacht und Einfluß zu entfalten.“ Hier lassen sich jedoch Spaltungslinien innerhalb der AfD ausmachen. Bei der Europawahlversammlung im Juli 2023 forderten sieben AfD-Landesvorsitzende, unter ihnen Björn Höcke, eine Abkehr von der NATO, die von ihnen als vermeintlicher „Schutzschirm eines fernen Hegemons“ bezeichnet wurde. Der Antrag wurde deutlich abgeschwächt. In der Prämambel des Europawahlprogramms steht nun: „Jegliche Dominanz außereuropäischer Großmächte in der europäischen Außen- und

Sicherheitspolitik lehnen wir ab.“ Die europäischen Staaten sollten stattdessen aufrüsten, um ohne die USA wehrhaft zu sein.

Nähe zu Putins Rußland?

Konsequenter Antimilitarismus (oder gar Pazifismus) scheint also nicht die Motivation der AfD zu sein, gegen Waffenlieferungen in die Ukraine zu stimmen. Vielmehr scheint die Motivation aus einer gewissen Sympathie für Putins Rußland erklärbar, die zumindest in Teilen der AfD vorherrscht. Das Thema ist jedoch innerhalb der radikalen Rechten in Deutschland sehr umstritten. Während die Neonazi-Kleinpartei „Der III. Weg“ mit der Ukraine sympathisiert, scheint sich innerhalb der AfD der pro-russische Flügel durchgesetzt zu haben. So lobte Hans-Thomas Tillschneider, der für die AfD im Landtag Sachsen-Anhalt sitzt, in Rußland, „eine in der Tradition verwurzelte Lebensweise, die sich mehr und mehr als Gegenentwurf zur traditions-, identitäts- und geschlechtslosen Regenbogengesellschaft des Westens begreift.“ Den Westen hingegen sieht er als „Regenbogenimperium“, gegen das Rußland und die AfD gemeinsam kämpfen würden. Auch für Björn Höcke ist Rußland der „natürliche Partner unserer Arbeits- und Lebensweise“. Auch er sieht eine Dichotomie zwischen einem angeblichen „Regenbogenimperium“ einerseits und dem „traditionellen Osten“ andererseits. Seine Sympathie liege in dieser Frage klar bei Rußland.

Kein Frieden mit der AfD!

Insgesamt läßt sich die Selbstdarstellung der AfD als Friedenspartei als durchschaubarer Versuch entlarven, aus der allgemeinen Kriegsstimmung in der Bundesrepublik Kapital zu schlagen. Mit der tatsächlichen Programmatik hat diese Selbstdarstellung wenig zu tun: Die AfD steht für Aufrüstung, Militarismus, Nähe zum Militär, Kontakte zu rechten Netzwerken in der Bundeswehr, ein Bekenntnis zur NATO, das nur durch latenten Antiamerikanismus relativiert wird, und Sympathie mit dem russischen Angriffskrieg. Genau hier muß auch die antimilitaristische Kritik an der Darstellung der AfD als vermeintliche Friedenspartei ansetzen. Die AfD muß genauso als Kriegstreiber-Partei benannt werden wie CDU, FDP, SPD und Grüne auch.

Alexander Kleiß
Redaktionell gekürzt
Aus: IMI-Analyse 2023/48

„Wir wollen nicht
kriegstüchtig werden“

Das erklärten mehrere ver.di-Bezirke, darunter Frankfurt am Main, Stuttgart und Südhessen, die zur massenhaften Teilnahme an der Friedensdemo am 25. November in Berlin aufgerufen hatten.

Wünsch Dir was ...

Hat das Grundgesetz (GG) eine antikapitalistische Tendenz, transportiert es einen antifaschistischen Konsens, weist es über sich hinaus? Kurze Notizen zu drei enttäuschten Hoffnungen.

Art. 15 GG hat für Sozialisten einen verheißungsvollen Klang: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Der Haken: Immer wenn es im Kapitalismus ans Privateigentum (Art. 14 GG) und damit ans Eingemachte unserer Wirtschaftsordnung geht, türmen sich schier unüberwindbare Hürden auf. Vor über zwei Jahren ging in Berlin der „Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen“ (Deutsche Wohnen & Co) ins Ziel. Und weil Art. 15 GG seit 1949 (außer einem mißglückten Versuch in Hessen in den 50er Jahren) nicht ein einziges Mal zur Anwendung kam, bestellte der Berliner Senat erst mal eine hochkarätige Expertenkommission. Die brauchte 15 Monate, um auf 158 Seiten zu erläutern, ob das überhaupt zulässig ist. Immerhin: „Ein Vergesellschaftungsgesetz steht tatbestandlich im Einklang mit den in Art. 15 GG ausdrücklich genannten Voraussetzungen.“ Welche Entschädigung aus Steuermitteln gezahlt werden muß, orientiere sich am Verkehrswert, es könne aber auch „die Belastbarkeit des Landeshaushalts“ relevant für die Entschädigungshöhe sein. Unabhängig davon, wann dies alles umgesetzt werden wird, bleibt die Frage, was diese „Vergesellschaftung“ eigentlich vom „marktwirtschaftlich üblichen“ Abverkauf von Immobilien unterscheidet. Da wird kein Unternehmen enteignet oder gar sozialisiert, da gehen Wohnimmobilien von einem auf den anderen Eigentümer über, da schlägt ein Monopolist sanierungsreife Schrottimmobilien rentierlich los. Anstatt Kaufvertrag heißt es Gesetz, anstatt Kaufpreis heißt es Entschädigung. Geschuldet ist dies dem Verhältnis von Regel (Eigentumsgarantie Art 14 GG) und Ausnahme (Art. 15 GG). Auch wenn die den Interessen des Finanzkapitals verpflichtete FDP seit Jahrzehnten – zuletzt 2019 – unablässig Initiativen für die Streichung des Art. 15 GG ergriffen hat, sollte man sich hüten, die Bedeutung dieser Norm zu überhöhen und in ihr ein antikapitalistisches Kleinod oder gar ein Ticket zur Reise in den Sozialismus zu sehen. „Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung ist zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche“, liest man in einer Entscheidung des BVerfG vom 20. Juli 1954. Auch kein Grund zur Hoffnung: Solange das Privateigentum strafbewehrt geschützt wird, selbst wenn es keinen „wirtschaftlichen Wert“ oder „objektiv meßbaren Substanzwert“ hat (Strafbarkeit des Diebstahls weggeworfener Lebensmittel, Beschluß vom 5. August 2020,

2 BvR 1985/19) bleibt's bei der alten Ordnung.

Art. 139 GG ist eine schillernde Norm, die juristisch wie politisch für allerlei Spekulationen gut ist. Vom Wortlaut eher nüchtern („Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt“) war sie für den marxistischen Rechtstheoretiker Wolfgang Abendroth (1906–1985) ein das gesamte Grundgesetz prägendes Bekenntnis „zur Gedankenwelt der Befreiung von Nationalsozialismus und Faschismus und deren rechtlicher und politischer Fixierung“, eine antifaschistische

Herrschaftssysteme sowie rassistische und antisemitische Aktivitäten nicht zuzulassen“. Wie es zu Art. 139 GG kam, ist ebenso schnell erzählt, wie dargelegt ist, weshalb er inzwischen juristisch zu einer leeren Hülle geworden ist. Während der Sitzungen des Parlamentarischen Rats 1948 tat sich ein Problem auf: Einerseits sollte durch Art. 5 GG Meinungsfreiheit gewährt werden, gleichzeitig war man gezwungen, die Anti-Nazi-Dekrete des alliierten Kontrollrats (Direktiven 24, 38, Kontrollratsgesetze 2, 5 und 10) zu beachten. Diese stellten die Verbreitung und Wiederbelebung nationalsozialistischer Gedankenguts unter Verbot und lagen damit zum Teil quer zu Art. 5 GG. Eine Übergangsvorschrift mußte



Demonstration für den Volksentscheid in Berlin

Grundnorm also. Eine Vorstellung, die in weiten Teilen der Linken heute noch verbreitet ist. So forderte z.B. die Lehrgewerkschaft (GEW) in einem Flugblatt vom 20. Januar 2022 „die konsequente Umsetzung des Art. 139 GG“ mit dem Ziel des Verbots aller neonazistischer Organisationen. In gleiche Horn stieß die Erklärung der Bundesregierung vor der UNO (1970), wonach „das ausdrückliche Verbot von neonazistischen Organisationen“ aus dem Grundgesetz folge und die von den „Alliierten und deutschen Behörden zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus in Kraft gesetzte Gesetzgebung auch weiterhin in Kraft ist“. Glaubt man hingegen dem Bundesverfassungsgericht (Beschluß vom 4.11. 2009 - 1 BvR 2150/08), „kennt das Grundgesetz kein allgemeines antinationalsozialistisches Grundprinzip“. In Art. 37a der Landesverfassung Sachsen-Anhalts wiederum liest sich das ganz anders: Hiernach sind „die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischer Gedankenguts, die Verherrlichung des nationalsozialistischen

her, in der die Fortgeltung des Besatzungsrechts („Befreiungsgesetze“) festgeschrieben war. So kam es zu Art. 139 GG. In der Zeit von 1951 bis 1955 wurden nach und nach in den Bundesländern einzelne „Gesetze zur Beendigung der Entnazifizierung“ verabschiedet und damit die antifaschistischen Direktiven außer Vollzug gesetzt. Die letzte Direktive fiel 1955 durch das Gesetz Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission. Damit war Art. 139 GG der Boden entzogen. Seine verbliebene Hülle ist nur der Widerschein des Vergangenen. Eine Reminiszenz, aus der heute weder ein juristischer noch ein politischer Anspruch im Kampf gegen alte und neue Nazis abgeleitet werden kann. Sich auf Art. 139 GG zu berufen, schürt dagegen nur die Illusion, das Grundgesetz von heute sei jenes, das am 8. Mai 1949 verabschiedet wurde.

Es gehört zu den Besonderheiten des deutschen Grundgesetzes, daß es mit Art. 146 eine quasi testamentarische Bestimmung aufweist, die sein verfassungsrechtliches Ableben regelt. In der 1948 vom Parlamentarischen Rat beschlossenen Fassung, in

Kraft von 1949 bis 1990, lautete sie: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. 40 Jahre bundesdeutscher Rechtsauslegung verfestigten die Vorstellung, daß mit einer wie auch immer gearteten „Wieder-“Vereinigung der beiden deutschen Staaten das Provisorium „Grundgesetz“ durch eine aus einer Volksabstimmung hervorgegangene Verfassung abgelöst werden würde. Zugleich war in Art. 146 GG – wie auch im letzten Satz der bis 1989 geltenden geltenden Präambel – programmatisch das Lebenselixier des westdeutschen Revanchismus niedergelegt. Um so befremdlicher, daß 1989, also just, als der historische Moment zur Ablösung des Grundgesetzes eintrat und sich der westdeutsche Kapitalismus am Ziel seiner Wünsche wähnte, von Art. 146 GG keine Rede mehr sein sollte. Altkanzler Helmut Kohl betonte noch am 11.2.1990 im ZDF, es gäbe in den letzten 40 Jahren auch Entwicklungen in der DDR, die „es sich sehr lohnen“ würde anzusehen („Ich bin ganz und gar dagegen, eine Position einzunehmen, die auf Anschluß hinausgeht“). Keinen Monat später,

am 6.3.1990, war von der CDU-geführten Bonner Regierungskoalition zu hören, der „Königsweg zur deutschen Einheit“ verlaufe über einen „Beitritt“ des DDR-Staatsgebietes – analog dem Anschluß des Saarlandes 1957. Der Schlüssel zur Annexion lag somit in Art. 23 GG. Eine Volksabstimmung hatte sich erledigt. So kam es, daß das Grundgesetz zum zweiten Mal installiert wurde, ohne daß das Volk (anders wie 1948/1949 und 1968 in der DDR) darüber abstimmen konnte. Stattdessen folgte am 23. August 1990 ein zweizeiliger Beschluß der bereits eingenordeten Volkskammer. Es hätte nun der Logik entsprochen, Art. 146 GG ersatzlos zu streichen. Stattdessen änderte man den Wortlaut. Das Grundgesetz galt „nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk“. Sein formelles Überleben verdankte Art. 146 GG einem Zwist zwischen SPD und CDU. Die SPD stimmte zwar der Annexion zu, wollte aber die Option der Volksabstimmung offenhalten. Hinzu kam Art. 5 des Einigungsvertrags. Er regelte, daß zukünftige Regierungen die Frage einer Volksabstimmung über die Verfassung klären sollten. Das kleine Volksabstimmungs-Feigenblatt überlebte

juristisch, politisch war es am 14. Mai 1991 tot. Der damalige CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble erklärte an diesem Tag: „Wir haben den Weg des bisherigen Art. 23 GG erfolgreich beschritten. Eine Verfassungsneuschöpfung wird es mit uns nicht geben, auch keinen Umbau und keine Totalrevision. Eine extra gegründete 64-köpfige „Gemeinsame Verfassungskommission“ zur Erarbeitung der Modalitäten einer künftigen Volksabstimmung stellte kurz später sang- und klanglos ohne ein Ergebnis ihre Arbeit ein. Verfassungsrechtlich sei Art. 146 GG heute erledigt, hört man unisono den Chor der konservativen Staatsrechtler. Es gäbe „weder ein(en) Auftrag, noch eine außerordentliche Ermächtigung zu einer Revision des Grundgesetzes oder zu seiner Ersetzung durch eine neue Verfassung“, stellt der Münchener Staatsrechtler Peter Badura fest. Sein Kollege Horst Dreier glaubt dagegen an die Wiederbelebung eines Tages – wenn „fundamentale Verfassungskrisen, grundstürzende Umbruchsituationen oder gravierende Wandlungsprozesse“ ins Haus stünden. Ganz falsch liegt er da nicht. Man wird sehen.

Dr. Ralf Hohmann

Ausbau des Überwachungsapparats, Abbau von Verteidigungsrechten, Bewaffnung der Polizei

Gesetzesnovellen seit 2017

- * Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens“ (ÜbwRÄndG) vom 17. August 2017.
- * „Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens“ (StraVMoG) vom 10. Dezember 2019.
- * „Sechzigstes Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Erweiterung der Strafbarkeit nach den §§ 86, 86a, 111 und 130 des Strafgesetzbuches bei Handlungen im Ausland“ 60. StGBÄndG) vom 30. November 2020.
- * April 2021 „Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Haßkriminalität“, Erweiterung der §§ 126,188 StGB sowie des § 140 StGB (bestraft wird nun auch die Billigung einer in der Zukunft (!) liegenden Straftat).
- * „Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes gegen sogenannte Feindeslisten und Verbesserung der Bekämpfung verhetzender Inhalte, Propagandamittel und Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen“ vom 22. September 2021.
- * Neufassung des Paragraphen 130 StGB, Einfügung des neuen Abs. 5, in Kraft getreten am 9. Dezember 2022

Polizeirecht der Länder

- * Bewaffnung durch Handgranaten und andere Explosivmittel, zum Teil auch Maschinenpistolen: Bayern, Baden-Württemberg 2017, Sachsen 2018, Brandenburg 2019.
- * Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum: Baden-Württemberg 2017, Bayern 2018, NRW 2018, Sachsen und Niedersachsen 2018, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern 2019.
- * Präventivüberwachung der Telekommunikation: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern 2017, Hessen, NRW und Niedersachsen 2018, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern 2019.
- * Rasterfahndung: Bayern 2018, Mecklenburg-Vorpommern 2019, * Online-Durchsuchung: Rheinland-Pfalz 2017, Bayern, Niedersachsen und Hessen 2018, Mecklenburg-Vorpommern 2019,
- * Ausweitung von Aufenthaltsvorgaben, Kontaktverbot, elektronische Fußfessel: Bayern und Baden-Württemberg 2017, Hessen, NRW, Sachsen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt 2018, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern 2019.
- * Ausbau des Präventivgewahrsams, je nach Bundesland mit einer Dauer von zwei Tagen bis zwei Monaten, seit 2017

Anstehende Verschärfungen

- * Ausrüstung der Bereitschaftspolizei mit Taser-Waffen und Bodycams. Überwachung von Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen durch Drohnen und Identifikation der Teilnehmer durch Gesichtserkennungssoftware
- * Whistleblower-Gesetz vom 2. Juli 2023: Behörden und Unternehmen ab 50 Mitarbeitern müssen Meldestellen schaffen, die anonymisierte Meldungen zu vermeintlichen strafbarem, ordnungswidrigem oder auch nur belästigendem Verhalten entgegennehmen und bearbeiten.
- * EU-Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act) (vermeintlichen Haßreden oder anderen „illegalen Inhalten im Netz“ soll Einhalt geboten werden). Folge: Online- und Account-sperren, 16. November 2022
- * Gesetz zur schnelleren Entfernung von Extremisten aus dem Beamtendienst (2023).
- * Gesetz zur Beschleunigung der Entfernung von verfassungsfeindlichen Soldatinnen und Soldaten aus der Bundeswehr (2023).
- * Gesetzentwurf zur Änderung des Richtergesetzes (§ 44a Abs. 1 DRiG): Laienrichter (Schöffen), die „keine Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“ einzutreten, werden ihrer Aufgaben enthoben (2023).

Krise Made in Germany

Zeitenwende 2023? Bundesregierung und bestellte Berater reden sich die Lage schön. Wirtschaftliche Rezession soll zu Lasten der Rentner und anderer Länder bekämpft werden.

Was auch immer das Statistische Bundesamt im kommenden Frühjahr verkünden mag: Deutschlands Wirtschaft steckt in der Krise. Die nach nominellem Bruttoinlandsprodukt (BIP) viertgrößte Volkswirtschaft der Erde wird im abgelaufenen Jahr nicht gewachsen, sondern geschrumpft sein. Etwa um ein halbes Prozent im Vergleich zu 2022. Das klingt minimal. Doch es geht in Geld ausgedrückt um eine beträchtliche Summe: Nämlich knapp 20 Milliarden Euro. Die wird fehlen.

Eine „kleine“ Rezession ist in Zeiten ökonomischer Turbulenzen kein Beinbruch. Wenn allerdings von den acht wirtschaftlich stärksten Staaten weltweit alle anderen beim BIP nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zulegen und nur der bisherige Exportgigant Deutschland schwächelt, stellt sich auch Nichtökonomien die Frage: Was ist los mit dem Zugpferd (und Goldesel) der EU?

Die Antworten darauf fallen – je nach Interessenlage der Befragten – unterschiedlich aus. Da die „Ursachenforschung“ der aktuellen Bundesregierung erfahrungsgemäß kein Maßstab sein kann, fragen wir lieber ihr wichtigstes ökonomisches Beratungsorgan: Den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Das Gremium, auch als die „Wirtschaftsweisen“ bekannt, versuchte sich in seinem am 8. November vorgelegten Herbstgutachten an der Beantwortung der heiklen Fragen.

Am Problem vorbeigeredet

Doch auch das allgemeine Fazit des Rates war so schwammig, wie wir es von Regierung und öffentlich-rechtlichen Medien gewohnt sind. Die Berater warnten vor strukturellen Schwächen. Genannt wurden zu wenig Investitionen und ein zunehmender Bedarf an Arbeitskräften. Als politisch-korrektes Häppchen fügten die „Weisen“ noch an, daß es zu wenig junge, innovative Unternehmen gebe – was immer sie darunter verstehen.

Das Gejammer wegen eines Fachkräftemangels ist nicht neu. Nur, wo sollen sie herkommen. Gut ein Drittel eines Jahrgangs studiert. 2021 zählten die Bundesstatistiker mehr als doppelt so viele Studentinnen und Studenten (2,9 Millionen) wie Auszubildende (1,3 Millionen). Auf zehn angehende Akademiker kamen lediglich rund vier Auszubildende. Wenn die Facharbeiter fehlen, läuft nichts in der Wirtschaft. Den größten Block unseres akademischen Nachwuchses bilden aktuell künftige Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, rund 1,13 Millionen. Lediglich rund 0,76 Millionen haben sich den Ingenieurwissenschaften verpflichtet. Letztere sollen dann wohl die „junge, innovativen Unternehmen“ gründen. Assiiert – oder behindert – von fast doppelt sovielen künftigen Anwälten, Betriebswirten oder Beratern jeglicher Couleur. Und dabei ist

noch kein Wort zur Qualität der jeweiligen Ausbildung gesagt.

Zurück zum Beratergremium. Nach Ansicht der fünf sachverständigen Professoren drohe nicht nur eine Konjunkturdele – laut ihren Schätzungen wird das BIP „nur“ um 0,4 Prozent zurückgehen – sondern eine über Jahrzehnte anhaltende Wachstumsflaute. „Die konjunkturelle Erholung in Deutschland verzögert sich“, sagte laut Medienberichten die Vorsitzende des Sachverständigenrats, Monika Schnitzer bei der Präsentation des Gutachtens. Und wo liegen die Ursachen?

bewiesen die Gutachter zeitgemäße Kreativität bei Lösungsvorschlägen. Deren ausgemachter Problembär ist nämlich der gemeine Rentner. Davon gibt es nach Ansicht der Sachverständigen anscheinend zu viele. Aber was haben Rentner mit der Konjunktur zu tun? Konsumieren sie nicht genug – oder fehlt ihnen die nötige Liquidität? Fragen über Fragen.

Jedenfalls seien die mittelfristigen Wachstumsaussichten auf einem historischen Tiefstand, äußerte eine weitere Expertin, Veronika Grimm. Die Dame ist in diesem Jahr vor allem



Die Bundesregierung ordnet an: Wind und Sonne haben die Energie für die deutsche Industrie zu liefern

Ursachen verschwiegen

Diese zu erkennen und genau zu adressieren, ist bekanntlich der wichtigste Punkt, um – wenn gewollt – die politischen Rahmenbedingungen so zu verändern, daß die Wirtschaft wieder wächst. Und genau da werden die Antworten der „Weisen“ so schwammig und „deutend“ wie die der Mainstream-Medien. Man nennt die Energiekrise und ihre Folgen, nicht zu vergessen die Inflation. Und dann seien auch noch die Zinsen gestiegen – was Investitionen knapp werden und die Bautätigkeit zurückgehen lasse. Also, wie so oft hängt nichts mit nichts zusammen. Wer und was aber hat die Energiekrise verursacht? Ist nicht deshalb die Inflation auf Touren gekommen und die Zentralbank mußte die Leitzinsen erhöhen? Waren es nicht rein politische Weichenstellungen, die die Lawine losgetreten haben?

Na gut. Man darf von Gremien dieser Art nicht unbedingt Mut verlangen. Dafür

deshalb bekannt geworden, weil sie bei einer Fernsehdiskussion gemeint hatte: Wir bräuchten eine Zuwanderung von 1,5 Millionen pro Jahr. Sie vergaß anscheinend hinzuzufügen, wie und wo sie die zuwandernden Fachkräfte, die etwa der Einwohnerzahl von zehn mittleren Großstädten entspricht, unterbringen will. Von Kitas, Schulen, Arztpraxen, Krankenhäusern und der endlosen Liste von Infrastruktur sowie organisatorischen und bürokratischen Funktionalitäten ganz zu schweigen.

Ja, Frau Grimm, Zuwanderung ist toll. Wir klauen einfach den anderen Ländern ausgebildete Fachkräfte. Haben wir ja schon immer gemacht. Allerdings nicht in aberwitzigen Dimensionen. Doch die Wirtschaftsweise macht es sich einfach: „Die Entwicklung ist natürlich nicht in Stein gemeißelt, aber es zeigt sich deutlich, es sind zeitnah wirtschaftspolitische Entscheidungen notwendig, die Wachstumsaussichten zu verbessern“, wird Frau Grimm in Medien zitiert.

Rentner schröpfen, Pensionäre schonen?

Zurück zu den Rentnern, der Rente und den Quantitäten. Viel zu lange habe die Politik das Problem der demografischen Entwicklung ignoriert, erboste sich der Sachverständige Martin Werding. Da seien etwa die „Babyboomer“, die nicht mehr arbeiten und gleichzeitig wegen der höheren Lebenserwartung immer länger Rente beziehen würden. Könnte man nicht das Rentenalter noch ein bißchen anheben? Und das auch noch mit der steigenden Lebenserwartung verknüpfen? Als eine Art Altersstrafe fiel dem Professor ein, daß ein Jahr länger leben zur Folge haben solle, daß man acht Monate länger arbeitet. Zu den – deutlich höheren – Bezügen der Pensionäre wurde kein Experimentiervorschlag erwähnt. Vielleicht, weil die Professoren sonst um ihre eigene Altersversorgung bangen müßten?

Die Weisheiten gehen allerdings weit über die Rentenfrage hinaus. Deutschland habe nicht nur ein Problem mit der Alterung der Gesellschaft. Auch die Industrie sei nicht mehr so ganz fit. Es wurde dem Gremium zufolge zu wenig modernisiert. Daher seien Investitionen von entscheidender Bedeutung. Eine Binsenweisheit? Es war nicht die einzige. Nach Ansicht von Ratsmitglied Ulrike Malmendier seien die Deutschen nämlich eher langweilige Sparer. Sie sollten aber besser an den Kapitalmarkt gehen. Mehr Investitionen dort schaffen mehr zukunftsträchtige Unternehmen, so die US-Professorin.

Nun ist es gewiß nicht das ursprüngliche deutsche Sozialsystem, das Fortschritt verhindert. Eher seine experimentelle Überdehnung für allerlei andere Zwecke. Eine „Amerikanisierung“ der BRD-Gesellschaft scheint zwar auch der Regierung angenehm zu sein, aber mit sozial-ökonomischen Fortschritt kann das US-System leider nicht brillieren. Zumindest, wenn man

hinter die Glitzerfassade schaut. Da mutet der Aufruf der Wirtschaftsweisen, auch junge Menschen bereits auf dem Aktienmarkt „üben“ zu lassen, doch recht merkwürdig an. Der Staat solle ihnen etwa zehn Euro im Monat geben, die sie dann – unter Aufsicht von Schule und Eltern – in breit angelegte Aktienfonds zu investieren. Ein Volk von Zockern und Brokern macht sich in die Zukunft auf.

Lebensader Energieversorgung

Vielleicht sind solche Ideen auch keine Vorschläge, sondern Antworten darauf, warum in der BRD gerade so viel schief läuft. Beispielsweise bei grundlegenden Kenntnissen des Kapitalismus. Es hatte sich Mitte des Jahres bis in Regierungskreise hinein herumgesprochen, daß Energie die Lebensader der Industrie ist. Und preisgünstig, wie die aus russischem Gas, einen Konkurrenzvorteil deutscher Unternehmen bedeutet hatten. Der ist nun futsch. Um das eigene Versagen zu verschleiern, drucksten Kanzler Scholz und Wirtschaftsminister Habeck lange Zeit herum. Lieber verwiesen sie auf die helle grüne Zukunft, in der wir aus Sonne und Wind Wasserstoff produzieren, der so billig sein werde, daß wir ein neues Wirtschaftswunder erleben dürfen.

Letztere „Erzählung“ gilt offiziell weiter. Aber eher als Durchhalteparole, nicht als realistisches Ziel. Jetzt wird – trotz grüner Propaganda – US-Fracking-Gas verfeuert. Das wurde aus der nordamerikanischen Erde herausgepreßt, verflüssigt, über den Großen Teich gekarrt, an neu gebauten Terminals entladen, an die deutschen Verbraucher geliefert oder in die Gasspeicher gepumpt. Grün ist das nicht, billig schon gar nicht, und so energieintensiv, daß es sich kaum rechnet. Der in Deutschland erzeugte Strom jedenfalls ist extrem teuer – dreimal so kostspielig für Unternehmen, wie in den

USA. Stahlerzeuger, Zementhersteller, Kupfer- oder Aluminiumhütten können in der BRD so nicht mehr konkurrenzfähig produzieren. Was also tun?

Nach langem Hin und Her einigte sich die Regierung darauf, die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe deutlich zu reduzieren. Und 350 super wichtige energieintensive Konzerne bekommen noch eine Schippe drauf. Die könnten dann auf sechs Cent pro Kilowattstunde kommen – und auf geht's wieder mit der Konjunktur, verlauteute aus Habecks Ministerium. Doch damit ist keines der Probleme gelöst. Denn eine Dauersubventionierung kann der Staat weder durchhalten, noch darfer das den EU-Regeln nach. Auch stellt sich die Frage, wer das bezahlt. Und es geht am Problem, warum Deutschland eine Energiekrise hat, vorbei. Der „Sanktionsschock“ (also die Wirtschaftskriegsattacken gegen Rußland) allein hätte diese Wirkung nicht haben können. Aber gleichzeitig wurde ja die „Energiewende“ exekutiert. Und zum Jahresbeginn sollen die CO2-Steuern weiter drastisch steigen. Die Regierung – und auch deren Berater – wollen sich partout nicht ehrlich machen. Denn Fakt ist, daß erneuerbare Energien weder zum Nulltarif, noch besonders günstig zu haben sind. Auch ist das Problem ihrer unsteten Verfügbarkeit nicht gelöst. Dennoch wurden die letzten Atommeiler abgeschaltet, eine Streckung der Laufzeit abgelehnt und die vorhandene Energie durch CO2-Bepreisung erheblich verteuert. Die immer wieder von Regierung und Medien verkündete Botschaft, daß mit dem weiteren Ausbau der „Erneuerbaren“ der Strompreis sinken werde – irgendwann – beruht eher auf Wunschdenken. Ein Sinken würde voraussetzen, daß alle Industrieländer weltweit ein ähnliches Energiewende-Konzept verfolgen. Tun sie aber nicht.

Klaus-Dieter Fischer



BUSINESS AS USUAL*

Schönzurechnen, schönzureden,
Bis zum Traumziel „Garten Eden“,
Ist ein Aktionärsprogramm:
„Oben reich und unten klamm“.

Alle Schleusen aufzuhebeln,
Um die Szene einzunebeln,
Braucht es weder Trick noch Troll,
Wenn es funktionieren soll.

Tageszeitung „Bild“, stets willig,
Jubelt: „Deutscher Herbst wird billig!“
Wahrheit: Klarheit im Gelände:
Teuerungen ohne Ende!

Energiepreis brettert weiter.
Einkommen braucht keine Leiter.
Vorgang, nach Gehabtmethode:
Dummverkauf bleibt weiter Mode!

Lutz Jahoda

*Geschäft wie üblich.
Inspiriert vom Beitrag *Teuerung ohne Ende* von Sebastian Edinger, Seite 8 der *Wochenendausgabe junge Welt* / 30. September / 1. Oktober 2023

Walter Ulbrichts Überlegungen zur Entwicklung des Sozialismus auf eigener Grundlage

Eine lohnende Debatte

(...) Die Debatte um die Hauptgesichtspunkte der von Walter Ulbricht unterstützten Konzeption des Aufbaus einer ausbeutungsfreien Gesellschaft unter den speziellen Bedingungen der deutschen Nachkriegssituation reißt bis heute nicht ab. (...) Denn die Praxis bestätigt, was schon Friedrich Engels vorausah: „Die sogenannte ‚sozialistische Gesellschaft‘ ist nach meiner Ansicht nicht ein für allemal fertiges Ding, sondern, wie alle anderen Gesellschaftszustände, als in fortwährender Veränderung und Umbildung begriffen zu fassen.“

Neues Sozialismusbild

Die von Ulbricht maßgeblich vertretene Sozialismuskonzeption hatte ihren Ursprung in den konkreten historischen Erfahrungen insbesondere der Sowjetunion, den Bedingungen, Möglichkeiten und Notwendigkeiten des sozialistischen Aufbaus in der DDR sowie den Erkenntnissen von Marx, Engels und Lenin. „Es ging um nicht weniger“, beschreibt Harry Nick die Situation, „als um ein anderes Sozialismusbild: Der Sozialismus solle nicht mehr (...) als relativ kurze historische Durchgangphase verstanden werden, in der die aus dem Kapitalismus überkommenen ‚Muttermale‘ Geldwirtschaft und Leistungsprinzip allmählich an Bedeutung verlore, wie in einem Fegefeuer abgezündert werden, um möglichst schnell zu den lichten Höhen des Kommunismus, zur eigentlichen kommunistischen Gesellschaft zu gelangen.“ Die SED folgte damit der Strategie des XXII. Parteitags der KPdSU im Oktober 1961 nicht. Ihre Gesellschaftsstrategie, die eine organische Verbindung der Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution mit der demokratischen Entwicklung des politischen Systems des Sozialismus in der DDR anstrebte, war nicht der Übergang zum Aufbau des Kommunismus, sondern die Entwicklung und Vervollkommnung des Sozialismus auf der ihm eigenen Grundlage. Auf dem VI. Parteitag der SED 1963 wurde das „Neue Ökonomische System“ (NÖS) auf den Weg gebracht, das später, wie Nick an anderer Stelle einschätzt, „in seiner zentralen Idee aus politischen Gründen scheiterte“.

Relative Selbständigkeit

Aus der These der „Entwicklung des Sozialismus auf eigener Grundlage“ ergab sich die These vom Sozialismus als einer „relativ selbständigen Gesellschaftsformation“. In schriftlicher Form tauchte sie zum ersten Mal im Juni 1967 im Artikel „Das ‚Kapital‘ – eine wissenschaftliche Gesellschaftsprognose“ von Nick auf. Die Formulierung, die nicht nur Nicks Idee war, wurde auch für das Referat empfohlen, das Ulbricht auf der Konferenz anlässlich des 100. Jahrestags des ‚Kapitals‘ im September 1967 halten wollte. Nick berichtet, daß kaum jemand damit rechnete,

daß Ulbricht sie übernahm. Dieser ging in seinem Referat von dem auf dem VII. Parteitag der SED formulierten strategischen Ziel aus, „das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten und so den Sozialismus zu vollenden“. Diese Zielstellung, hieß es weiter, verallgemeinere die Erfahrungen, die bei der Erfüllung des vom VI. Parteitag der SED beschlossenen Programms gesammelt wurden. Ulbricht bezeichnete es als „die wichtigste Schlußfolgerung“, zu der die Partei in diesem Zusammenhang gelangt sei, „daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab. Früher war es üblich, besonders ausgehend von Marx' Bemerkungen zum Gothaer Programm, den Sozialismus nur als Übergangsphase anzusehen, in der sich die Gesellschaft von den ‚Muttermalen‘ des Kapitalismus freimachen und die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die zweite Phase des Kommunismus schaffen muß. Es wurde wenig beachtet, daß der Sozialismus sich auf seiner eigenen Grundlage entwickelt. Die Bürde der kapitalistischen Vergangenheit erschwerte diese Einsicht.“

Gegenpositionen

In der „Prawda“ erschienen schnell die Einsprüche sowjetischer Ökonomen. Mit der sowjetischen Führung unter Leonid Breschnew hatte es sich Ulbricht gründlich verdorben, denn die Vorbildrolle der KPdSU und ihre Autorität wurden infrage gestellt. Auch in den eigenen Reihen stießen Ulbrichts Ausführungen auf Widerspruch, „wurden damit doch einige ‚heilige Kühe‘ geschlachtet und lang gehegte Illusionen zerstört“, wie Alfred Kosing zutreffend sagte. Erich Honecker führte im Bericht an den VIII. Parteitag der SED 1971 aus: „Zwischen Sozialismus und Kommunismus, die bekanntlich zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation sind, gibt es keine starre Grenzlinie. Auf der Grundlage der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und ihrer materiell-technischen Basis wächst die sozialistische Gesellschaft allmählich in die kommunistische.“ 1972 ging Honecker noch weiter und geißelte öffentlich die These vom „Sozialismus als relativ selbständiger Gesellschaftsformation“. Er erklärte, daß er selbst noch den Kommunismus zu erleben hoffe. All diese Kritik und dieses „Umschwenken“ bedeutete aber nicht, daß das Konzept der Vervollkommnung des Sozialismus auf eigener Grundlage und entsprechend seinen Gesetzmäßigkeiten, seine Formierung als organische Ganzheit, bis er „den ökonomischen, sozialen und geistigen Reifegrad erreicht hat, welcher den Übergang in die höhere Phase des

Kommunismus ermöglicht“ (Kosing), nunmehr aufgegeben wurde. Das war objektiv unmöglich.

Übergangsperioden?

Die Kernfrage, die maßgeblich ist und bleibt für die Strategie des Aufbaus des Sozialismus, ist eben die Entwicklung und Formierung des Sozialismus auf seiner eigenen Grundlage – ein langer und länger andauernder, bewußt zu gestaltender Prozeß. Diese Erfahrung und Erkenntnis darf nicht in Vergessenheit geraten. Und wer meint, mit der Ersetzung des Wortes „sozialistisch“ durch „kommunistisch“ das Problem der Dauer aus der Welt zu schaffen und der Revolution einen Dienst zu erweisen, der ändert an der gesellschaftlichen Realität gar nichts. Bertolt Brechts „Mühen der Ebenen“ haben eben einen Sinn. Wir kommen nicht umhin, die wissenschaftlichen Diskussionen, die zum Problem der Übergangsperiode, der Etappen des Sozialismus, der Dialektik des Sozialismus und der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR geführt wurden, auszuwerten, aufzugreifen und für die Analyse und Bewertung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu nutzen. Selbst wenn als Ausgangspunkt der Debatte nicht selten ein höherer Entwicklungsstand der Gesellschaft angenommen wurde, als er tatsächlich schon erreicht war, heißt das nicht, daß die theoretischen Schlußfolgerungen, die daraus gezogen wurden, falsch sein müssen.

Die von Ulbricht vertretene und geförderte Sozialismuskonzeption, das heißt, die Entwicklung des Sozialismus auf eigener Grundlage, hat zur Konsequenz, daß der Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht schlechthin mit dem Aufbau des Sozialismus als der ersten Phase des Kommunismus identifiziert werden kann. Die entscheidende, aber nicht alleinige Ursache für die in diesem Zusammenhang auch sichtbar werdende Mannigfaltigkeit der Entstehung und Entwicklung des Sozialismus, wie wir sie bereits kennen, ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Rahmen einzelner Staaten, ist die Ungleichzeitigkeit dieses Übergangs. Daraus ergeben sich die jeweiligen Besonderheiten. Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist die erste Entwicklungsetappe der sozialistischen Gesellschaft im jeweiligen Land. Trotz aller Vorzüge, welche die so existierende sozialistische Gesellschaft bereits gegenüber dem Kapitalismus besitzt, ist sie noch kein völlig gefestigter sozialer Organismus. Sie weist eine eigenständige sozialökonomische und politische Qualität auf, ist nicht einfach eine Mischung aus „Muttermalen des Kapitalismus“ und „Keimen des Kommunismus“. Es beginnt mit dem Abschluß der Übergangsperiode die Errichtung und Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Dieser Begriff,

so Kosing, widerspiegelt keinen „bestimmten Zustand der sozialistischen Gesellschaft (...), und schon gar nicht einen mehr oder weniger idealen Zustand, sondern eine qualitativ bestimmte Entwicklungsperiode der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation, die vor allem durch das Niveau der zu lösenden Aufgaben gekennzeichnet ist“. Weitere Perioden dürfen realistischerweise angenommen werden. Und es versteht sich, daß auch die Formierung des Sozialismus letztlich von der Ökonomie ausgeht.

Langer Atem

Mit der Diskussion der Dialektik des Sozialismus, der Widersprüche, die hier existieren, ergab sich zugleich ein anderer Strang der Debatte. „Müssen wir nicht“, warf Jürgen

Kuczynski die Frage auf, „auch die sozialistische Gesellschaft als einen Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft betrachten? Einerseits ist sie die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, andererseits aber auch eine Übergangsgesellschaft. (...) Ist es nun so erstaunlich, daß eine solche Gesellschaft, belastet noch mit den ‚Muttermalen des Kapitalismus‘ und sich in einer Welt entwickelnd, die noch zwischen Sozialismus und Kapitalismus geteilt ist, antagonistische Widersprüche enthält?“ Mag sein, daß manch einer sagt, das liegt für uns alles in weiter Ferne. Ich habe auch schon gehört: „Laß mal die Fachliteratur beiseite“. Nur – abgesehen von den konkreten Entwicklungen in den noch existierenden sozialistischen Ländern auf historisch

unterschiedlicher Stufe und in verdammt schwieriger Lage – sollten wir uns daran erinnern, daß für Marx die Kommunistische Partei ihrem Wesen nach eine „Partei im großen historischen Sinne“ war. Das Ansteuern des kommunistischen Ziels wird als eine grundsätzliche Frage behandelt, die mit keiner konkreten Frist verbunden ist. Gerade heute wissen wir: Es handelt sich um einen Kampf, der sich über viele Generationen hinzieht. Wie will man die Größe und Kompliziertheit dieses Kampfes verstehen, wenn man die „Fachliteratur“, damit auch die geschichtlichen Erfahrungen, beiseite läßt?

Herbert Münchow
Leipzig

Aus: UZ, Zeitung der DKP, 29.9.23

Was zu ergänzen wäre ...

Das Buch von Norbert Häring „Endspiel des Kapitalismus“ ist der Versuch einer Analyse des derzeitigen Kapitalismus. Der Autor hat eine Vielzahl von Fakten zusammengetragen und listet präzise die Folgen der gegenwärtigen neoliberalen Strategie auf, die zu einer dem Westen genehmen Weltordnung führte und diese auch künftig sichern soll. Vieles, was in dem Buch genannt wird, ist zu unterschreiben. Aber Norbert Häring möchte die bestehende Gesellschaftsordnung nicht verändern, sondern nur „menschlicher“ gestalten. Die Vorschläge Härings dazu greifen das eigentliche Problem des kapitalistischen Systems – den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit – nicht auf. Der private Besitz an Produktionsmitteln und der daraus durch menschliche Arbeit entstehende Mehrwert wird nicht thematisiert. Aber Kapitalismus bleibt Kapitalismus, auch wenn er sich, sofern es die jeweilige Situation erfordert, den Schafspelz überwirft. Man gewinnt bei der Lektüre den Eindruck, der Autor wünscht sich eine modernere Form des angeblich „menschlicheren“ Frühkapitalismus zurück.

Doch Ausbeutung der Arbeitskraft bleibt Ausbeutung, gleich ob es den Stahlarbeiter, den Schlosser oder den sich nicht ausgebeutet fühlenden im Homeoffice arbeitenden Schreibtischarbeiter betrifft. Genau diese Ausbeutung führt zu einer immensen Konzentration von Kapital in wenigen Händen, womit die Besitzenden Einfluß auf das politische Geschehen nehmen können.

Wie dieser Einfluß aussieht, konnte man am dem im Oktober 2023 in Berlin durchgeführten Weltgesundheitsgipfel erkennen. Dort trafen sich Vertreter der Pharmariesen wie GlaxoSmithKline Pfizer, BioNTech, Bayer AG, Wellcome-Stiftung oder Boehringer Ingelheim und andere, die auf diesen Zug aufspringen wollen. Diese Vertreter sind strikt gegen die Aufhebung des Patentschutzes. Das Nachsehen haben weltweit ärmere Länder, obwohl doch die Erhaltung

der Gesundheit für alle ein Menschenrecht sein sollte.

Die in den letzten Jahrzehnten immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen arm und reich ginge so nicht weiter, meint Häring. Ebenso die Unterdrückung des Südens auf dieser Erde. Soweit so richtig, aber wie nun weiter?

Besonderes Augenmerk legt der Autor auf das Weltwirtschaftsforum, geschaffen unter Klaus Schwab, einem Deutschen aus Ravensburg und Zögling des ehemaligen unsäglichen Präsidentenberaters der USA Kissinger. Immanenter Bestandteil des Forums ist selbstredend das Finanzkapital.

Das Weltwirtschaftsforum wurde nicht für eine etwas gerechtere Welt unter kapitalistischen Vorzeichen geschaffen. Mit Sicherheit nicht. Der einzige Zweck besteht in der Manifestierung der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse jetzt und in der Perspektive. Die Organisation dieses seit Jahren stattfindenden Forums hat Klaus Schwab doch nicht aus seiner Hosentasche bezahlt. Er wurde – auch von Kissinger – aufgebaut und mit entsprechenden finanziellen Mittel versorgt, um genau diese privatrechtliche Organisation zu schaffen. Großkonzerne und das Finanzkapital spenden eifrig. Ziel ist es, die Politik, respektive die jeweiligen Regierungen, zu Erfüllungsgehilfen des Kapitals zu machen. Somit wird politische Eigenständigkeit und Souveränität der Staaten unterlaufen und letztlich beseitigt. Die bundesdeutsche Regierung, die – so offen erkennbar wie nie zuvor – unter Kuratel der USA steht, ist das beste Beispiel. Als Nebenergebnis wird die Reduzierung und Abschaffung des Mittelstandes zugunsten von Großkonzernen vorangetrieben. Was folgt, ist eine beabsichtigte gewaltige Umverteilung des von allen erarbeiteten Reichtums von unten nach oben.

Der Vorwand, gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Aufgaben und Probleme weltweit zu vernetzen, wird unter der Floskel „Global Governance“ (Globale Regierung)

geführt. Es werden künftig also keine Länderregierungen mehr gebraucht, sondern alles soll durch die Globale Regierung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen von Großkonzernen und Kapitalverbänden erledigt werden. Dazu wurden die vielfältigsten und undurchsichtigsten NGO's und Organisationen geschaffen. Er benannte sie mit unverständlichen Abkürzungen, wie FATE, BSBS, CPMI, G30, BTCA, AFI und GPFI. Diese Strukturen sind einzig und allein zur Sicherung der Herrschaftsverhältnisse da und bereits seit Jahrzehnten aktiv. Es wird massiv Einfluß auf Regierungen, staatliche Institutionen und selbst die UNO genommen. Seit vielen Jahren existiert im Rahmen des Weltwirtschaftsforums mit angeschlossenen Institutionen ein Prozeß zur Suche und Auswahl von genehmen Nachfolgern, sogenannten Young Leaders, die politische oder Regierungämter bzw. wirtschaftliche Führungsfunktionen in Großkonzernen und Kapitalverbänden perspektivisch übernehmen sollen. Alles ist auf die Erhaltung der Machtstrukturen ausgerichtet. Zugleich sollen sie im Rahmen der „Global Governance“ unsichtbar gemacht werden. Unter diesem Vorzeichen wurden USA-affine Politmari-onetten, besonders in den Ländern der EU, installiert, die fern jeder dafür geeigneten Qualifikation einfach nur funktionieren, den größten gesellschaftspolitischen Schwachsinn produzieren und nicht im Interesse ihrer jeweiligen Bevölkerung agieren.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Buch eine mit vielen Fakten untersetzte und in weiten Teilen objektive Zustandsbeschreibung des heutigen kapitalistischen Systems ist. Das Wort Sozialismus kommt darin jedoch nicht vor. Der Autor meint, das für Karl Marx alles klar gewesen wäre, aber so einfach könne man die Sache nicht betrachten. Wie denn sonst?

Reiner Neubert
Berlin

Das BIP – eine gesellschaftsübergreifende Betrachtung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist das, was im Laufe eines Jahres im eigenen Land (Inland) produziert wird. Erfasst in der Summe der Preise dieses Produkts, die sich wiederum bezieht auf die – von Marx so genannte – abstrakte Seite der Arbeit, auch Wert/zeitliche Seite genannt.¹ Das BIP ist eine Erfassungsgröße, man könnte auch von einem Inlandsprodukt = IP sprechen. Warum aber B = Brutto? Gemeint ist eine solche Menge an Inlandsprodukt, wie sie ursprünglich, *vor Erhebung von Steuern durch den jeweiligen Staat*, im Inland produziert worden ist.

In der Diskussion ist aber eher die Frage der jährlichen Steigerung des BIP um wenigstens einige Prozentpunkte. Gemeldet werden jedes Jahr sinkende Raten. 4,5 %-Steigerungen sind schon lange obsolet. 0-Komma-Größen sind angesagt. Deutschland, aber auch weitere EU-Länder nähern sich der 0-Prozent-Wachstumsgrenze. Droht also gar ein wirtschaftlicher Abstieg?

Ein unendliches Steigern ist sowieso unmöglich – das geben die natürlichen Ressourcen gar nicht her. Außerdem: das BIP erfasst im Kapitalismus ja die Zeitgrößen der Arbeit, und hier nur die der produktiven, Sachgüter herstellenden Arbeit (wenn es genau zugeht), was aber auch nicht der Fall ist.² Weder steigt die Zahl der produktiv arbeitenden Arbeiter noch deren Arbeitszeit. Es wird irgendwann ein „Stillstand“ eintreten (und ist im Grunde schon eingetreten), was aber nur heißen kann, daß sich Entwicklung/Aufschwung anderen Parametern der Ökonomie als den zeitlichen zuwenden wird: den Gebrauchswerten gewidmeten. Sicher? Sicher! Auf diesem Gebiet sind ja Steigerungen noch nicht begrenzt.

Die Frage des BIP soll hier einer gesellschaftsübergreifenden Betrachtung unterzogen werden. Wie war es mit dem BIP im Sozialismus? Wir hatten die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, diese wurde aber – grundsätzlich anders als im Kapitalismus – auf der Basis von Festpreisen ermittelt. Und das hieß: je produktiver die *konkrete Seite der Arbeit*, desto größer fiel das Gesellschaftliche Gesamtprodukt aus. Steigerungsraten wurden erwartet, wurden auch erreicht. Hinreichend? Wohl eher nicht, jedenfalls wurde nicht so viel Klimbim drum gemacht.

Aber wie stellt sich die Frage BIP an sich in einem Sozialismus mit Zukunftscharakter? Karl Marx meinte, daß der Menschheit einst eine Zukunft der Produktion *rein dem Gebrauchswert nach* bevorstünde, ganz ohne

Festpreissystem, wie noch im frühen Sozialismus. BIP nach dem Gebrauchswert? Richtiger: nach Gebrauchswerten. Also Mehrzahl. Das geht gar nicht. Gebrauchswerte gibt es viele. Ein „Gesamtgebrauchswert“ läßt sich gar nicht ermitteln. Kommunismus also ohne BIP? Verschwindet das BIP auf Nimmerwiedersehen in der geschichtlichen Zukunft?

Und wie sah es Friedrich Engels? Der werkelte an Marx ein bißchen herum, indem er prophezeite, das BIP ... besser: der Wert ... „zöge sich in die Produktion zurück“. Also kein BIP in Reinkultur mehr, aber statt dessen ein Produktions-BIP? Ein BIP direkt in Arbeiterzahl und deren Arbeitszeit?

Was wird im BIP erfasst? Im Kapitalismus der zum Gegenstand, also zur Geldform, erhobene *zeitliche* Aufwand an menschlicher Arbeit in der materiellen Produktion. Wohl gemerkt: Nur der Zeitaufwand in der Arbeit. Nicht die Produktmenge als solche! Ein Arbeitstag dauert sagen wir = 8 Stunden, dann ist das BIP, wären 100 Euro der Ausdruck von 8 Stunden Arbeit, gleich 100 Euro. Das BIP würde steigen, stiege die Arbeitszeit auf = 9 Stunden, und würde sinken, sänke die Arbeitszeit auf = 7 Stunden. Was hier dargelegt an der Elementarform der Arbeitszeit, gilt, übertragen, auch für die Gesamtarbeiter- bzw. Gesamtarbeitszeit eines Landes. Steigt a) die Zahl der Arbeiter oder b) deren Arbeitszeit, bzw. steigt c) beides zur gleichen Zeit, steigt das BIP, sinken jeweilige Komponenten, sinkt das BIP.

Kommen wir zu einer ersten Aussage von allgemeiner Bedeutung für Deutschland: Hier steigt weder die Zahl der produktiv arbeitenden Arbeiter – im Gegenteil sie sinkt, noch steigt die Arbeitszeit dieser Menge an Arbeitern – auch hier im Gegenteil: sie sinkt. Mit anderen Worten: Das BIP, bezogen auf die Zahl der Arbeiter wie deren Arbeitszeit in Deutschland – sinkt! Und das seit Jahren schon. (Entsprechende Zahlen sind verfügbar). Hier wird klar, daß die BIP-Angaben im Kapitalismus im Grunde ungenau sind, nicht mehr genau die reale Entwicklung widerspiegeln. Uns wird ein falsches Bewußtsein vermittelt, wenn es um das ewige Gejammer um das „langsame, zu langsame Ansteigen des BIP in Deutschland“ geht.

Es gibt nur eine Erklärung dafür: Im BIP wird gar nicht mehr der Arbeitszeitbezug erfasst, sondern ein anderer der Arbeit. Und der wird nunmehr (!) über die Geld, resp. Preisform zum Ausdruck gebracht. Und das wäre dann der Produktbezug. Nicht mehr: Wieviel Zeit steckt im Gebrauchswert, sondern: Wieviel Gebrauchswert entspringt der Zeit. Und wir wissen, daß, wenn die Arbeitszeit sinkt, dennoch – als deren Kehrwert gewissermaßen – die Menge an produzierten Gebrauchswerten/Gütern per steigender Produktivkraft der Arbeit steigen kann.

Und sie steigt. Das BIP in Deutschland sinkt und steigt ... zur gleichen Zeit. Die eine Bewegung – die der Zeit, dem Wert nach – findet in den Preisen keinen klaren Ausdruck mehr, die andere Bewegung – die dem Produkt, dem

Gebrauchswert seiner Menge nach – noch keine Beachtung in der Theorie, ist also noch nicht Gegenstand des Bewußtseins.

Das BIP hat längst die Seiten gewechselt – von der abstrakten Seite der Arbeit zur konkreten Seite der Arbeit. Wir haben es in Deutschland (und wohl auch anderswo, in anderen Ländern Europas) weniger mit einem Problem der ökonomischen Praxis, sondern eher mit einem Nachhängen der Theorie der Ökonomie zu tun, wenn in diesem Land so sehr mit den Wachstumsraten des BIP gehadert wird.

Wenden wir uns nun dem Kommunismus zu. Der Wert, „als die sachliche Eigenschaft der Produkte“ (Marx) verschwindet, die Produkte werden gesellschaftlich gesehen nur noch als Gebrauchswerte „gehandelt“. Wo bleibt das BIP, der gesammelte Ausdruck des Produkts einer Gesellschaft? Antwort: Im Kommunismus ohne Geld verschwindet das BIP absolut. Es werden ja Tausend verschiedene Güter produziert, ein Gesamt-BIP in der Güterform löst sich daher im Kommunismus im Dunst einer Geschichte auf. BIP im Kommunismus ist unmöglich. Bezogen auf die Gebrauchswertformen ist ein Gesamt-BIP nicht möglich. Ein Gesamt-BIP zieht sich, wenn dennoch notwendig, auf ein und dieselbe Güterform zurück (100 000 Betten, und Wachstum dann 101 000 Betten, 1 Million Tonnen Kartoffeln zu 1,1 Millionen Kartoffeln usw.). Um sich, sagen wir, des Bedarfs an diesem Gut zu vergewissern. Und hier muß es auch nicht jährlich wachsen.

BIP in Güterform ist ein Unding. Und nun die Zeit/Arbeitszeit. Wie da? Sagte Engels nicht: „Der Wert“, also die in der Preis- wie Geldform zum Ausdruck gebrachte Arbeitszeit, „zöge sich in die Produktion zurück“? Das BIP also: Zieht es sich „in die Produktion zurück“? Aber gewiß doch – wenn es Sinn macht, die jeweils individuellen Arbeitszeiten in der produktiven Arbeit zu einer Gesamtarbeitszeit zusammenzufassen. 10 Millionen Arbeitende in der produktiven Arbeit a 8 Stunden Arbeitstag ergeben ein „BIP“ von = 80 Millionen Stunden je Tag. Im nächsten Jahre dann mehr oder weniger Arbeiter/Stunden. Sinn macht das u.U., um so die Heranbildung einer Gesellschaft *außerhalb* der Arbeit zu erkennen wie zu steuern, also ein Produktiver werden in der produktiven Arbeit im Sinne von Bedürfnissen zu regeln. Kein Sozialismus, hinreichend entwickelt, würde sich – wie der Kapitalismus – eines Mangels an dauernder quantitativer (!) Mehr- oder Höherentwicklung der Produktion krank reden. Einmal zu höchst entwickelt (also Bedürfnisse erfüllt), ist = genug entwickelt.

Es muß ja nicht immer und nur um Arbeit gehen, wenn es um Arbeit geht. Der Bedarf an Produkten wie an Arbeitszeit kann ja endlich auch einmal endgültig (!) gedeckt sein, also ein BIP genug BIP sein, und was dann kommt, ist mehr ein – na? GÜA, oder so ähnlich: eine *Gesellschaft über der Arbeit*.

Hermann Jacobs
Berlin

1 Sie wird heute in Ländern des Kapitalismus nur noch unter Bedingung permanenter inflationärer Entwertung, also formellen Aufblähung der Preise ermittelt, was die genaue Widerspiegelung der Bewegung des BIP enorm erschwert und eigentlich auch unreal werden läßt. BIP-Bewegungen sind In-etwa-Größen.

2 Jürgen Kuczynski witzelte einmal darüber, daß in der BRD auch die Krankenhausleistungen mit in das BIP aufgenommen werden.

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

„Trotz alledem!“ Die revolutionären Kämpfe im Frühjahr 1919

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

4. Januar 1919

„Trotz alledem!“ – Unter dieser Überschrift erschien am 15. Januar 1919 der letzte Artikel Karl Liebknechts in der „Roten Fahne“. Er enthielt eine Einschätzung der soeben beendeten Berliner Januarkämpfe. Karl Liebknecht schrieb: „Jawohl! Die revolutionären Arbeiter Berlins wurden geschlagen! Und die Ebert-Scheidemann-Noske haben gesiegt. Sie haben gesiegt, denn die Generalität, die Bürokratie, die Junker, ... die Geldsäcke stand(en) bei ihnen. Und siegte(n) für sie mit Kartätschen, Gasbomben und Minenwerfern. Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind ... Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre.“¹

Diese Zeilen wurden gleichsam zu Liebknechts politischem Vermächtnis für die deutsche Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei. Am gleichen Tage, an dem dieser Artikel erschien, wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Führer der eben gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands, im Berliner Tiergarten von konterrevolutionären Söldnern meuchlings ermordet. Der Tod dieser beiden standhaften Revolutionäre war ein schwerer Verlust für die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung. In den Jahrzehnten seither haben sich die Worte, die Wladimir Iljitsch Lenin zu ihrem Gedenken schrieb, eindrucksvoll bewahrheitet: „Das Blut der Besten der weltumspannenden proletarischen Internationale, der unvergeßlichen Führer der sozialistischen Weltrevolution wird immer neue Arbeitermassen stählen zum Kampf auf Leben und Tod. Und dieser Kampf wird zum Sieg führen.“²

Die konterrevolutionären Kräfte in Deutschland – von den Monopolherren, Junkern und Militaristen bis zu den rechten Führern der Sozialdemokratie – hatten mit der Niederschlagung der Berliner Arbeiter ihr nächstes Ziel erreicht: die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Sie brachten, wie unter diesen Bedingungen nicht anders zu erwarten war, eine Stimmenmehrheit für die bürgerlichen Parteien. Die SPD wurde

allerdings zur stärksten Partei. Fernab von den Zentren der revolutionären Arbeiter trat dieses bürgerliche Parlament Anfang Februar in Weimar zusammen und bildete eine sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung. Die Wandlung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Konterrevolution, die bereits mit dem Reichsrätekongreß im Dezember 1918 begonnen hatte, war offenkundig geworden.

Bedeuteten diese Ereignisse schon das Ende der Revolution? Keineswegs. Trotz der schweren Niederlage in den Berliner Januarkämpfen war die revolutionäre Energie der deutschen Arbeiterklasse noch bei weitem nicht erloschen. Vor allem in den Industriezentren und in Großstädten standen zahlreiche Räte unter dem Einfluß revolutionärer Kräfte, die auch weiterhin über Waffen verfügten. Die Erfahrungen der ersten Revolutionsmonate und die Enttäuschung über die bis dahin erzielten Ergebnisse führten bei vielen Arbeitern dazu, daß sie die demagogische Politik der rechten sozialdemokratischen Führer zurückschauen begannen. Dazu kam, daß sich nach dem Kriegsende auch die soziale Lage der Werktätigen nicht verbesserte. Sie war geprägt durch Preissteigerungen, niedrige Lebensmittelrationen, Wohnungsnot und Mangel an Heizmaterial. So setzte Anfang 1919 eine Linksentwicklung in der Arbeiterbewegung ein, in der sich das Wirken der jungen KPD und des sich entwickelnden linken, revolutionären Flügels in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei widerspiegelte. Der sich in den ersten Monaten des Jahres 1919 verschärfende konterrevolutionäre Terror, der vor allem das Ziel verfolgte, die gerade gegründete Kommunistische Partei zu vernichten, löste eine Welle von Protestaktionen der Werktätigen in ganz Deutschland und auch im Ausland aus, in denen die feste Solidarität mit den Berliner Arbeitern zum Ausdruck gebracht wurde.

Eine der wirksamsten dieser Aktionen war die Errichtung der Rätewacht in Bremen am 10. Januar 1919. Aus Vertretern der KPD und der USPD entstand ein Rat der Volkskommisars. Die rechten Sozialdemokraten mußten den Arbeiterrat verlassen, und der Senat wurde ausgeschaltet. Bereits im Dezember hatten die revolutionären Kräfte zwei Arbeiterbataillone gebildet. Die Räteregierung begann sofort, Maßnahmen auf dem Gebiet

der Sozialpolitik und der Volksbildung im Interesse der Werktätigen einzuleiten. Ihre Politik stieß jedoch auf den erbitterten Widerstand der Bourgeoisie. Ende Januar wurde auf Weisung eines der rechten Führer der SPD, Gustav Noske, eine konterrevolutionäre Freiwilligendivision nach Bremen entsandt, die den Befehl erhielt, die Stadt zu besetzen und bewaffneten Widerstand – wie es hieß – „rücksichtslos zu brechen“.

Am 4. Februar drangen etwa 3500 Söldner mit schwerer Artillerie und gepanzerten Fahrzeugen in Bremen ein. Heldenhaft verteidigten die Arbeiter der Großbetriebe gemeinsam mit revolutionären Matrosen und Soldaten die Rätewacht. Aber sie waren von den übrigen Gebieten des Landes abgeschnitten und mußten sich vor der militärischen Übermacht der Konterrevolution zurückziehen.

Mitte Januar 1919 setzte eine Welle großer Massenstreiks und Generalstreiks ein, die sich bis Ende April hinzog. Sie erfaßte Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland, Berlin, Oberschlesien, Württemberg und zahlreiche Großstädte, das heißt nahezu alle Industriezentren Deutschlands. Die Arbeiterklasse kämpfte gegen das weitere Vordringen der Konterrevolution, für die Verteidigung und Erweiterung der revolutionären Errungenschaften. Im Mittelpunkt der Streikaktionen, die oft auch von bewaffneten Abwehrkämpfen der revolutionären Arbeiter und Soldaten gegen die Freikorps begleitet waren, standen politische und ökonomische Forderungen: Überall verlangten die Arbeiter die Sozialisierung bedeutender Industriezweige wie des Bergbaus und die Kontrolle über die Betriebe und die Produktion durch Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten.

Sozialisierung – das bedeutete für die klassenbewußten Arbeiter die entschädigungslose Enteignung der Monopolkapitalisten. Um dieser Massenbewegung die Spitze abzubrechen, griff die Bourgeoisie im Bunde mit den rechten sozialdemokratischen Führern zu einer beispiellosen Demagogie. Die Reichsregierung legte Anfang März der Nationalversammlung zwei sogenannte Sozialisierungsgesetze vor und ließ überall Plakate anschlagen, die den staunenden Arbeitern verkündeten: „Die Sozialisierung ist da!“ Die Reichsregierung, so hieß es, werde dafür sorgen, „daß überall nach den Forderungen des Gemeininteresses, nirgends im

1 Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1974, S. 710

2 W. I. Lenin: Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas. In: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 447

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

kapitalistischen Privatinteresse gewirtschaftet wird. Und das ist Sozialismus!“³ Wie die Praxis jedoch erwies, tastete diese Gesetzgebung das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln in keiner Weise an, sondern förderte noch den allgemeinen Konzentrations- und Zentralisationsprozeß in einigen Industriezweigen, verschleierte durch die Einsetzung einiger scheindemokratischer Organe wie zum Beispiel eines Reichskohlenrates.

Die KPD entlarvte diesen Sozialisierungsschwindel und erklärte den Arbeitern: „Sozialisierung ist die Überführung der Produktionsmittel aus den Händen der Unternehmer in die der Arbeitenden selbst. Und diese Enteignung, die vollständige Umwälzung der Gesellschaftsordnung, ist nur durchzusetzen gegen den erbitterten Widerstand der in ihrer Existenz bedrohten Kapitalistenklasse ... Er ist nur zu brechen durch den härteren Willen, die stärkere Kampfkraft des Proletariats.“⁴

Die Methode der Scheinzugeständnisse und der sozialen Demagogie wurde ergänzt durch den brutalen militärischen Terror gegen die revolutionären Kräfte. Das entsprach genau der Einschätzung, die Lenin bereits vor dem ersten Weltkrieg gegeben hatte, als er davon sprach, daß die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens herausbildet, „zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt ... Die zweite Methode ist die Methode der Schritte ... in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw. Nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig geht die Bourgeoisie von der einen Methode zur anderen über, sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer eigenen Lage“.⁵ In einer solchen Lage befand sich auch die deutsche imperialistische Bourgeoisie während der Novemberrevolution.

In den machtvollen Massenstreiks der deutschen Arbeiterklasse im Frühjahr 1919, an denen in den einzelnen Industriezentren Hunderttausende beteiligt waren, traten die spezifisch proletarischen Kampforderungen stärker in den Vordergrund als im November und Dezember. Neben dem Kampf um die Sozialisierung und die Rechte der Betriebsräte, um die Verbesserung der sozialen Lage, standen überall solche wichtigen politischen Forderungen wie die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Auflösung der konterrevolutionären Freikorps, die Bewaffnung der Arbeiterklasse und die

Bildung revolutionärer Arbeiterwehren, die Freilassung aller politischen Gefangenen und die sofortige Herstellung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland. Beflügelt wurden die deutschen Arbeiter in ihrem Kampf durch die Erfolge Sowjetrußlands in der bewaffneten Auseinandersetzung mit den ausländischen imperialistischen Interventen und der inneren Konterrevolution sowie durch die Errichtung der Ungarischen Räterepublik am 21. März 1919. So entsandte die Delegiertenkonferenz der rheinisch-westfälischen Bergarbeiter, die einen mehrwöchigen Generalstreik auslöste, am 30. März ein begeistertes Grußtelegramm an die ungarische Räteregierung. Darin gelobten die Bergarbeiter, Schulter an Schulter mit ihren ungarischen und russischen Klassenbrüdern für die sozialistische Räterepublik zu kämpfen.

Zum letzten Höhepunkt der Novemberrevolution wurde die Errichtung der Bayrischen Räterepublik. Als in der Nacht vom 12. zum 13. April 1919 in München ein konterrevolutionärer Putsch inszeniert wurde, erhoben sich die revolutionären Arbeiter und Soldaten, und im Verlaufe des 13. April konnte der Putsch niedergeschlagen werden. Noch während der bewaffneten Kämpfe tagten in München die Vertreter der Betriebs- und Kassenräte und übertrugen die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt einem 15köpfigen Aktionsausschuß aus Mitgliedern der KPD, der USPD und der SPD, die sich für das kommunistische Programm erklärt hatten. Dieser Aktionsausschuß wählte einen Vollzugsrat aus 5 Personen, an dessen Spitze der Kommunist Eugen Leviné stand. Die Räteregierung unternahm große Anstrengungen, um trotz der Sabotage der Bourgeoisie die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, sie begann die Wohnverhältnisse der Arbeiter zu verbessern, unterwarf die Banken einer strengen Kontrolle und führte die Arbeiterkontrolle in den Betrieben ein.

Angesichts der unmittelbaren Bedrohung der Rätewacht durch die Konterrevolution wurde ihre militärische Verteidigung zur vordringlichsten Aufgabe. Innerhalb von zehn Tagen entstand unter dem Oberbefehl des Matrosen Rudolf Egelhofer, der Mitglied der KPD war, eine Rote Armee. Ihren Einheiten gelang es Mitte April, mehrere Orte in der Umgebung Münchens von konterrevolutionären Truppen zu säubern. Erst Anfang Mai konnten Noske-Söldner in Stärke von 60 000 Mann in München eindringen. Drei Tage lang leisteten Einheiten der Roten Armee erbitterten Widerstand. Aufgestachelt von einer wüsten antikommunistischen Hetze entfesselten die Weißgardisten einen blutigen Terror, dem mehrere hundert Personen zum Opfer fielen – unter ihnen die bewährten Führer der Räterepublik, Eugen Leviné und Rudolf Egelhofer. Mit der Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik endete die Novemberrevolution. Wenn wir nun eine Antwort auf die Frage suchen, was die Hauptursache dafür war, daß es der Arbeiterklasse nicht gelang, die

Machtfrage zu ihren Gunsten zu entscheiden, so ist die Antwort eindeutig in der opportunistischen Politik der rechten sozialdemokratischen Führer zu suchen. Alle Bestrebungen, die Novemberrevolution in eine sozialistische Revolution hinüberzuleiten, erlitten deshalb eine Niederlage. Ihrem Charakter nach blieb sie eine bürgerlich-demokratische Revolution. Das wichtigste Ergebnis der Novemberrevolution war die Gründung der KPD. Mit dieser revolutionären Partei war jene Kraft entstanden, die in den folgenden Jahren unablässig dafür kämpfte, die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung zu überwinden und die Arbeiterklasse auf den Weg zur Macht zu führen. Karl Liebknecht hatte in seinem bereits eingangs zitierten Artikel geschrieben: „... unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“⁶

Empfehlenswerte Literatur zu der Vortragsreihe „Begegnungen mit der Geschichte“:

- 1) *Geschichte der SED – Abriß*. 676 S.
- 2) *Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919*. Großformat, 454 S.
- 3) *Novemberrevolution 1918/1919 – Anschauungsmaterial*. Großformat, 80 S.
- 4) *Heinz Wohlgenuth: Die Entstehung der KPD – Überblick*. 308 S.

Sämtlich 1978 im Dietz-Verlag, Berlin/DDR, erschienen und antiquarisch meist noch erhältlich.

6 Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, S. 679

„Frieden allen Völkern“

Unter diesem, angesichts der gegenwärtigen Weltsituation höchst aktuellen Motto lädt der

Ernst-Busch-Chor Berlin
am Sonntag, dem 28. Januar 2024,

im Konzertsaal der Universität der Künste in der Hardenbergstraße, 10623 Berlin, zu seinem traditionellen Jahreskonzert herzlich ein.

Unterstützt und begleitet wird er durch das Trio „Quijote“ aus Chemnitz.

Beginn des Konzerts: 15 Uhr, Einlaß ab 14 Uhr
Der Kartenvorverkauf zum Preis von 15 € pro Ticket hat bereits begonnen und ist unter ebcb-karten@gmx.de oder telefonisch bei **Frau Schönborn, 030-97 12 317**, möglich.

3 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 3, Berlin 1958, S. 294

4 Dokumente und Materialien ..., Bd. VII, 1. Halbbd., Berlin 1966, S. 30

5 W. I. Lenin: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung. In: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 356

„RotFuchs“-Veranstaltungen im

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 2. Dezember um 10 Uhr spricht der Wirtschaftsfachmann Uwe Trostel zum Thema: **Vergesellschaftung, Gemeinwohl, Gewinnverteilung – was von der DDR zu lernen ist.**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Halle

Am 5. Dezember um 15 Uhr spricht Siegfried Kretschmar zum Thema: **Die Rolle der AfD in der politischen Auseinandersetzung und das Aufkommen neofaschistischer Bewegungen**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Rostock

Am 9. Dezember um 10 Uhr Buchlesung mit **Egon Krenz „Gestaltung und Veränderung“ – Zweiter Band seiner Erinnerungen**

Diskussion aktuell-politischer Fragen
Ort: Gaststätte „Nordlicht“, Ratzeburger Straße 8, 18109 Rostock-Lichtenhagen (Straßenbahnlinie 1 und 5, Haltestelle Eutiner Straße)

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 14. Dezember um 15 Uhr **Jahresabschlußveranstaltung der Regionalgruppe Güstrow-Bützow** mit kultureller Umrahmung

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 14. Dezember um 15 Uhr spricht der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Die Rolle Chinas in der Vereinigung der BRICS-Staaten, der Shanghai-Gruppe und anderen internationalen Organisationen**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70, (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Dresden

Am 16. Dezember um 10 Uhr spricht Wolfgang Schumann zum Thema: **Die internationale Zusammenarbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien – Gemeinsamkeiten und unterschiedliche Standpunkte**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 16. Dezember um 10 Uhr Mitgliederversammlung mit Gästen zum Thema: **Ukraine-Krieg oder Krieg der USA gegen Rußland? Wie ist die aktuelle Situation?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 20. Dezember um 18 Uhr gemeinsamer Jahresabschluß der „RotFuchs“-Regionalgruppe und des Marxistischen Forums

Ort: Liebknechtshaus, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Weihnachtswunsch einer fast Achtzigjährigen

Nicht Häuser, sondern Kerzen sollen brennen,
Kinder nicht um ihr Leben, sondern um die Wette rennen,
nicht Bomben, sondern Flocken sollen vom Himmel fallen.
Auch Rosen kann es von oben regnen,
die Menschen sollen sich ohne Angst bewegen.
Mütter dürfen nicht mehr um ihre Söhne weinen,
die Völker sollen ihre Kraft endlich vereinen!
Ich will weiße Tauben am Himmel sehen
und die Fahnen sollen friedlich wehen.
Doch der Frieden, den wir alle wollen,
wird nicht einfach vom Himmel fallen.
Drum müssen wir uns die Hände geben
auf dieses, unser einziges Weiterleben.

Erika Ebermann
Frankfurt(O)

Liebe Freunde,

mit der letzten Ausgabe des RF-Jahrgangs 2023 danken wir Euch für die Treue, die Ihr uns auch in unserem Jubiläumsjahr – 25 Jahre „RotFuchs“ – gehalten habt.

Zu den bevorstehenden Fest- und Feiertagen wünschen wir allen Leserinnen und Lesern, allen Mitgliedern des Fördervereins, allen, die uns wohlwollend begleiten und unterstützen, maximale Gesundheit, Kraft und trotz allem Mut zum Optimismus, den wir für den weiteren Kampf im neuen Jahr brauchen.

Redaktion und RF-Vorstand

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Dezember!

Zum 95. Geburtstag

Werner Herzig (Altenbrak) am 16. Dezember
Hellmut Michel (Dohna) am 24. Dezember

Zum 94. Geburtstag

Dr. Rosemarie Buhr (Berlin) am 12. Dezember

Zum 93. Geburtstag

Rudolf Höll (Berlin) am 19. Dezember
Christa Behn (Ueckermünde) am 20. Dezember

Zum 91. Geburtstag

Helga Glauer (Lutherstadt Wittenberg) am 29. Dezember

Zum 90. Geburtstag

Gerhard Leuteritz (Berlin) am 8. Dezember
Dieter Ament (Dabel) am 13. Dezember

Zum 85. Geburtstag

Wolfgang Kluge (Chemnitz) am 13. Dezember
Karl-Ernst Ehwald (Frankfurt/Oder) am 26. Dezember
Wolfgang Schulze (Berlin) am 31. Dezember

Zum 80. Geburtstag

Jürgen Strobelt (Erfurt) am 18. Dezember
Olaf Bruhn (Wernigerode) am 22. Dezember

Zum 70. Geburtstag

Günter Teichmann (Zella-Mehlis) am 18. Dezember
Reinhard Simon (Hannover) am 21. Dezember
Leonhard Bergmann (Berlin) am 25. Dezember

Zum 65. Geburtstag

Achim Bigus (Osnabrück) am 5. Dezember
Frank Ringmann (Berlin) am 13. Dezember
Bernd Kleiszmantatis (Chemnitz) am 20. Dezember

Zum 60. Geburtstag

Bernd Scholz (Hameln) am 14. Dezember

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.



LESERBRIEFE

Friedensbewegung – sichtbarer Protest

Gehofft, erwartet hat die Friedensbewegung oft, aus heutiger Sicht aber wenig verhindert. Profiteure an Krieg und Rüstung, ihre Lakaien, willige Zustimmung haben erreicht, Friedensbewegten ihre vereinte Kraft zu rauben, sie in Streit und Zerrissenheit zu treiben, ihnen die klare politische Orientierung zu vernebeln. Aus aktueller Kriegstreiberei der vermeintlichen Herrscher der Welt heraus, die kein Risiko mehr scheuen, brauchen wir auch künftig machtvolle Demonstrationen, die diesen Kräften in friedenspolitischem Verständnis klarmachen: „Wir sind das Volk!“ Wir dürfen uns in ideologische Auseinandersetzung treiben lassen, wer, warum der politisch klarere, bewußtere und historisch erfahrungsreichste Friedensvertreter ist. Die aktuelle Stunde gebietet uns allen, gegen Krieg und Rüstung aufzustehen, es geht um die Tat, es geht um den sichtbaren Protest vor den „Volksvertretern“ in Berlin. Kommunisten, Sozialisten und andere Linke haben zu jeder Zeit mit vielen Andersdenkenden gemeinsam für Frieden gestanden und stehen nach wie vor dafür. Eine unterschiedliche Meinung ist legitim, es geht um eine Friedensbewegung, die jene als größte Gefahr anklagt, die sich als wahre Kriegstreiber seit Jahrzehnten erwiesen haben. Lassen wir uns von Lenin leiten: „Es mögen Situationen eintreten, in denen den Interessen der gesamten Menschheit der Vorrang vor den Klasseninteressen des Proletariats eingeräumt werden muß.“

Roland Winkler, Aue

Wer bedroht wen?

Schon die Vorgänger des Herrn Pistorius im deutschen Kriegsministerium bauten zur Täuschung und Verblendung Lügenkulissen auf, um ihre kriegsvorbereitenden Maßnahmen zu verschleiern. Frau Kramp-Karrenbauer ging sogar so weit, eine Mitbestimmung beim Einsatz von Atomwaffen zu fordern. „Suchet, so werdet ihr finden“, sagt ein altes Sprichwort. Ich habe die mir zur Verfügung stehenden Informationsquellen studiert aber feststellen müssen, es finden sich keine Beweise einer russischen Bedrohung, im Gegenteil. Ältere Bürger können sich noch erinnern, daß der deutsche Kaiser von Gottes Gnaden junge deutsche Männer für den Kriegsdienst an andere Länder für ein Taschengeld verkaufte.

Heute ist nur ein Vertrag im Rahmen der NATO nötig, 35 000 junge Männer zum Sterben auf amerikanischen Kriegsschauplätzen zur Verfügung zu stellen, eine Anforderung genügt, die in Bereitschaft stehende ausgebildete und ausgerüstete Truppe in den Kampf zu schicken. Allein die Tatsache der Aufstellung und deren Bewaffnung und Ausrüstung zeugt davon, Deutschland bereitet sich auf kriegerische Auseinandersetzungen vor. Keiner der deutschen Kriegshetzer sollte sich einbilden, daß der Russe das Tun der Deutschen unbeobachtet läßt.

Gerhard Perlick, Bützow

Mediale westliche Deutungshoheit

Angesichts der weltbewegenden Konflikte in Nahost und Ukraine/Rußland wirkt die mediale westliche Deutungshoheit mit extremer Einseitigkeit verheerend auf den Fortgang des blutigen Geschehens. Im gelobten Rechtsstaat wird jedem Mörder zu seiner Tat bzw. Sicht auf die Vorgeschichte Gehör gewährt. Derzeitige politische Zwänge/Strategien lassen solch zivilisatorische rechtliche Errungenschaften nicht zu. Der Popanz ist von vornherein festgelegt und Analysen stören in gewissen Kreisen mit konkreten Interessen. Wer Einwände und/oder Zweifel wagt, sieht sich pogromartigen Zumutungen, z. B. alternative Sichtweisen strafbewehrt zu stellen, ausgesetzt. In solches Klima paßt die Forderung von Minister Pistorius nach „Kriegstüchtigkeit“ an der „Heimatfront“. Von der vierten Gewalt mit freier Presse und des übermächtig gewordenen Bildschirms zur kritischen Begleitung der Exekutive kann kaum noch die Rede sein. Die Ignoranz unliebsamer Fakten gilt wohl derzeit schon als Voraussetzung bzw. Qualifikation für politische Ämter und dazugehöriger Hofberichterstattung. Die Beobachtung der jungen Welt und anderen durch den Verfassungsschutz spricht Bände. Nach der Schere im Kopf darf nicht auch noch die Axt an Fakten gelegt werden, um differenzierte Bewertungen zu verhindern bzw. sie ins „radikale“ Abseits zu drängen.

Richard Jawurek, Markkleeberg

„Wir müssen kriegstüchtig werden“?

Erschreckend und ungeheuerlich, wenn zunehmend deutsche Politikerinnen und Politiker vorrangig Krieg als Mittel zur Konfliktlösung ansehen. Der Verteidigungsminister Pistorius (SPD) fordert öffentlich und medienwirksam eine neue Mentalität in der Gesellschaft – „Wir müssen kriegstüchtig werden“. Die sogenannte Diplomatin Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) lehnt vehement einen Waffenstillstand im Nahost-Konflikt ab. Sowohl die Ampelregierung als auch eine fragwürdige Opposition tragen den sich verschärfenden außen- und innenpolitischen Kurs Deutschlands, und dies zum Teil euphorisch, mit Geld, das laut Lindner nicht vorhanden ist, wird in enormer Milliardenhöhe für die Bundeswehr und die Ukraine zum Fenster rausgeworfen. Dem gegenüber fehlt es den Kommunen, in der Bildung, Jugend-sowie Präventionsarbeit, bei auskömmlichen Renten, im Gesundheits- und Sozialwesen, an allen

Ecken und Enden. Ist das die „Zeitenwende“, von der der Bundeskanzler immer wieder fabuliert, ohne analytisch die wirklichen Ursachen für die Konflikte in Deutschland, Europa und der Welt aufzuarbeiten? Dagegen werden Faschisten in der Ukraine hofiert, deren unübersehbare Korruptionsskandale geflissentlich übersehen und Bundeswehrebataillone auf unabsehbare Zeit ins Baltikum geschickt. Unsinnige Sanktionen werden fast inflationsartig verhängt, auch im Wissen, daß damit die Wirtschaft in Deutschland stranguliert wird. Die daraus resultierenden enormen Kosten und gravierenden Folgen für das Klima und die Umwelt müssen wir alle erdulden und ertragen.

Empörend auch die Aussage vom Bundeswirtschaftsminister Habeck: „Der Zweite Weltkrieg war ein Vernichtungskrieg gegen Juden, für das Naziregime war die Vernichtung des europäischen Judentums das Hauptziel.“ Ein gemeiner Affront gegenüber den 27 Millionen toten Sowjetbürgern und unendlichen Opfern des 2. Weltkrieges. Dies alles erinnert fatal an die Äußerung von Joschka Fischer über das erfundene Ausschwitz in Jugoslawien und den völkerrechtsverletzenden Krieg zur Zerschlagung eines souveränen Staates.

Enttäuschend, daß sich die als links ausgehende Bundestagsfraktion nunmehr und endgültig ins Lager der Kriegsbefürworter und NATO-Versteher begeben und der Israel-Erklärung im Bundestag undifferenziert zugestimmt hat.

Matthias Schwander, Dietmar Lehmann,
Raimon Brete, Chemnitz

Es lebe der Frieden!

Ich heiße mit Vornamen Gottfried, der das Wort „Fried“ – Frieden – einschließt, und stehe kurz vor meinem 94. Geburtstag. Aus meiner ersten Heimat, der Slowakei, meinem Geburtsland, wurde ich 1946 mit meiner Mutter, Schwester und dem im Krieg verwundenen Bruder vertrieben. Ursache dafür war der von Hitler gegen die Sowjetunion geführte Raubkrieg, der sich zum 2. Weltkrieg ausweitete. Die Vertreibung hatte hohe Verluste für die Familie, wir mußten alles verlassen, Haus, Hof, Vieh ... Wir und viele Millionen von Vertriebenen waren unschuldige Kriegspolter, wie heute wieder viele Millionen.

Das sollten sich alle kriegführenden Politiker vor Augen führen. Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang die Außenministerin Frau Annalena Baerbock, die sehr befehlend in der Welt auftritt; dazu der Oberpfarrer Joachim Gauck, der sich anmaßt, im Namen der Kirche Kriegspolitik zu betreiben. Vielleicht würde sich die Haltung der Politiker ändern, wenn sie selbst in den Krieg ziehen müßten. Nach Willy Brandts Standpunkt „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!“ braucht Frieden Diplomatie, Verhandlungen, Verzicht auf Waffen und Waffenlieferungen, Verzicht auf Kriegführung und Beendigung aller in der Welt tobenden Kriege. Frieden ist für mich der Hauptwunsch für meine restlichen Lebensjahre, so wie er auch der gesamten Menschheit beschieden sein möge. Es lebe der Frieden!

Gottfried Prechtel, Potsdam

Brandherd Nahost

Die Menschheit hat ein Recht auf Frieden. Und die UNO hat entsprechend ihrer Charta die Aufgabe, Kriege zu verhindern. Leider gibt es Staaten, die sich an dieses Gebot nicht halten und auch noch die Genfer Konventionen mißachten, vor allem was den Umgang mit der Zivilbevölkerung betrifft. Nochmals: Kriege müssen verhindert werden, den Blutzoll bezahlen nicht nur die eingesetzten Soldaten, sondern vor allem die einfachen Menschen. Die hiesige Berichterstattung ist sehr einseitig: Betreffs des Ukrainekrieges ist Putin der Böse, für Israel ist es die Hamas. Wenn ein Krieg nicht auf Lügen aufgebaut ist, gibt es für ihn Gründe, die entweder sehr kurzfristig entstehen, sich aber auch langfristig aufbauen können. Das Schlimme daran ist, daß diese Ursachen vom Mainstream total ausgeblendet werden, wodurch ein völlig falsches Bild gezeichnet wird. Soll niemand sagen, in der Demokratie gibt es keine Zensur. Diese besteht darin, daß die Medien das, was nicht in die offizielle und öffentliche Meinung paßt, weglassen bzw. unter den Teppich kehren. Es kann nicht sein, daß nur das gilt, was die Regierung vorgibt. Darüber, was seit 1947 seitens Israel gegenüber den Palästinensern und ebenso spätestens seit 2014 in der Ukraine gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung in der Ostukraine passiert, wird natürlich geschwiegen.

Deutschlands Hilfe gegenüber Israel ist „Staatsräson“ und deshalb ein Freibrief für ungerechtes Handeln der deutschen Staatsführung. Aber das darf nicht geduldet und widerspruchslos hingenommen werden, denn bei Eskalation der derzeitigen Konflikte läuft die Menschheit Gefahr, vernichtet zu werden. Vergessen wir nicht: Wir sind alle hier nur Gast auf unserem Planeten! Niemand hat das Recht, unsere Erde zu zerstören!

Wolfgang Mengel, Stralsund

Eindrücke bei einer Studienreise durch Israel und Palästina

Wieder hat sich ein bewaffneter Konflikt zu einem Krieg mit vielen Opfern und tausendfachem Leid entwickelt. Die deutschen „Qualitätsmedien“ berichten wie gewohnt einseitig. Mir kommt dazu folgendes in Erinnerung: Im Jahre 2012 nahm ich an einer von der Zeitung „Neues Deutschland“ organisierten Studienreise durch Israel und Palästina teil. Die Reisegruppe wurde von dem Theologen Prof. Heinrich Fink, in der DDR letzter Rektor der Humboldt-Universität Berlin und später Vorsitzender der VVN/BdA, als Fachkundigen begleitet. Wir besuchten im palästinensischen Westjordanland auch die israelische Siedlung Beith El nordöstlich der palästinensischen Stadt Ramallah. In diesem Ort trafen wir mit dem aus Geilenkirchen stammenden Rabbiner Dr. Yehuda Bohrer zusammen, einem angesehenen Forscher der biblischen Geschichte um die Siedlung Beith El, die bereits im Alten Testament mehrfach erwähnt wird. Wir fragten ihn auch nach seiner Meinung zu den Möglichkeiten für einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern. Seine Antwort: Palästina und die Palästinenser gibt es nicht. Diese Begriffe stammen von den Briten (Das heutige Gebiet

von Israel und Palästina war bis zur Gründung des israelischen Staates im Mai 1948 britisches Mandatsgebiet). Das Heilige Land wurde von Gott den Juden gegeben. Das ist gottgewollt. Die Araber haben kein Recht darauf. In den 29 arabischen Staaten ist für die Araber, die heute noch hier leben, Platz genug. Die Araber haben von den Juden nur Gutes erfahren und es nie gedankt, Es wird keinen Frieden geben. (Zitiert nach einer persönlich gefertigten Niederschrift)

Wer die Politik des Staates Israel seit seiner Gründung bis zum derzeitigen Ausrottungsfeldzug gegen den Gaza-Streifen verfolgt, kommt unweigerlich zu der Schlußfolgerung: Der Rabbiner Dr. Bohrer hat 2012 das beschrieben, was bis heute Staatsziel Israels ist. Dies festzustellen hat nichts, aber auch gar nichts mit Antisemitismus zu tun, wie in diesem Land der „freien Meinungsäußerung“ sofort unterstellt würde.

Jürgen Stenker, Halle

Meinst Du, die Russen wollen Krieg?

Danke für die Leserbriefe im Rotfuchs 10/23 unter denen einer für mich besonders hervorsticht, der Protest ehemaliger Panzeroffiziere der NVA gegen die Waffenlieferungen. Dem kann ich nur zustimmen! Ich habe selbst an der Grenze meinem Vaterland gedient und erlebt, wie Reisende uns Kontrolleuren der bewaffneten Organe begegnet sind, besonders Westberliner bzw. Westdeutsche hatten einen Haß auf uns, angestachelt von den imperialistischen Medien. Die Freundschaft zur Sowjetunion war Herzenssache in der DDR. 1988, auf meiner Hochzeitsreise in der Sowjetunion, erlebte ich herzliche Gastfreundschaft. Und heute stellt sich die Frage: Meinst Du, die Russen wollen Krieg ...? Die Russen ...? Die haben von 1941 bis 1945 den teuflischen Faschismus erleben müssen und sind unter unsäglichen Opfern siegreich aus dem Großen Vaterländischen Krieg hervorgegangen. Ruhm und Ehre allen, die für die Befreiung Europas gekämpft haben. Das darf NIE vergessen werden.

Frank Sterzinger, Königs Wusterhausen

Einigkeit macht stark!

Ich hatte in den letzten Tagen, sowohl in persönlichen Gesprächen als auch im Internet, reichlich Gelegenheit, mit anderen über den vollzogenen Schritt von Sahara Wagenknecht zu diskutieren. Die Skala reichte von höchster Euphorie bis hin zur entschiedenen Ablehnung. Die Begründungen sind weit gefächert. Die Diskussionen führten aber auch weiter als nur zu dieser konkreten Situation. Spätestens seit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann wissen wir, daß nur Einigkeit stark macht. Künftig wird es eine neue linksorientierte Partei geben. Wenn es nicht mehr paßt und die gegensätzlichen Auffassungen zu groß sind, dann müssen Konsequenzen gezogen werden. Es wird sich zeigen, wie sich die künftige Partei gestaltet und welche Schwerpunkte sie setzt. Dabei können wir sie mit Vorschlägen und Anregungen unterstützen.

Ich sehe zur Zeit keine einzige linke Kraft, die einen massenwirksamen Einfluß hat. Um diesen

Zustand zu verändern, sollten Parteien oder Organisationen mit einer linksgerichteten Orientierung solche Positionen vertreten wie: Kampf für Frieden und die Beendigung der laufenden Kriege, für Abrüstung und gegen Waffenlieferungen, eine klare sozialistische Orientierung mit entsprechenden Perspektiven, Kampf für die Schaffung eines internationalen Sicherheitssystems unter Einbeziehung Rußlands,

internationale Solidarität mit allen um ihre Befreiung kämpfenden Völker, soziale Gerechtigkeit, Gesundheitsfürsorge, Bildung und Kultur für alle, freundschaftlicher und respektvoller Umgang miteinander, Bereitschaft zur gemeinsamen Lösung bestehender Meinungsverschiedenheiten.

Jürgen Förster, Dresden

Gauck definiert – die GUTEN und die GEWISSENLOSEN

Ein Bekannter sandte mir einen Artikel aus der „Ostsee-Zeitung“ vom 31.8. 2023, der den Titel trug „Joachim Gauck: Unterstützung für die Ukraine ist Frage der Moral“. Darin wird von einer Lesung vor 200 Zuhörern berichtet, die am 29.8.23 im OZ-Medienhaus in Rostock stattfand. Was mich an diesem Artikel so erschütterte, war gleich der zweite Absatz: „Auf die Frage von OZ-Chefredakteur, ob es angesichts der hohen Verluste auf beiden Seiten nicht an der Zeit für Friedensverhandlungen wäre, entgegnete Gauck: ‚Wenn es nur darum geht, daß man nicht will, daß Menschen sterben, werden die Guten immer verlieren und die Gewissenlosen siegen‘. Für diese und andere Aussagen zum Ukrainekrieg erhielt Gauck viel Applaus von den etwa 200 Zuhörern“. Im ersten Moment war ich fassungslos über das, was da zu lesen war. Dann begann mein altes Räderwerk im Gehirn zu arbeiten und irgendwann sagte es: Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenn’ auch die Herren Verfasser ...

Ich mußte nachschlagen, wußte aber, wo ich zu suchen hatte: Sportpalast Berlin, 18. Februar 1943, Rede Goebbels: „Wollt ihr den totalen Krieg“. „Seid ihr bereit, von nun ab eure ganze Kraft einzusetzen und der Ostfront die Menschen und Waffen zur Verfügung zu stellen, die sie braucht, um dem Bolschewismus den tödlichen Schlag zu versetzen? Gelobt ihr mit heiligem Eid der Front, daß die Heimat mit starker Moral hinter ihr steht und ihr alles geben wird, was sie nötig hat, um den Sieg zu erkämpfen?“

Herr Gauck greift diese Gedanken auf, wenn er formuliert, daß die Unterstützung der Ukraine eine Frage der Moral ist; denn er definiert, wer die Guten und wer die Gewissenlosen sind, zwar nicht konkret, aber aus den nächsten Absätzen des Artikels geht hervor, daß für Herrn Gauck die Ukraine und deren Unterstützer die Guten sind und die anderen die Gewissenlosen. (Während des „Tausendjährigen Reiches“ hießen die Gewissenlosen übrigens „Untermenschen“.) Das ist eine barbarische Sicht auf die von Gauck vertretene Notwendigkeit des Krieges, mit all seinen unermeßlichen Greuel, Leid und Zerstörung, die Einstellung eines Menschen,

der früher einmal ein Kirchenmann und deutscher Bundespräsident war!

Ein Blick in die Geschichte des letzten Jahrtausends zeigt, wie oft „Gute“ von Europa in alle Welt auszogen, um den „Gewissenlosen“ auf allen Kontinenten militärisch zu begegnen (Kreuzzüge, Eroberung Amerikas, Kolonialisierung Afrikas und Asiens, 1. und 2. Weltkrieg usw.).

Und noch etwas anderes hat mich fassungslos gemacht und an die Goebbelsche Sportpalastrede erinnert. Das war der bereits zitierte Satz: „Für diese und andere Aussagen zum Ukrainekrieg erhielt Gauck viel Applaus von den 200 Zuhörern.“

Ich denke nicht, daß der Saal nur mit Claqueuren, Gauck-Anhängern und Ahnungslosen gefüllt war, sondern auch mit frei denkenden Rostocker Bürgern, die bekanntlich schon a priori eine skeptische Sicht auf alles Politische haben, und wenn dann trotzdem für diese Aussagen „viel Applaus“ aufbrandede, taucht die Frage auf: Quo vadis, Deutschland?

Hans Schulz, Magdeburg, 94 Jahre

Zum Leitantrag der Linken für den Europa-Parteitag

Die Linke sollte doch wenigstens das geringe, noch mögliche Mindestmaß an bürgerlicher juristischer Korrektheit bei der rechtlichen Bewertung der internationalen Ereignisse an den Tag legen, wie der Annexion des Kosovo durch EU bzw. NATO oder Deutschland, wie der Republikgründung Krim und deren Beitritt zu Rußland sowie die analogen Ereignisse der autonomen Gebiete im Donbass (Donezk, Lugansk usw.). Nur zur Erinnerung: Als die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte, war sie gemäß Beistandspakt aus Afghanistan von der gewählten Regierung gerufen worden. Als Rußland nach Syrien ging, war es als einzige ausländische Macht vom gewählten Präsidenten gerufen worden. Und als Rußland im Donbass mitwirkte und schließlich einmarschierte, war es gerufen worden gemäß einem kurz vorher geschlossenen Beistandspakt. Dagegen kenne ich kein völkerrechtlich gültiges Dokument, daß der USA beispielsweise erlaubte, in der Ukraine einen Putsch zu finanzieren und zu orchestrieren, in dessen Ergebnis der gewählte Präsident das Land fluchtartig verlassen mußte, um sein Leben zu retten. Es gibt keinen völkerrechtlich rechtmäßigen Weg, Sanktionen, wie die der EU, der USA usw. auszurufen, da hierzu nur der UN-Sicherheitsrat befugt ist.

Renato Lorenz, Berlin

Meine Gedanken zu Sahra Wagenknecht und „links“

Daß Sahra Wagenknecht mit dem deformierten und überstrapazierten Begriff „links“ hadert, ist für mich nachvollziehbar. Allein die Begriffe „links“ und „Linker“ genügen nicht, um den politischen Herausforderungen gerecht zu werden. Diese Positions- bzw. Richtungsbezeichnungen sagen noch nichts über die Inhalte einer Gruppe, einer Organisation oder eines Verbandes aus. In der Begründung für den Aufbau einer neuen Partei steht, daß die zukünftige Partei für

soziale Gerechtigkeit, die Grundvoraussetzung für Frieden und Vernunft, ist. Das ist mehr als „nur“ sozial ...

Peter Dornbruch, Thailand

Anmerkung zum Artikel „Wie kapitalistisch ist Rußland?“ von Hermann Jacobs in RotFuchs 10/2023

Die Frage: „Wie kapitalistisch ist Rußland?“, der sich Hermann Jacobs widmet, bewegt sicher viele und ist von grundlegender Bedeutung. Dabei verhält sich der Autor sehr bedacht und vorsichtig zur graduellen Entwicklung mit den eben auch schon von Lenin herausgearbeiteten nationalen Besonderheiten. In dem Beitrag steht: „Rußland hat eine eigene besondere (!) Geschichte begonnen - das war 1917. Und die USA haben sofort reagiert - feindlich.“

Das stimmt zwar, aber im imperialistischen Zeitalter geht es um globale Dimensionen und somit auch um deutsch-imperialistische Interessen. Ich stolperte bei der Behandlung der Feindseligkeit seitens vor allem der USA gegenüber Rußland über den vom Autor festgestellten Zeitpunkt 1917 und finde, daß hier etwas weiter auszuholen ist.

Der erste imperialistische Politiker bleibt für mich mit dem Antritt der Herrschaft der Bourgeoisie in Frankreich Napoleon Bonaparte, der sich auch nicht gescheut hat, gegen protestierende Massen im Stadtgebiet von Paris Kanonen einzusetzen. Sein Eroberungsfeldzug in Europa, insbesondere gegen Rußland, wo er schließlich scheiterte, hatte für mich imperialistische Züge.

Und was die USA betrifft, so steht in der „Geschichte der Diplomatie“ (GdD, Bd. II, SWA-Verlag 1948, S. 172): „In den neunziger Jahren begannen die USA am Stillen Ozean und am Karibischen Meer eine aktivere Politik zu treiben. Im Jahre 1893 wurden die Hawaii-Inseln besetzt. Im April 1898 begannen die USA einen Krieg gegen Spanien, der die Erwerbung der spanischen Kolonien bezweckte ... 1895 war auf Kuba ein Aufstand gegen die spanische Herrschaft ausgebrochen. Kuba war immer von großer strategischer Bedeutung. Jetzt machten sich die USA den Aufstand zunutze, um einen Krieg gegen Spanien zu beginnen. Unter dem Vorwand, daß die Spanier grausame, verbrecherische Handlungen - eben wie es für Kolonialherren üblich war und ist - begingen, wurde die Öffentlichkeit kriegsbereit für die Menschenrechte gemacht.“ „Der Spanisch-Amerikanische Krieg war eine Art Markstein der Weltpolitik. Bis dahin ging es um die Aufteilung von Territorien, deren sich noch keiner der europäischen Staaten bemächtigt hatte. Jetzt erwarben die USA Kolonien, die Spanien gehört hatten. Der Spanisch-Amerikanische Krieg war der erste Krieg nicht mehr um die Aufteilung, sondern um die Neuverteilung der Welt.“ (ebenda S. 174)

Marx und Engels und vor allem Lenin haben sich sehr gründlich mit den Ursachen der Kriege beschäftigt und auch mit ihrer Einschätzung. Wir wissen, daß die Kriege, insbesondere im Stadium des Imperialismus, ökonomische Ursachen haben. Wir wissen auch, daß Kriege dem Fortschritt dienen und gerecht sein können, daß im Stadium des

Imperialismus das Umgekehrte viel häufiger der Fall sein wird.

E. Rasmus, Berlin

Hinterfrage jede Hetzparole gegen die DDR-Geschichte

Bei meiner Aufarbeitung unserer gemeinsamen deutschen Geschichte fand ich in unserer Lokalzeitung der „Passauer Neuen Presse“ vom 9.6.1953, kurz vor dem 17. Juni 1953 erschienen, folgende Lüge: „Einwohner der sächsischen Industriestadt Chemnitz, die in Gesprächen und auf Schriftstücken weiter den alten Namen der Stadt verwenden und von der Umtaufe in ‚Karl-Marx-Stadt‘ keine Notiz genommen haben, werden von der Volkspolizei neuerdings in eine Ordnungsstrafe in Höhe von DM-Ost 10 genommen, die sofort entrichtet werden muß. Andernfalls wird die Summe vom Lohn, der Rente oder Sozialunterstützung in Abzug gebracht.“

Ich schrieb an das Stadtarchiv Chemnitz und bat um Beantwortung ob diese Meldung in der „Passauer Neuen Presse“ richtig ist. Am 20.9.2023 erhielt ich folgende Meldung vom Stadtarchiv Chemnitz: „... nach Durchsicht der entsprechenden Unterlagen liegen uns keine Informationen vor, die die von Ihnen zitierte Notiz aus der Passauer Neuen Presse vom 9.6.1953 bestätigen.“

Bitte begleichen Sie den beiliegenden Gebühren- und Kostenbescheid.“ Die Kosten in Höhe von 13,02 Euro wurden beglichen.

Und wieder bestätigte sich meine Erfahrung: Hinterfrage jede Hetzparole gegen die DDR, ob im Kalten Krieg oder seit Bestehen dieser sogenannten DDR-Aufarbeitungsindustrie.

Johann Weber, Ruhstorf

Ein gelungenes Treffen der „RotFuchs“-Regionalgruppe Gera

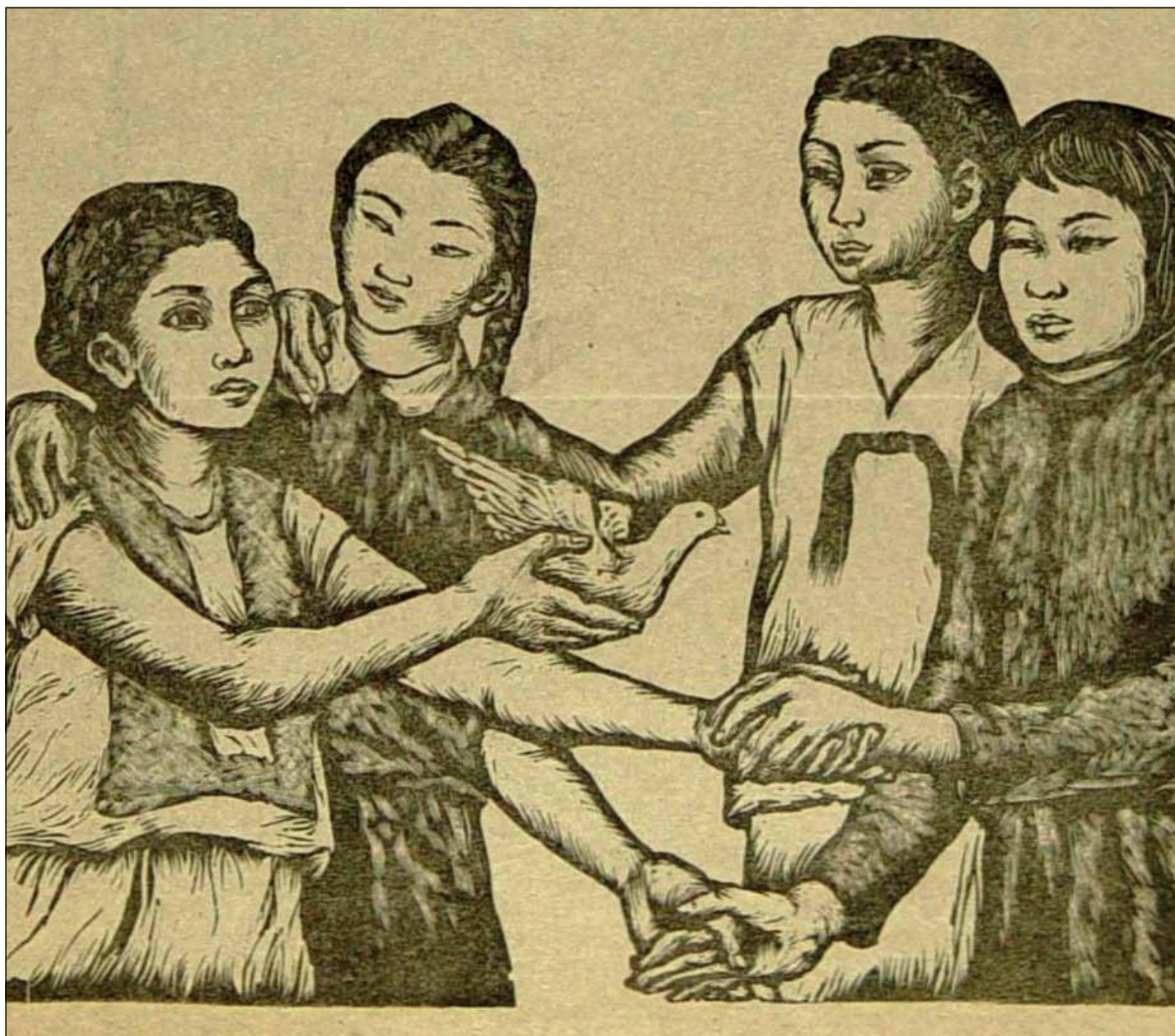
Obwohl bereits eine Weile zurückliegend, bleibt uns eine Veranstaltung ganz besonders in Erinnerung, die am 19. August unter dem Titel „Leben und Werk von Bertolt Brecht“ mit Erik Seidenbecher in der „RotFuchs“-Regionalgruppe Gera stattfand.

In seinem Vortrag erinnerte er an viele Songs und Gedichte aus der Feder Brechts, so z.B. an „Die Legende vom toten Soldaten“, „Fragen eines lesenden Arbeiters“, „Gedicht auf die Oktoberrevolution“, „Lob des Lernens“, „Lob des Kommunismus“.

Erik Seidenbecher bat mich, diese Texte zu lesen und die Songs mit der Gitarre vorzutragen. Von meinem Bekannten Dirk (wir spielen seit 28 Jahren gemeinsam Gitarre und widmen uns unserem Kulturgut) erhielt ich Unterstützung und so probten wir zu Dritt. Während der Proben kam uns die Idee, die Lieder gemeinsam mit den Zuhörern zu singen. Ich druckte die Texte aus und verteilte sie während des Treffens an die Teilnehmer, damit sie mitsingen konnten. Wir umrahmten die Veranstaltung noch mit dem Gitarrenspiel der „Kinderhymne“ und dem „Lied von der Moldau“ von Brecht.

Es war ein gelungenes Treffen, dem weitere folgen sollen.

Monika Gottwald, Gera



Für Frieden und Freundschaft. Graphik aus einem Plakat der Freundschaftsgesellschaft Mexiko–China

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 - 238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

RotFuchs-Förderverein e.V.
c/o Gabriele Parakeninks
Postfach 520 223, 12592 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.